DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

326 28. JAHRGANG November 2011 4,50

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Seit Dezember 2010 arbeitet die »Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie« am Aufbau eines Netzwerks für Betriebe und Projekte sowie an Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen aus dem Bereich der Solidarischen Ökonomie. Ein Verein »Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V.« wurde bereits gegründet, das Netzwerk soll auf einem Forum im März 2012 in Kassel gegründet werden. Seite 3

Im September 2011 trafen sich in Barcelona Menschen aus verschiedenen solidarwirtschaftlichen Netzwerken zur Gründung eines gemeinsamen europäischen Netzwerks. Dieses versteht sich als Teil des internationalen »RIPESS – Réseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale et Solidaire«. Bericht auf Seite 3.

In der Oktober-Ausgabe erschien »Wer weiß, was Solidarische Ökonomie ist?« von Elisabeth Voß, in dieser Ausgabe geht es weiter mit einem Beitrag von Karl Birkhölzer zur weltweiten Bewegung Sozialer, Solidarischer Ökonomien. Seite 12

DIE KINDER DES SISYFOS

In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. In der siebten Folge unserer Artikelserie geht es um die jahrelangen Auseinandersetzungen um die Startbahn West am Frankfurter Flughafen. Diese eskalierten im Herbst 1981. Seite 5

SOLIDARISCHE LEBENSMITTEL

»Die Kontrolle der großen Handelskonzerne über Nahrungsmittel wächst immer mehr. Wir setzen dagegen auf solidar-ökonomische Netzwerke«, heißt es auf dem Blog der »Schnittstelle« zum Selbstverständnis. Die KollektivistInnen Anne, Herbie und Jürgen haben für CONTRASTE ihre Motivationen und Erfahrungen reflektiert. Seite 6

WOHNPROJEKTE

Betrachtet man die Wohnprojekte in Ostdeutschland, so bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass grundsätzlich die gleichen Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für ihre Entwicklung gelten wie in den westdeutschen Bundesländern. Es überwiegen die Gemeinsamkeiten, nicht die Unterschiede. Ein quantitativer Vergleich mit den meisten westdeutschen Ländern zeigt jedoch, dass die Anzahl der erfolgreichen Wohnprojekte in den neuen Bundesländern zunächst gering geblieben ist. Wohnprojekte sind vor allem Projekte der Mittelschichten und Projekte in großen Städten. Seite 13

www.contraste.org

UNSER TÄGLICH BROT VERKAUFE UNS HEUTE...

Nahrung ist (k)eine Ware

Unter dem Aspekt der Gesundheit, seltener unter dem des Genusses, umwirbt uns das Lebensmittelbusiness. Dass wir es in der Branche mittlerweile auch mit großen Konzernen und global Playern zu tun haben, ist vielen nicht bewusst. Die meisten Firmen sind kaum bekannt. Das Schlagwort des rebellischen Galliers Bové vom Kampf gegen la malbouffe, den schlechten Fraß, hat in Frankreich breite Sympathien geweckt. Womit könnte mensch die Leute hierzulande auf den Trug einer Vielfalt, die längst ihren guten Geschmack eingebüßt hat und erhebliche Probleme verursacht, aufmerksam machen?

Heißluftballon in Form einer geflügelten Kuh

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

von Werner Ruhoff ● In Deutschland werden fast 20 Millionen Tonnen Lebensmittel jährlich in den Abfall geworfen. Umso skandalöser wirken die zahlreichen Hungerkatastrophen und die Tatsache, dass täglich 100.000 Menschen an Hunger und seinen Folgen sterben. Laut *Focus money online* wurden 20% der us-amerikanischen Maisernte 2006 in 4,9 Mrd. Gallonen Bioethanol verwandelt, und die US-Regierung verfolge das Ziel, die Produktion bis 2017 auf 35 Mrd. Gallonen zu erhöhen. Eine Überschrift lautet: »Agrarrohstoffe stehen nach Einschätzung der Deutschen Bank vor der längsten Rallye der Geschichte«. Der Preisauftrieb für Weizen hat sich seit der Jahrtausendwende zur Freude der SpekulantInnen vervierfacht. In den arabischen Ländern werden Rebellionen durch Brotpreiserhöhungen ausgelöst. »Für Börsianer eröffnen sich exzellente Gewinnchancen.« Die *Boerse-express.com* weist darauf hin, dass »Goldman Sachs« Mais als Investment empfiehlt. Und dann wird für eine Empfehlung das schlechte Gewissen beruhigt: »Obwohl Lebensmittelspekulationen ethisch eine sensible Sache sind, sollte man zumindest eine kleine Portion Agrarrohstoffe ins Depot legen.« Der oder die »Expertin« weiß auch warum: »damit der Weltmarkt für die Versorgung der Weltbevölkerung funktioniert!« Chapeau! Damit das anlegende Publikum sein Gewissen total besänftigen kann, fehlt neben den Überschriften nicht der Hinweis auf die Welthungerhilfe – »hier Online-Spenden und helfen!«

Die vorliegenden Beiträge befassen sich weder mit solchen Unappetitlichkeiten kapitalistischer Reichtums- und Notvermehrung, noch mit den Auswirkungen des Klimawandels oder der Ausbeutung von LohnarbeiterInnen, die beispielsweise als MigrantInnen in Andalusien unter sklavenähnlichen Bedingungen für das Geld der PlantagenbesitzerInnen, für Konzerne und KonsumentInnen schuften.

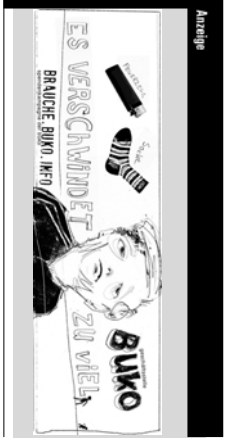
Unter dem Aspekt der Selbstorganisation kommen widerständige Eigeninitiativen zum Ausdruck, die sich gegen das aggressive Agrarbusiness Freiräume schaffen und sich zu behaupten suchen. Dazu gehören die Proteste und Zusammenschlüsse gegen die anstehende Saatgutgesetzgebung der EU, die Organisierung einer weltweiten Bewegung für die Ernährungssouveränität oder beispielhaft die Gründung einer Initiative, die im ehemaligen Industrievorort Köln-Kalk zwischen alten Fabrikhallen ein Freigelände nutzt und dort Gemüse anbaut.

Eine deutliche Betonung des Schwerpunktes liegt auf der Herstellung von Milchprodukten, die selten in den öffentlichen Focus gerät. Milch wird als Rohstoff gehandelt und die Molkereien sind mit 20 Mrd. EUR Jahresumsatz und ca. 35.000 Beschäftigten der größte Zweig der Lebensmittelindustrie in Deutschland. Der Maschinenbau hat einen gewaltigen Einfluss auf ihre Entwicklung und kalkuliert mit Zuwächsen, vor allen Dingen in Asien und Afrika. »Tetra Pak« und »GEA« gehören zu den weltweit agierenden Technologiekonzernen, welche die Branche technologisch und damit auch ökonomisch wie »ökologisch« entscheidend strukturieren. Die regionale Bindung der Milchversorgung ist längst passé. Was steckt nun hinter all dem, womit wir vor dem Kühlregal konfrontiert sind?

Als die Molkerei im Sauerländischen Willingen-Usseln Anfang der neunziger Jahre von den damaligen Milchwerken Köln-Wuppertal aufgekauft und anschließend geschlossen wurde, ergriff Bauer Jacobi mit zwei Kollegen die Initiative, eine Biomolkerei zu gründen, in der die Bauern selbst bestimmen. Dazu gibt es mit ihm im vorliegenden Schwerpunkt ebenfalls ein Interview. Für alle diejenigen, die mal selbst ausprobieren wollen, wie sie Frischkäse machen können, gibt es zum Schluss noch ein Rezept.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008



Anzeige

PROTESTAKTIONEN BEIM DEUTSCHLAND- UND NRW-FEST IN BONN

Friede, Freude, Eierkuchen?

»Freu dich, Deutschland!« lautete das Motto der Einheitstags-Parade am 3. Oktober in Bonn mit Trachtenaufzug, Blasmusik und schwarz-rot-goldenen Gummibärchen, und unter dem Slogan »Freiheit-Einheit-Freude« sang Wolfgang Niedecken »Deutschlandlieder« – ein schamloses drei Tage währendes Nationalgetümmel mit Hunderttausenden Besuchern, zehn Bühnen, 500 Zelten und gleich neben der »Kindermeile« auch die Bundeswehr.

von Ariane Dettloff, Red. Köln ● 22.000 qm hatte das deutsche Militär angemietet, um sich auf dem NRW- und Deutschlandtag darzustellen und frische Rekruten anzulocken. Das versetzte die Friedens- und antimilitaristische Bewegung im Umkreis in Anti-Feierlaune.

Weil die Bundeswehr mit ihren simulierten Rettungsaktionen auf dem Rhein sich als humanitären Abenteuer-Verein präsentierte und von »Hunter-Killer-Missionen«, toten Soldaten und zivilen Opfern keine Rede war, beleuchteten AktivistInnen diese Seite der aktuellen Nato-Kriege, an denen sich das feiernde und gefeierte Deutschland beteiligt. Dabei waren die verschiedensten Gruppierungen wie das linke Bündnis »Ums Ganze«, die katholische Friedensbewegung »PAX Christi«, die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner), »Bundeswehr wegtreten«, die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung), die Partei »Die Linke« und ein Bonner Jugendbündnis.

Ein weithin weiß leuchtender Schriftzug am Rheinufer verlangte »KEIN WERBEN FÜR DAS STERBEN«. Ein kleines Boot zog schwarz-rot gelbe Särge mit Soldatenhelm und dem Banner »ausgedient« über den Fluss, und ein symbolisches Gräberfeld mit den Namen im Afghanistankrieg getöteter Zivilpersonen bei Kundus veranlasste PassantInnen zu teils nachdenklichen, teils verärgerten Kommentaren. »Mami, sind die alle tot?« fragte ein Knirps. Ein anscheinend wohlanständiger und -situierter Herr erklärte, er gehöre der »größten Friedensbewegung« an (als solche bezeichnet die Bundeswehr sich gerne), woraufhin man ihn fragte: »Ach, waren Sie bei der Wehrmacht?« – »Du Arschloch!« entgegnete der nunmehr wenig feinsinnige Deutschländer.

Massiven Ärger bei Armee und Polizei erregte das antimilitaristische Paddelboot. Berittene stoppten das Gefährt und beschlagnahmten die im Schlepptau befindlichen Styropor-Särge.

Auch die antinationalen Demonstrationen wurden heftig behindert. Dennoch konnte der Antifa AK (Kölner Gruppe des linken Bündnisses »UmsGanze«) vor dem »Haus der Geschichte« für Freiheit von kapitalistischer Konkurrenz eintreten und zum »Vaterlandsverrat hier und jetzt« auffordern. Die Ablehnung eines nationalen Wir-Gefühls und die Verbundenheit mit den »Unverwertbaren dieser Erde« einten die unterschiedlichen Gruppen.●

AKTION 2012

Startschuss

Nach dem glücklichen Abschluss für das Jahr 2011 liegt dieser Ausgabe ein Spendenaufruf für das kommende Jahr bei. Unser Zeitungsprojekt benötigt bei hoffentlich gleichbleibender Kostenstruktur 6.500 EUR zusätzlich, um alle externen Kosten abdecken zu können.

Redaktion Heidelberg ● Im Monat Oktober gingen weitere 184 EUR auf unserem Spendenkonto ein, die die für 2012 benötigte Summe auf 6.316 EUR reduziert, Nachfolgend die SpenderInnen, bei denen wir uns herzlichst bedanken:

- Solveig Kelber, Wien, Österreich (100 EUR)
- Karl Georg Robin, ??? (20 EUR)
- Laura Nitsche, Österreich (5 EUR)
- Buchladen König Kurt, Dresden (30 EUR)
- Arno Uhl, Wien, Österreich (4 EUR)
- Michael Vogelsang, Berlin (25 EUR)

Leider sieht es mit unserer Abostatistik nicht so gut aus. Es gab zwei Neuabos aber auch leider fünf Abokündigungen. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 137+ Abos, Zum Vergleich: Im November 2010 benötigten wir 138+ Abos.

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses aber fast nie funktioniert. So wie es aussieht, wird unsere Zeitung vom Postbediensteten gelesen oder, was wahrscheinlicher ist – vernichtet. Deshalb bitten wir Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht. Die beteiligten Banken belasten nicht ausführbare Lastschriften mit Beträgen zwischen 5,50 und 8 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite) und/oder durch Spenden. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, ansonsten versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

Begrüßungsgeschenk

Die nächsten 15 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Sonnenflucht« von Erasmus Schöfer. Verzweifelt nach Berufsverbot und Trennung von seiner Frau sucht Viktor Bliss Abstand auf einer griechischen Insel. In Athen wird er in dramatische Ereignisse der politischen Gegenwehr hineingezogen, in denen er wieder zu seiner politischen Kraft findet.

Es ist das dritte Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE zur Zeit in einer Artikelserie.

Erasmus Schöfer: Sonnenflucht, Dittrich Verlag 2001, 349 Seiten, 19,80 EUR
www.dittrich-verlag.de

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 6.316 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 137+ Neuabos

Im September fand im schwedischen Göteborg eine kommerzielle Buchmesse mit dem Schwerpunkt deutschsprachige Literatur statt. CONTRASTE-Autor Gabriel Kuhn betreute einen Gemeinschaftsstand von linken Verlagen und Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum. Wie er berichtete, ging der Stand auf der riesigen, durchkommerzialisierten Messe fast unter. Dennoch informierten sich eine Reihe von Leuten am Gemeinschaftsstand und es war angesichts des Themas gut, dass es eine linke Präsenz gab. Herzlichen Dank, Gabriel!

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Vegetarisch oder vegan essen
– die Begründung macht den Unterschied

von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Im Biologie-Unterricht an der Waldorfschule habe ich gelernt, dass Menschen Fleisch zum Leben brauchen. Wer kein Fleisch isst, würde sterben. Dass ich lebte, obwohl ich aus einer vegetarischen Familie kam und noch nie Fleisch gegessen hatte, wurde ignoriert. Damals in den 1950er/60er Jahren waren wir eine absolute Ausnahme. Immer mal wieder bekam ich zu hören, auch Hitler sei Vegetarier gewesen. Als Jugendliche entging ich nur knapp einem Zeltlager der deutschen Reform-Jugend, die diese damals gemeinsam mit der (heute verbotenen) rechtsextremen Wiking-Jugend durchführte.

Vegetarismus als Ideologie war mir schon immer zuwider, aber ich konnte mir nie vorstellen, tote Tiere zu essen, und auch Eier fand ich schon immer eklig. Ich weiß, dass es auch Milchprodukte nicht ohne Schlachten gibt. Kühe geben nur Milch, wenn sie immer wieder schwanger werden. Die weiblichen Kälbchen können als neue Milchtiere gehalten werden, aber wohin mit den männlichen? Da bleibt nur die Schlachterei. Ein paar Monate habe ich mal versucht, vegan zu leben, aber dann hatte mich die Joghurt-Quark-Käse-Lust wieder.

Über die Jahrzehnte wurde es immer selbstverständlicher, vegetarisch oder sogar vegan zu leben, mittlerweile boomen diese Lebensweisen. Schon lange werde ich im Restaurant nicht mehr seltsam angesehen und mit lieblos hingeklatschten Beilagen abgespeist, sondern bekomme meist auch etwas Leckeres.

Die industrielle Fleischproduktion ist mitverursachend sowohl für den Hunger von mehr als einer Milliarde Menschen weltweit, als auch für den Klimawandel. Statt landwirtschaftliche Flächen zur unmittelbaren Lebensmittelproduktion zu nutzen, wird Viehfutter angebaut, zum Beispiel Soja, das auch eine Eiweißalternative für VegetarierInnen darstellt. Auch der Anbau von Pflanzen für »Bio-«Treibstoffe verschlingt immer mehr Anbauflächen. Nicht umsonst grabschen weltweit Konzerne und Finanzinvestoren nach Land, legitimiert durch (oft genug betrügerisch erworbene) bürgerliche Eigentumsrechte.

Also vegetarisch oder vegan leben als politisches Programm? Wenn es nur nicht so unangenehm besetzt wäre. In der veganen und Tierrechts-Szene tummeln sich aggressive SpendenwerberInnen (v.a TierversuchsgegnerInnen), Sekten (z.B. Universelles Leben) und Rechte, die Tierschutz mit antisemitischen und islamfeindlichen Argumenten propagieren. Die bekannte Tierrechtsorganisation Peta warb mit dem Slogan »Der Holocaust auf Ihrem Teller«. Kürzlich verlieh die Giordano-Bruno-Stiftung den PhilosophInnen Paola Cavalieri und Peter Singer einen Ethikpreis für ihr Great-Ape-Project, mit dem sie Menschenrechte für Menschenaffen einfordern. Peter Singer wird schon seit über 20 Jahren dafür kritisiert, dass er behauptet, schwerstbehinderte Neugeborene seien keine Menschen und könnten getötet werden.

Auch ich empöre mich über die massenhafte Tierquälerei, über Tierversuche und nicht artgerechte Zootierhaltung. Kranke und verängstigte Tiere produzieren Adrenalin und andere gesundheitsschädigende Stoffe, die im Fleisch mitgegessen werden. Ich bin überzeugt davon, dass es auch emotionale Spuren im Menschen hinterlässt, das Leiden der Tiere zu ignorieren. Als Milchprodukte-Konsumentin trifft mich das ebenso. Meine Überzeugung, dass Tieren als fühlenden Wesen ein Recht auf Leben zusteht, kollidiert mit meinen eigenen Essgewohnheiten.

Weiter oben auf meiner politischen Tagesordnung stehen jedoch die Hungernden, die Toten im Mittelmeer, die Gefolterten und per Todesstrafe Ermordeten und alle Menschen, die für ein gewalttätiges und ausbeuterisches Wirtschaftssystem leiden und sterben müssen. Das ändert nichts an der Zielstellung, den massenhaften Fleischkonsum zu delegitimieren und vegetarisch-vegane Lebensweisen zu propagieren. Aber die Argumentation bekommt damit einen grundsätzlich anderen Zungenschlag.●

KURZ BELICHTET

Manifest für ein Europa der Humanität & Solidarität

Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1.674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer verschärft sich – und Europa schaut zu. Wir wollen ein anderes Europa. Ein Europa, das wirklich für die Ideen der Humanität und Freiheit aller Menschen steht. Mit dieser öffentlichen Aktion wollen wir Druck auf die Politik ausüben und einen gesellschaftlichen Diskurs anstoßen. Bis zur Herbstkonferenz der Innenminister im Dezember in Frankfurt am Main kann das Manifest unterzeichnet werden. Die gesammelten Unterschriften werden an die Innenminister übergeben.
Mach mit – unterzeichne das Manifest:
bewegung.taz.de/aktionen/manifest/beschreibung

Gegen die Unsichtbarkeit

Sie waren unsichtbar. Sie waren nicht-existent in den Regierungsprogrammen, internationalen Abkommen und Investitionsvereinbarungen. Sie, die Marginalisierten der honduranischen Bevölkerung. Frauen, homo- und transsexuelle Menschen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landlose, Indigene... Als sie drohten, mehr Mitspracherechte zu fordern, wurde dies von der honduranischen Elite und dem Militär mit einem Putsch am 28. Juni 2009 beantwortet. Doch sie ließen sich nicht einschüchtern, nun erst recht nicht. In einer ausleihbaren Fotoausstellung sollen diese Menschen sichtbar und hörbar gemacht werden. Die Wander-Ausstellung und die dazugehörige Broschüre sind Projekte einer Gruppe von AktivistInnen und freien JournalistInnen, die im Dezember 2010 im Rahmen einer Delegationsreise in Honduras waren. Die Ausstellung ist eine Kooperation mit honduranischen »Künstler*innen im Widerstand« – etwa die Hälfte der Fotos stammt von ihnen. Die Fotos sind eine Kampfansage an die »Unsichtbarmachung«. In ihnen wird der aktive Widerstand der Bevölkerung gegen die »Unsichtbarmachung« dargestellt: der Kampf der Frauen und Feminist*innen für Gleichberechtigung, der Einsatz der LGBT-Bewegung (Lesbian/Gay/Bi/Trans) für die Anerkennung von sexueller Diversität, die Widerstandsbewegung FNRP, die sich nach dem Putsch als breite Allianz gegründet hat.

Zum genauen Inhalt, Format und den Verleih-Konditionen bitte hondurasblog2010@gmail.com kontaktieren. ReferentInnen für Veranstaltungen können vermittelt werden.
Anfragen auch an: Öku-Büro, nica@oeku-buero.de, Tel.: (0 89) 448 59 45

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Anzeige

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

INITIATIVE ZUR GRÜNDUNG EINES »NETZWERK SOLIDARISCHE ÖKONOMIE«

Ein bundesweites Netzwerk für solidarische und alternative Ökonomie?

Seit dem internationalen Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« im November 2006 in Berlin ist der Begriff »Solidarische Ökonomie« in Deutschland relativ bekannt geworden.

von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Wichtiger als der Begriff ist sicherlich der Sachverhalt selbst – die Tatsache, dass Menschen auf eine andere Art und Weise miteinander wirtschaften, als es in der herrschenden, auf Gewinnmaximierung und Konkurrenz basierenden Ökonomie üblich ist. Nach wie vor findet diese andere, alternative, soziale, solidarische oder wie auch immer sich bezeichnende Wirtschaftsweise eher in Nischen statt, gewinnt aber zunehmend an Aufmerksamkeit.

Gemessen an der Zunahme von Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu anderem Wirtschaften scheint sich die Gründung neuer, selbstverwalteter Betriebe und Projekte bisher jedoch zurückhaltend zu entwickeln. Wenn es gelingt, ein Netzwerk von bestehenden Kooperativen, Gründungsinitiativen und Unterstützungseinrichtungen aufzubauen, könnte davon ein Impuls der Ermutigung ausgehen.

Begriffsklärung

Der Begriff »Solidarische Ökonomie« (SÖ) ist nicht eindeutig definiert und wird in der Initiative zur Gründung eines Netzwerks SÖ noch diskutiert. Er steht für viele andere Formen des Wirtschaftens, wie zum Beispiel soziale oder alternative Ökonomien.

Vernetzung gilt gemeinhin als wichtig und hilfreich, um gemeinsam mit anderen die eigenen Ziele schneller oder besser erreichen zu können. Ich habe aber auch schon Skepsis erlebt: »Wozu sollen wir uns immer vernetzen? Was nützt uns das?« oder: »Für noch eine Laberrunde habe ich keine Zeit.« Das ist nachvollziehbar, denn warum sollen sich vielbeschäftigte Menschen noch zusätzliche Arbeit aufhalsen? Die aktive Mitwirkung an einem bundesweiten Netzwerk erfordert viel Zeit – ist das neben dem Engagement in eigenen selbstverwalteten Zusammenhängen auf Dauer leistbar? Oder kommen letztlich eher die zusammen, die selbst gar nicht in Vorhaben wirtschaftlicher Selbsthilfe eingebunden sind, das Thema aber wichtig finden und gerne darüber diskutieren möchten?

Wer oder was soll hier eigentlich vernetzt werden: Netzwerke und Verbände? Oder Betriebe und Projekte? Oder Einzelpersonen – oder von allem etwas? Ich favorisiere ja mittlerweile Personenbündnisse, weil sie beweglicher sind. Je mehr OrganisationsvertreterInnen in einem Zusammenhang mitarbeiten, desto schwerfälliger wird die Entscheidungsfindung, wenn immer erst ein Votum der Organisation eingeholt werden muss. Es spricht nichts dagegen, dass in einem Personenbündnis zur Information die Organisationen genannt werden, denen die Personen angehören, aber die Entscheidungen werden von den Personen in eigener Verantwortung getroffen. Das macht die sozialen Prozesse nicht nur schneller, sondern auch lebendiger. Letztlich sind es ja ohnehin immer Menschen, die sich austauschen, zusammenarbeiten und einander in die Augen schauen – irgendwelche formalen Gebilde sind dazu nicht in der Lage. Und genau dieser menschliche Faktor spielt eine wesentliche Rolle bei der Motivation zum Engagement in einem Netzwerk. Andererseits – vielleicht hätte ein Netzwerk von Organisationen politisch mehr Gewicht, sofern es gelingt, große und bedeutende Verbände und NGOs einzubeziehen.

Und wer soll überhaupt dazu gehören – und wer nicht? Soll es formale Kriterien geben, und wenn ja, wer legt sie fest und kontrolliert ihre Einhaltung? Oder reicht eine Selbstdefinition aus, um dabei sein zu dürfen, und alles weitere regelt die soziale Kontrolle? Wo sind die Grenzen des Tolerierbaren? Manchmal habe ich den Eindruck, dass es bei solchen Einschätzungen weniger um »harte« Indikatoren, als vielmehr um »weiche«, kulturelle Faktoren geht. Wie reden Leute, wie gehen sie miteinander um, wie kleiden sie sich, was essen sie etc. Aber reicht das aus? Und welche Ausgrenzungen entstehen daraus?

Eine nennenswerte Anzahl von AkteurInnen der Solidarischen Ökonomie zu motivieren, sich am Prozess der Netzwerkbildung zu beteiligen, ist eine große Herausforderung. In einem funktionierenden Netzwerk entwickelt sich gemeinsames Wissen, gemeinsame Klarheit über das Verbindende und das Trennende, und Vertrauen – nicht als Anspruch, sondern aus Erfahrungen miteinander. Ist nicht auch ein Netzwerk letztlich ein Commons, ein Gemeingut mit gemeinsam bearbeiteten Ressourcen und Vereinbarungen über die Zusammenarbeit, die als Regeln festgelegt werden?

Eine der wichtigsten Fragen ist sicherlich, was Ziele und Inhalte der Zusammenarbeit in einem solchen Netzwerk sein sollen, und was ein Netzwerk Solidarische Ökonomie konkret bewirken kann. Wenn der Schwerpunkt in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit liegen soll, dann wird es vermutlich nicht leicht sein, gemeinsame Begriffe, Erklärungsmuster und Forderungen zu entwickeln. Wenn der Vernetzungsprozess eher auf die konkrete Zusammenarbeit zielt, dann gilt es gemeinsame Projekte und Infrastrukturen zu entwickeln, die den Beteiligten konkreten Nutzen bringen. In jedem Fall ist es wichtig, nicht nur schöne Ideen zu spinnen, sondern ganz konkret Verantwortung zu übernehmen, verbindliche Verabredungen zu treffen, gleichzeitig basisdemokratisch und zielgerichtet zu agieren und Formen der Transparenz zu finden, die alle Beteiligten einbeziehen.

Wie kann ein Forum so gestaltet werden, dass es einerseits mit interessanten Themen viele Interessierte anzieht, andererseits aber auch genug Raum lässt, dass die zukünftigen Mitglieder des Netzwerks dieses als ihr eigenes gestalten? Denn ein lebendiger Zusammenhang lässt sich nicht planen und für andere organisieren, sondern kann nur von den Beteiligten selbst entwickelt werden. Einem vorgefertigten Netzwerk beizutreten, wird nur Wenige motivieren. Erst das eigene Engagement schafft die Bindung, die für eine längerfristige Zusammenarbeit erforderlich ist.●

Forum Solidarische Ökonomie

2.-4. März 2012, Kassel:
Forum Solidarische Ökonomie (SÖ) – Kultur der Kooperation

Auf dem Forum können Akteure der Solidarischen Ökonomie, Sozialen Ökonomie, alternativen Ökonomie, Gemeinwesenökonomie/ Community Economy, Peoples Economy etc. zusammenkommen, um Erfahrungsaustausch zu organisieren und einen möglichen dauerhaften Vernetzungszusammenschluss über das Forum hinaus zu etablieren. So könnten z.B. Organisationen und Aktivitäten im Bereich der Solidarischen Ökonomie bekannter werden, durch Kooperation Ressourcen geteilt werden und bessere politische Rahmenbedingungen für die gemeinsamen Aktivitäten erstritten werden.

Das Forum dient als öffentlicher Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie. In vielen Ländern existieren bereits solche Netzwerke. Auch hierzulande benötigen wir einen breiten Zusammenschluss von solidarischen Betrieben und Projekten, Konsument_innen und bereits bestehende Vernetzungs- und Unterstützungsorganisationen. Dann können wir die vorhandenen Strukturen besser nutzen und ergänzen, uns mehr Gehör verschaffen und die Rahmenbedingungen für eine Solidarische Ökonomie verbessern. Es gilt eine Ökonomie bekannt zu machen und voranzutreiben, die sich an Partizipation und Transparenz, Kooperation statt Konkurrenz sowie Bedürfnissen statt Gewinnen orientiert. www.solidarische-oekonomie.de

CONTRASTE UND SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Seit Dezember 2010 arbeitet die »Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie« am Aufbau eines Netzwerks für Betriebe und Projekte sowie Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen aus dem Bereich der Solidarischen Ökonomie. Ein Verein »Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V.« wurde bereits gegründet, das Netzwerk soll auf einem Forum im März 2012 in Kassel gegründet werden.

CONTRASTE versteht sich als Teil dieses Vernetzungsprozesses und veröffentlicht bis auf weiteres jeden Monat mindestens eine Seite zum entstehenden Vernetzungsprozess. In der Oktober-Ausgabe erschien »Wer weiß, was Solidarische Ökonomie ist?« von Elisabeth Voß, in dieser Ausgabe geht es weiter mit einem Beitrag von Karl Birkhölzer zur weltweiten Bewegung Sozialer, Solidarischer Ökonomien (siehe Seite 12), Überlegungen von Elisabeth Voß zur Netzwerkbildung und einem Kurzbericht vom europäischen Netzwerk Solidarischer Ökonomie RIPESS, ebenfalls von Elisabeth Voß auf dieser Seite.

Zur Vorbereitung des Forums wird es im Februar 2012 einen CONTRASTE-Schwerpunkt geben.

EUROPÄISCHES NETZWERK SOLIDARISCHE ÖKONOMIE (SÖ)

RIPESS Europa gegründet

Vom 8. bis 10. September 2011 trafen sich in Barcelona Menschen aus verschiedenen solidarwirtschaftlichen Netzwerken zur Gründung eines gemeinsamen europäischen Netzwerks. Dieses versteht sich als Teil des internationalen RIPESS – Réseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale et Solidaire.

Die Einladung von TeilnehmerInnen aus Deutschland nach Barcelona erfolgte über die Attac AG Solidarische Ökonomie und die Initiative zur Gründung eines Netzwerk Solidarische Ökonomie. Elisabeth Voß und Giuliana Giorgi (beide sowohl in der Attac AG SÖ als auch in der Netzwerk-Initiative) nahmen am Gründungs-Kongress des europäischen RIPESS in Barcelona teil. Karl Birkhölzer (ebenfalls in der Netzwerk-Initiative) nahm auf Einladung der Pactes Locaux (Zusammenschluss lokaler Bündnisse) ebenfalls teil.

von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Das weltweite RIPESS-Netzwerk entstand 1997 in Lima, es folgten »Globalisation of Solidarity«-Treffen im 4-Jahres-Rhythmus in Quebec (2001), Dakar (2005) und Luxemburg (2009). RIPESS hat ein ausdrücklich politisches, antikapitalistisches Selbstverständnis, und tritt für die Gleichberechtigung aller Menschen auf der Erde ein. Netzwerke und Organisationen der Sozialen Solidarischen Ökonomie sollen gestärkt, und soziale Bewegungen einbezogen werden.

Wir betonten gleich, dass wir keine Delegierten sind, weil unser Netzwerk noch nicht gegründet ist, sondern als Gäste teilnehmen. Wie immer bei solchen Anlässen fand ich es vor allem spannend, Menschen aus anderen Projekten in anderen Ländern kennen zu lernen. Es ist ermutigend, nicht nur theoretisch zu wissen, sondern auch praktisch zu erfahren, dass anderswo Menschen an ähnlichen Themen und Projekten arbeiten. Und wie immer wird es sich nach einiger Zeit zeigen, ob etwas bleibt von den vielen Verabredungen miteinander in Kontakt zu bleiben, sich gegenseitig zu besuchen oder vielleicht mal ein Projekt zusammen zu machen.

Inhaltlich ging es ausschließlich um die Netzwerk-Gründung. Eine Satzung wurde verabschiedet und die Mitglieder für das Koordinationsgremium wurden gewählt, wobei die KandidatInnen nur zu zweit in männlicher und weiblicher Besetzung zugelassen waren. Weil jedoch die Frauen überwiegend die Stellvertreterinnenrolle wählten, ist das Koordinationsgremium und trotz Quote sehr männerdominiert besetzt. Ein »Manifesto of the Solidarity Economy Europe Network Barcelona 2011 – The Globalisation of Solidarity« wurde verabschiedet und in Arbeitsgruppen Aufgaben und Arbeitsweise des Netzwerks herausgearbeitet. Als am Schluss die Ergebnisse zusammengetragen wurden, schien es mir ein großer Strauß an Wünschen, und mir war nicht klar, ob darüber hinaus konkrete Verabredungen zur Umsetzung getroffen wurden.

Viele der Teilnehmenden kannten sich offensichtlich schon länger, so dass ich mitunter den Eindruck hatte, einem Familientreffen beizuwohnen. Auch wenn die offiziellen Sprachen von RIPESS Europa Englisch und Französisch sind, dominierte ganz klar das Französische. Bisher sind nur wenige Netzwerke aus nicht-französischsprachigen Ländern beteiligt. So wurde als eine der großen Herausforderungen benannt, Mitglieder aus angelsächsischen, deutschsprachigen und osteuropäischen Ländern zu gewinnen. Das können formelle oder informelle, nationale, regionale, überregionale oder sektorale Netzwerke sein. Sektoralen Netzwerken sollen Mitglieder aus mindestens drei Ländern angehören.

Im Namen des gegründeten Netzwerk-Vereins »RIPESS EU, Solidarity Economy Europe« kommt der Begriff »Sozial« nicht vor – im Unterschied zu RIPESS Interkontinental, und auch abweichend von den vorab verfügbaren Unterlagen (jedenfalls den englischsprachigen). Das war jedoch kein Diskussionsthema auf dem Kongress.

»Wir fangen schon mal an«

von Giuliana Giorgi, Berlin ● RIPESS ist selbst nicht wirklich legitimiert als Vertretung der Initiativen der S+SÖ. Es erhebt auch nicht den Anspruch, die SSÖ zu vertreten. Es ist aber der Versuch, solche Initiativen, Unternehmen und Projekte miteinander zu vernetzen und bleibt zu diesem Zweck allen Initiativen usw. offen, die sich jederzeit einbringen und natürlich auch die Diskussion und die Arbeit mitbestimmen können. Dabei muss man bedenken, was wäre, wenn die RIPESS-Gründer mit der Gründung des Netzwerks gewartet hätten, bis irgendjemand sie offiziell mit dieser Aufgabe betraut: gar nichts.

Die Gründung von RIPESS EU ist auch zu begrüßen, denn dies bedeutet, dass wir demnächst nicht nach Kuala Lumpur reisen müssen, um uns mit NetzwerkerInnen und Aktiven aus anderen europäischen Ländern zu treffen und zu diskutieren, wie wir unsere Netzwerke und Initiativen gegenseitig verstärken können. Denn Solidarische Ökonomie findet in erster Linie lokal und regional statt.

Im Geiste des »Wir fangen schon mal an« sind drei Arbeitsgruppen bei RIPESS entstanden. In der AG3 (die von Karl B. und mir besucht wurde) geht es um Lokale Entwicklung, solidarische Ökonomie, Nahrungsmittel-Souveränität und lokale Zusammenschlüsse, kurz: »Pactes locaux«. Die TeilnehmerInnenliste umfasst Menschen aus Spanien, Portugal, Ägypten, Deutschland, Frankreich, Italien, Marokko, Rumänien, Belgien und Tunesien. Maria Priscila Soares von Associacao in Loco (Portugal) hat vorgeschlagen, in den nächsten zwei Jahren drei »lernende Reisen« (nach der Methode der »Learning Journeys« oder Studienreisen) zu Initiativen der S+SÖ in Europa und Nordafrika zu organisieren. Die erste Studienreise soll nach Marokko führen. Auf solchen Reisen kann man nicht nur viel voneinander lernen, sondern es werden Kontakte zwischen den Akteuren geknüpft, die die Vernetzung mit Leben füllen.●
www.ripesseu.net/en/foundation-congress.html

2012: Internationales Jahr der Genossenschaften

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum »Internationalen Jahr der Genossenschaften« erklärt. Sie wollen damit den Beitrag der Genossenschaften zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung würdigen, insbesondere ihren Einfluss auf die Reduzierung von Armut, die Schaffung von Beschäftigung und soziale Integration.
http://social.un.org/coopsyear

21.-23. März 2012, Berlin:
Internationale Konferenz »Cooperative Responses To Global Challenges«
https://www.coopsyear.hu-berlin.de

Anzeige

SCHERKURS 2011

Seiltanz, Schererei – und was die Wolle damit zu tun hat

»Könnt ihr was mit Wolle anfangen?« werden wir gefragt, wenn wir bei anderen Schafhaltern deren Schafe scheren. »Wir müssen sie sonst wegwerfen. Selbst der Wollhändler nimmt nur mehr weiße Wolle und das in großen Mengen.«

Schafewanderung Foto: longo maï

von Jürgen der Schäfer, Hof Ulenkrug ● Leider wissen nur sehr wenige, etwas mit der Wolle »anzufangen«. In Europa gibt es kaum noch eine wollverarbeitende Industrie. Wolle ist für uns kein Abfallprodukt, im Gegenteil, sie ist ein wertvolles Material, das wir von unseren Ulenkrug-Pommernschafen ernten: Wir scheren sie selbst. Longo maï betreibt eine Spinnerei in den französischen Alpen, die Filature de Chantemerle. Dorthin schicken wir die Wolle, und, verwandelt in Strickwolle, Pullover, Hemden, Socken, Mützen, Tücher und Decken, kommt sie zurück.

Kurse, bei denen man Schafe scheren lernen kann, gibt es selten. Longo maï hat Erfahrung in Schafhaltung und da wir das, was wir wissen und können, auch gerne weitergeben, organisieren wir Schafscherkurse. Gute SchafscherInnen sind nicht leicht zu finden, aber Roman Graf bringt als Ausbilder das Können und die nötige Geduld mit und unterrichtet den gesamten Kurs zweisprachig in Französisch und Deutsch. Die bei uns gelehrte australische Schermethode nach Bowen wurde im Laufe der Jahre immer weiterentwickelt und sie verlangt einen sorgsamen Umgang mit den Schafen und der Wolle.

Nach der Schur wurde die Wolle direkt in brauchbare und unbrauchbare Wolle sortiert. Nathali, die regelmäßig in der Spinnerei in Chantermerle ist, erklärte worauf man dabei achten muss. Vera, die Filzerin, zeigte anschließend, was man mit der frisch geschorenen und sortierten Wolle filzen kann. Es gab gleich enthusiastisches Ausprobieren. Schöne Sitzkissen und spezielle Scherschuhe, von Hand zusammengenäht, entstanden dabei.

Insgesamt ist der Aufwand für die Durchführung eines solchen Kurses nicht gerade klein. Das deutsch-französische Jugendwerk unterstützt uns finanziell, damit wir eine gute Scherausrüstung ausleihen, andere Schafhalter-Betriebe besuchen und die Reisekosten der französischen TeilnehmerInnen bezahlen können.

Vor allem junge Leute melden sich an, denn die Perspektive, als »Wander-Scherer« die weite Welt kennenzulernen und sich dabei das Reisegeld zu verdienen, hat schon was für sich. Auch dieses Jahr mussten wir Interessenten für den Kurs im nächsten Jahr vertrösten, da die Teinehmerzahl auf 12 Personen begrenzt ist.

Am Ende des Kurses waren alle erschöpft, aber glücklich über das Gelernte und die schöne Zeit in toller Atmosphäre. Beim Scherkurs 2010 drehte Martin einen kleinen Film über Roman und seine Arbeit als Scherer. Der Film heißt »Der Seiltänzer« und kann bei uns bestellt werden, sowie auch ein illustriertes Heft mit der Anleitung zur Schermethode.●

Aus Ulenkrug-Brief, Sommer 2011
ulenkrug@t-online.de, Hof Ulenkrug, 17159 Dargun, Tel. (03 99 59) 2 38 81

ZWEI VERANSTALTUNGEN IM GÖTTINGER ERZÄHLCAFÉ

»Scheiß auf den Kommerz, lass uns was Richtiges machen« und »Was heißt hier queer?«

Die Wurzeln des Vereins Freie Altenarbeit Göttingen liegen in den sozialen Bewegungen der 1980er Jahre. Schon damals wollten alte Menschen, junge Altenpfleger und andere »Bewegerinnen« anders altern und suchten den Schulterschluss zwischen den Generationen. Dazu wurde Mitte der 1990er Jahre in einer schönen Göttinger Jugendstilvilla »Am Goldgraben« ein Zeitzeugenprojekt mit Erzählcafé für Alt und Jung ins Leben gerufen. Bis heute finden dort an jedem ersten Mittwoch im Monat Nachmittags-Cafés bei Kaffee und Kuchen statt. Die Erzählrunden werden jeweils von 25 bis 50 Personen aus der Region besucht. Ein/e oder mehrere Erzähler/innen formulieren zu einem vorab festgelegten Thema den Einstieg und viele der Gäste beteiligen sich an dem Gespräch – oft mit eigenen biographischen Beiträgen.

Im Rahmen der LesBiSchwulen Kulturtage findet im November ein Mehrgenerationen-Erzählcafé statt. Unter dem Titel »Was heißt hier queer?« werden bunte Lebensentwürfe jenseits gesellschaftlicher Normierung präsentiert. Vier queere Göttinger/innen der Jahrgänge 1951, 1962, 1981 und 1986 erzählen aus ihrem Leben. Es wird über Erfahrungen in, mit und für die LGBTQ (lesbian-gay-bisexual-transgender-queer)-Gemeinschaft gesprochen und darüber diskutiert, was sich im Laufe der Jahre geändert hat und was konstant geblieben ist. Dabei geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Schlüsselerlebnisse gab es auf dem eigenen Lebensweg? Welche Politisierungserfahrungen gibt es, und wie verlief das Coming Out? Was treibt die einzelnen Generationen heute um?

Das Erzählcafé beginnt am **Montag, 7. November 2011 um 19 Uhr** beim Verein Freie Altenarbeit Göttingen, Am Goldgraben 14, im Salon. Moderiert wird die Veranstaltung von Anna Bauer und Regina Meyer. Anna Bauer ist seit zwei Jahren ehrenamtlich an der Gestaltung der LesBiSchwulen Kulturtage beteiligt. Sie arbeitet hauptberuflich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni. Regina Meyer ist Diplom-Sozialwirtin und arbeitet seit 1995 als pädagogische Mitarbeiterin und Moderatorin für den Verein Freie Altenarbeit.

Photovoltaik-Pionier: Reiner Lemoine

Zu einem Filmabend lädt das Göttinger Zeitzeugenprojekt am **Mittwoch, 23. November 2011 um 18 Uhr**, ein. Der Göttinger Filmemacher Horst Frebel wird anwesend sein. Er hat 2010 einen Film über den Photovoltaik-Pionier Reiner Lemoine gedreht. »Scheiß auf den Kommerz, lass uns was Richtiges machen« – so beschreibt der Filmtitel die Atmosphäre der damaligen Zeit. Vom Wohnzimmerunternehmer zum Weltmarktfabrikanten, vom Kollektivisten zum Unternehmensvorstand. Diese zwei Seiten einer Medaille beleuchtet der 60minütige Dokumentarfilm.

Frebel hat elf Interviews geführt, mit Reiner Lemoine sowie mit dessen Familie, dessen Freunden und Kollegen. Die Interviews beleuchten Lemoines Werdegang von »Wuseltronik« bis zum Tod. Das Ingenieurbüro »Wuseltronik« (Wind- und Solarelektronik) wurde 1978 in Berlin von Absolventen der Technischen Universität gegründet. Begonnen wurde mit Entwicklungen auf dem Gebiet der Meß- und Regelungstechnik für Windkraftanlagen, anfangs nur für reine Inselsysteme, später auch für Anlagen mit Netzparallelbetrieb. Außerdem wurde an der Fertigungstechnik der Rotorblätter für die ersten Südwind-Windkraftanlagen gearbeitet.

Mittlerweile hat sich das Projekt zu einem führenden Unternehmen im Bereich der Forschung und Entwicklung regenerativer Energietechniken entwickelt. Der Filmabend beginnt am **Mittwoch, dem 23. November 2011 um 18 Uhr** beim Verein Freie Altenarbeit Göttingen, Am Goldgraben 14.●

Weitere Information erteilt:
Regina Meyer, Freie Altenarbeit Göttingen e.V., Am Goldgraben 14, 37073 Göttingen,
Tel.: (05 51) 4 36 06
FreieAltenarbeitGoettingen@t-online.de
www.freiealtenarbeitgoettingen.de
www.wohnberatungs-mobil.de

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

INTEGRATION – PARTIZIPATION – ASSIMILATION

Eingrenzen – Abgrenzen – Ausgrenzen

In sämtlichen migrationspolitischen Debatten stellt Integration einen immer wiederkehrenden Schlüsselbegriff dar. Aber was bedeutet eigentlich Integration? Inwiefern fühlen sich MigrantInnen integriert und wann wäre eine Integration abgeschlossen? Begrifflich steht Integration einerseits in Zusammenhang mit Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung. Auf der anderen Seite wird von MigrantInnen allerdings verstärkt die Bereitschaft zur Integration und, bei Verweigerung dieser, Sanktionierung gefordert. Zwischen den elf Buchstaben steht also eine ganze Menge Ambivalenz, die sich besonders in europäischen und inländischen Rechtsverhältnissen widerspiegelt. Es scheint für den gesellschaftspolitischen Alltag nur von Vorteil, dass der Inhalt des Begriffs mehr als unklar ist.

Spätestens seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes wird die Erfüllung bestimmter Integrationserwartungen mit verbindlichen (Rechts-)Folgen verknüpft. Und auf europäischer Ebene findet der Begriff Eingang in den Vertrag von Lissabon. Ungeachtet von Zielsetzung und Unklarheit verändert und stützt er die politische Handhabe zu breiten Teilen. Denn mit Integrationsproblematiken lassen sich Migrationsabwehr auch im Zeichen der Bekämpfung von Terrorismus seit jeher auf der Agenda von Justiz- und Innenminister erklären. So »müssen« dann Grenzkontrollen ausgebaut werden, Datenbanken zur Speicherung persönlicher Daten durch EU-Mitgliedstaaten errichtet werden und der Mittelmeerraum militarisiert werden.

Es hat den Anschein, Integration muss vor allem kontrolliert vonstatten gehen, um Erfolgsaussichten zu haben. Doch welche integrativen Ziele werden hier eigentlich verfolgt und wird dadurch Integration befördert? Migration und Integration scheinen grundsätzlich mit Debatten der inneren Sicherheit verbunden. Und werden auch beständig von Diskursen über »Schreckensszenarien« begleitet, in denen »Flüchtlingswellen« sämtliche Mitgliedstaaten unter sich begraben würden.

Dient der Begriff Integration schlussendlich dem Versuch im Eigentlichen auszugrenzen, statt einzuschließen? Denn abgesehen von »Flüchtlingsschwemmen« neuer »Migrationswellen« sind auch jene betroffen, die schon hier, aber vermeintlich »immer noch nicht« – oder aber eben nicht genug – integriert sind. Dabei ist weiterhin nicht schlüssig wann ein Einwanderer sich denn genug bemüht hat und schlussendlich integriert ist. Auf jeden Fall wird Seitens der CDU in der Wiesbadener Erklärung 2008 schon mal mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum gefordert und schlägt Prävention à la Warnschussarrest vor – zielt somit also direkt auf »Migrantenjugendliche« und bestätigt ihr selbst erzeugtes Bild des feindlichen Einwanderers. Und schon wieder beschäftigt sich Integrationspolitik mit Fragen Innerer Sicherheit. Wie war das gleich mit Chancengleichheit und Schutz vor Diskriminierung? Der gesellschaftspolitische Umgang mit Integration in all seinen Auswüchsen und Absurditäten wäre fast amüsant anzusehen, wäre es nicht erschreckend, wie tief sich Ausgrenzung und umfassende Kontrolle in die Gesellschaftsstruktur bereits hineingezogen hat – im deutschen Aufenthaltsrecht, im Schengener Informationssystem, in der Auslegung von Fluchtgründen und auf dem Arbeitsmarkt. Präzise so begibt man sich auf den Weg zu einer präventiven Sicherheitsgesellschaft, die sich nicht traut, ihr eigenes Kontrollbedürfnis in Frage zu stellen.

Kongress: Es gibt Grenzen!

Insofern wird es Zeit die sogenannte Integrationspolitik samt ihres staatsrechtlichen Gehaltes genauer in den Blick zu nehmen und zu prüfen, ob sie nicht eher auf »Assimilation« abzielt und Partizipation im Gegenzug dazu nicht vorangetrieben wird. Eben um diese Kernfragen der Migration und Inneren Sicherheit geht es auf dem diesjährigen Kongress der kritischen JuristInnen und des Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen vom 11. bis 13. November 2011 in Berlin. Neben den verfassungs-, europa- und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen werden vor allem praktische Fragen des deutschen Rechts beleuchtet und unter der Leitlinie des Gebots der »Nicht-Diskriminierung« untersucht. Um dabei nicht in rechtlicher Theorie zu verharren, werden insbesondere in den Workshops praktische Fragen erörtert: Welche Diskrepanzen bestehen zwischen Recht und Praxis und wie könnten diese abgebaut werden? Wie gestaltet sich die Praxis für politische Menschen und angehende JuristInnen – verbirgt sich dahinter ein Widerspruch und wie kann den juristischen Widrigkeiten begegnet werden? Abschließend soll die Frage erörtert werden, welches Potential die Integrationspolitik hat, den Charakter des deutschen und europäischen Migrationsrechts in Zukunft zu verändern, denn Veränderungen sind dahingehend dringend notwendig.●

Mehr Informationen: www.rechtskritik.de

Stella Napieralla

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, SIEBTE FOLGE

Startbahn West

Jahrelange Auseinandersetzungen zwischen der südhessischen Bevölkerung und der Regierung um den Schutz des Flörsheimer Waldes und der lärmgeplagten Menschen vor einer weiteren Startbahn für den Frankfurter Flughafen eskalierten im Herbst 1981. Die wyhlerfahrenen Sally Biechele und Armin Kolenda treffen sich unerwartet in den entscheidenden Kampftagen.

Von Erasmus Schöfer ● Die Gerüchteküche brodelt seit Tagen, sagt Armin, sie werden kaum ankündigen, wann sie wirklich angreifen. Wir bewachen alle Zugangswege. Ich war auch zweimal auf Nachtwache. Es gibt einen Alarmplan der Bürgerinitiativen. Ich fürchte nur, sie sind zu allem entschlossen. Dass sie aus ihrer Niederlage in Wyhl gelernt haben, konnte man schon in Gorleben und Brockdorf erleben. Ein andres Hüttendorf, auf dem Damm wo die B8 in den Taunus zur Autobahn ausgebaut werden soll, haben sie neulich geräumt – nach einem Jahr! Über Nacht!

Startbahn West Foto: Umbruchbildarchiv Berlin

Landkommune Wyhl

Weißtu Armin, ich finds toll, dass die Leute ihren Wald verteidigen, ihre Luft, ihre Natur, wie wir am Kaiserstuhl und die Bauern im Wendland. Und die Friedensbewegung, auch ungeheuer wichtig. Gleichzeitig seh ich aber, wie die Landwirte bei uns und die Winzer hemmungslos Chemikalien und Insektizide auf die Äcker und Weinberge ausbringen. Warum? Um die Erträge zu steigern, klar. Der Bauernverband und die Raiffeisenkassen und die EWG mit ihren Subventionen treiben sie an. Auch an der Uni lernen wir nichts andres als diese Bedingungen zu bedienen – Effizienz und noch mal Effizienz! Die ganze Landwirtschaft wird verstanden als Produktionsmaschine, wie eine riesige Fabrik. Und kein Professor fragt, ob wir damit die Böden und das Grundwasser zerstörn und die Natur aus dem Gleichgewicht bringen. Ich hab gedacht, als Forstwirtin könnt ich mich um unsre Auwälder kümmern, aber das hat nicht geklappt, die einzige feste Stelle dafür hat der Meinrad Schwörer, du kennst ihn, er macht das gut, da hab ich mit Gustl argumentiert, dass wir irgendwie ausbrechen müssen aus diesen Zwängen auf unserm Hof, anders produziern, wieder Lebensmittel herstelln, nicht nur Nahrungsmittel, Qualität statt Quantität, biologisch sauber, verstehstu?

Ich hör dir zu Salli.

Vor zwei Jahren haben wir angefangen den Anbau umzustelln, die alte Dreifelderwirtschaft und Gemüse ohne Chemikalien, zweimal die Woche fahr ich auf den Münstermarkt, hab einen eignen Verkaufsstand mit rein biologischen Lebensmitteln, das war erst sehr hart und viele haben uns ausgelacht, aber Freiburg scheint ein gutes Pflaster dafür, die Grünalternativen sind stark bei uns, inzwischen hab ich feste Kunden und könnte manchmal mehr verkaufen als unsre Felder hergeben. Sie werfen uns Steine in den Weg, die Offiziellen vom Bauernverband, ich will dich nicht langweilen mit den Details, will dir nur erklären, weshalb ich meine, dass wir unser eignes Ding anfangen müssen, statt uns nur gegen die Zerstörungen zu wehren, die unser Wirtschaftssystem anrichtet.

Glaubst du, dass du mit wurmigen Radieschen und Äpfeln den Kapitalismus erschüttern kannst? Die Sorte Fragen von euch Linken kennich Armin. Ihr wollt nicht begreifen, dass wir heute schon Beispiele schaffen müssen wie wir leben möchten, in dem Sozialismus oder Kommunismus der irgendwo im Nebel der Zukunft liegt oder nicht. Du hast mir mal begeistert erzählt von Arbeitern einer Glashütte, die ihren Betrieb vor der Pleite gerettet haben, ihren Chef rausgeschmissen und selbst die Hütte weitergeführt. Das hat dir damals imponiert, stimmts? In der Schweiz hab ich einen Vortrag gehört über eine Landkommune in der Provence, das wolltich wissen, bin voriges Jahr hingefahrn, Longo Maï heißt die, so vierzig fünfzig Leute, Franzosen, Schweizer, Österreicher, und Deutsche, leben dort seit ix Jahren auf einem alten Bauerngut zusammen und die sind keine Aussteiger – Einsteiger sind die, in ein andres, ja, solidarisches Leben.

Haben die eine Ölquelle gefunden? fragte Armin, aber als da Salli ärgerlich die Brauen zusammenzog gleich noch: Ich meine, wie finanziern die dieses Leben?

Na sie arbeiten Mensch, ist doch klar! Aber selbstbestimmt! Kriegen auch ein paar Spenden von Unterstützern, zugegeben. Sie sind noch in der Aufbaufase. Du solltest dir das mal anschaun, eine Reportage schreiben in der DeZet (**1**), es ist wirklich faszinierend.

Ich erinner mich, Anfang der Siebziger gabs in Köln ein paar Leute, die wollten eine Insel kaufen im Mittelmeer, hat der Spiegel drüber geschrieben oder der Stern, wer tausend Mark über hatte konnte mitmachen. Alles sollte Gemeinschaftseigentum sein. Ne komplette Hundertschaft von Entusiasten haben die zusammengekriegt, sind nach, warte mal – Ithaka, ja so hieß die Insel, da sind sie hin und haben Hütten gebaut. Weiß nicht obs die Leute noch gibt, nie wieder von gehört. Für unsre Zeitung sind solche kleinbürgerlichen Fluchtversuche kein Tema. Das müssen wir nicht propagieren.

Weißtu, Armin, ich muss dir ja Recht geben – dies Aussiedeln in eine südliche Landschaft hat sicher was von Flucht aus unsrer deutschen Wirklichkeit, das seh ich auch so. Mich fasziniert das ungezwungne Zusammenleben verschiedner Menschen, ohne Besitz, wie sie gemeinsam, aus freiem Willen, ihren Lebensunterhalt erarbeiten, unsre Konsumzwänge vergessen. Und so etwas möchte ich versuchen aufzubaun, aber bei uns in Wyhl, auf Gustls Hof. Da gäbs genug Wohnmöglichkeiten für den Anfang, ohne dass man was kaufen müsste. Später, wenn meine Eltern mir ihren Hof übergeben, hätten wir Räume für dreißig vierzig Personen, könnten Arbeitslose aufnehmen, obdachlose Familien aus dem Dreisameck in Freiburg, eine große Gemeinschaft wären wir, in der alle mitbestimmen, auf der Grundlage unsrer alternativen Lebensprinzipien –

Das willst du schaffen? fragt Kolenda ungläubig.

Bin ich nicht jung genug, und der Gustl, um etwas ganz andres anzufangen? Unsre Leben neu zu denken und sinnvoll zu gestalten?

Ich glaube, also wie du das jetzt, denkich, also das klingt schon überzeugend Salli, sehr mutig, aber ich, ich bin überhaupt nicht kompetent, verstehst du, das zu beurteilen, eure konkrete Situation in Wyhl.

Du sollst mir nur sagen, ob du meine Idee gut findest, sinnvoll, ob du so was unterstützen würdest? Unterstützen? Ich? Ja wie denn? Meinstu ich sollte –

Schreiben solltest du! Wie du über unsern Kampf gegen Filbingers Akawe geschrieben hast und die hier, die Startbahn West, um die Erhaltung unsrer Natur, wie wir jetzt die Sonnenenergie nutzen, unsre Landwirtschaft ökologisch umstelln und deshalb auch unsre Lebensweise, wie das alles zusammenhängt, das verstehst du doch! Und könntest uns helfen.

Glaubstu?

Das weißich Armin! Pass auf: Morgen bleib ich noch hier und du zeigst mir das Hüttendorf und machst ein Interwju mit der Bäuerin aus Wyhl und die erzählt dir ganz genau, wie das Unternehmen Landkommune Wyhl funktionieren soll.

Greifer am Bollwerk

Je näher Rosalie Biechele alias Riekert und Armin Kolenda dem Hüttendorf kommen, umso stärker der Eindruck auf Kriegsgebiet zu geraten. Baumbarrikaden sperren die Wege, die durch den Wald umgangen werden müssen, lauter das Gedröhn der dicht über den Baumkronen hochziehenden Vierstrahler, dann die Gräben und Wälle, hinter denen Menschen, zahlreicher als Baumstämme und schweigend wie sie, sich versammelt haben. Man sieht den Wald vor Menschen nicht, staunt Salli. Nicht nur Junge mit Motorradhelmen, dicken Schals und Schutzbrillen, viele Alte auch, Frauen mit Kindern, Kopftücher, Männer in Joppen, Anoraks, Filzhüte auf den Köpfen oder Schirmmützen,

Foto: Archiv

eine Massenversammlung in Erwartung des Gottseibeiuns aus dem Innenministerium. Salli ist verstummt, hat Armins Hand gepackt, muss oft hochziehn oder schnaubt nach Bauernart die Nasenlöcher einzeln aus ohne Tuch oder Ärmel, lässt sich von Armin das kunstvoll in eine hochgewachsne Kiefer gehängte Baumhaus mit Fenstern zeigen, nur über ein Fallreep erreichbar, das Gemeinschaftshaus mit den Anschlagtafeln und Tischen davor, die von Mörfeldens Zimmerleuten gebaute Waldkirche mit Spitzturm und Kreuz nebenan, in der, von Lautsprechern nach außen übertragen, pastorale Ansprachen gehalten werden, Zitate von Carl Amery und Helmut Gollwitzer, Katolik der eine, Protestant der andre, die den Befehl der Schöpfungsgeschichte an die Menschen zur Unterwerfung der Welt anfechten als Urvirus der epidemischen Erdausbeutung in der abendländischen Kultur, das muss der Oeser sein, erläutert Armin, der Umweltpfarrer der Evangelen, der sich wegen der Startbahn und dieser illegalen Kirche mit seinen Präsidialen angelegt hat, fast alle örtlichen Pastoren mischen in den Bürgerinitiativen und hier draußen mit.

Armin zieht Salli weiter zur Schreibhütte Karaseks, wo sie erfahren, dass der mit andern zu einer Aktion an der Mauer unterwegs ist, Vorschlaghämmer und Wurfanker dabei. Da will Salli doch die nun auch sehn und beklopfen, zumindest mit dem Knöchel.

Sie arbeiten sich vor bis zum Waldrand. Auch auf der verwüsteten Schneise zwischen dem Wald und dem von Spanischen Reitern gekrönten endlosen Betonungetüm Hunderte von Startbahngegnern, die ihre Empörung gegen den Wall und die dahinter postierten Legionäre schleudern. Mit Worten allerdings nur, aus zwanzig Meter Abstand, von härteren Angriffen auf das Machtwerk ist nichts zu erkennen. Armin schwant, dass die hier die Aufmerksamkeit der Bullen ablenken, damit die Militanten weiter entfernt die Mauer angreifen können. Salli überschreitet keck die Niemandsmeter, Armin ihr nach, sie haben das Bollwerk noch nicht erreicht, da schießen aus den Turmkanonen des grünen Werfers durch die Mauerspalten zwei Wasserstrahle den beiden frontal in die Gesichter, Salli stürzt oder wirft sich zu Boden, ein vielstimmiger Aufschrei aus der Menge, Armin reißt Salli hoch, stützt sie, sie stolpern zurück, getrieben und durchtränkt von der Wucht der eisigen Strahle. So plötzlich wie der Beschuss begann endet er. Salli, klatschnass und bibbernd, lacht noch: Das ist meine Flörsheimer Taufe, da brechen durch die Mauerlücke knüppelschwingende Horden von Staatsschützern hervor, die Visiere der Helme runtergelassen, stürmen gegen die Leiberwand der Waldschützer, ein Ruf Hinsetzen! wird von vielen befolgt, da Flucht kaum möglich ist, was die Bewaffneten nicht hindert, ihre Prügel und Schilde gegen die Wehrlosen einzusetzen, sie vollends zu Boden zu werfen oder auf die über die Köpfe gehaltenen Arme einzudreschen.

Armin, der sich schützend vor die hockende Salli gestellt hat, fängt zwei Schläge auf Schulter und Arm von dem kopfgrößeren Polizisten vor ihm, der ihn mit seinem Schild beiseite stößt und den Arm zum Schlag auf Salli hebt, den Armin festhält, schreit Hau ab Salli! sieht sekundenlang das erstaunt wütende Gesicht des Schlägers durch die Plastikscheibe, eh der sich auf ihn wirft, ihn zu Boden reißt und Verdammte Kaotensau dich werd ich lehren! fluchend auf den liegenden Menschen eindrischt. Armin spürt die Schläge, den dumpfen Schmerz im Rücken und den scharfen in seinen überm Kopf verschränkten Armen, scheint Hört auf ihr Schweine! Fußtritte in die Flanken dafür, kein Entkommen, er wird gefasst an den Beinen, weggeschleift, wehrt sich nicht wie er von vier Greifern gepackt und zur Mauer getragen wird. Dort setzen sie ihn ab, auf die Füße, einer dreht ihm den Arm auf den Rücken, stößt ihn vorwärts im schmerzenden Polizeigriff zum Mauerdurchlass, er sieht noch das wilde Getümmel der Fliehenden vor dem Waldrand, keine einzelnen Personen erkennbar, keine Salli, dann ist ihm die Sicht auf das Schlachtfeld genommen, er wird abgeführt durch die aufgereihten Mannschaftswagen und Wasserwerfer zum Gefangnentransporter, zwei Polizisten fassen seine Arme, zerren ihn an die Seitenwand des Busses, breitbeinig soll er stehn mit erhobnen Armen, betatschen seine Kleidung bis runter zu den Schuhen, er hört noch das Der Drecksack hat Widerstand geleistet! von einem der Häscher, wird auf einen Hocker vor einem Klapptisch gedrückt, hinter dem ein Leitbulle sitzt, Sterne auf den Achselklappen, der ihn ruhig anschaut: So so, Widerstand geleistet. Das wird wohl teuer werden.●

(aus »Winterdämmerung«)

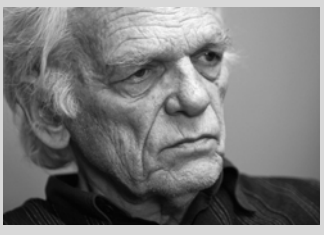
1) »Demokratische Zeitung«

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Erasmus Schöfer



Das Motiv für »Die Kinder des Sisyfos« ist, von Menschen zu reden, die aktiv, lebendig, kritisch bleiben, die nicht oder nur zeitweilig von diesen Niederlagen zu Boden geworfen werden. Das empfinde ich als das Vorbildliche und Ermutigende, dass diese Personen sich wieder aufraffen und weiter kämpfen oder arbeiten. Denn es gibt genug Leute, die völlig umgedreht sind und vergessen oder opportunistisch verdrängt haben, was sie einmal wussten über die zerstörerischen Kräfte unseres vom Profitstreben geleiteten Wirtschaftssystems. Dass wir von Niederlagen, wozu auch unsre eignen Fehler gehören, umgeben sind, gerade die Linken, die Sozialisten, ist Realität. Ich bin sehr entschlossen, ein realistischer Autor zu bleiben, auch wenn ein Teil meiner Hoffnungen sich nicht erfüllt hat.

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

EIN KOLLEKTIV FÜR SOLIDARISCHE LEBENSMITTEL

Die »Schnittstelle«

»Die Kontrolle der großen Handelskonzerne über Nahrungsmittel wächst immer mehr. Wir setzen dagegen auf solidar-ökonomische Netzwerke«, heißt es auf dem Blog der Schnittstelle zum Selbstverständnis. Die KollektivistInnen Anne, Herbie und Jürgen haben für CONTRASTE ihre Motivationen und Erfahrungen reflektiert.

Kollektiv Schnittstelle, Berlin ● Die Gewerbehalle in Berlin-Kreuzberg, in der die *Schnittstelle* einen Depotplatz und ein Büro angemietet hat, ist bis unter das Dach mit Paletten voll Getränkekisten gestapelt. Da stellt das Verkaufsregal der *Schnittstelle* gegenüber der Warenausgabe des Getränkevertriebes schon einen besonderen Hingucker dar: verschiedenste Nudelpackungen, 2,5kg Pomodore-Dosen, eigenhändig abgepackte 500gr Seitan-Tüten, Apfelwurzelsaft und Wein. Vorbei an Gabelstaplern geht es zu einem abgetrennten Raum, dem kleinen Depot der *Schnittstelle*. Direkt vor dem Eingang stehen drei bis oben bepackte Paletten voller Nudeln, die Lieferung einer Genossenschaft in Italien.

Bestellungen werden in der Regel per Telefonanruf oder Mail entgegengenommen und zum Abholen bereitgestellt. Aber an zwei bis drei Tagen in der Woche sind *Schnittstellen*-MitarbeiterInnen auch vor Ort. Im Innenstadtbereich können die Produkte z.T. auch geliefert werden. Zu ihrem KundInnenkreis zählt die *Schnittstelle* Hausprojekte, Food-Coops, Wohngemeinschaften, Bürogemeinschaften und viele Einzelne.

Vor drei Jahren wurde das Projekt ins Leben gerufen, fast zwei Jahre lang haben Anne und Herbie das Projekt neben ihrer politischen Arbeit aufgebaut. Jetzt sind Andreas, Claudia und Jürgen dazu gekommen, die jeweils für ein paar Stunden in der Woche mithelfen.

Mit dem über ein Hoffest solidarisch finanzierten Lastenfahrrad werden die Waren ausgeliefert — Foto: Schnittstelle

Herbie: Wir sind eine Verbindungsstelle zwischen HerstellerInnen und VerbraucherInnen. Auf der einen Seite solidarökonomische Kommunen, Kollektive, Genossenschaften sowie KleinstproduzentInnen, die unabhängig sind, sozial und ökologisch wirtschaften und die ihre Lebensmittelprodukte über die *Schnittstelle* in Berlin anbieten wollen. Und auf der anderen Seite die KonsumentInnen, die unsere besonderen Produkte schätzen und solidar-ökonomische Projekte unterstützen wollen.

Anne: Wir wollen den Weg zwischen den ProduzentInnen und KonsumentInnen möglichst kurz halten, deshalb informieren wir auch über die Projekte, von denen wir unsere Sachen haben. Idealerweise wäre es für die Projekte vielleicht besser Direktvermarktung zu machen und keine Zwischenhändler, die den Preis verteuern, dazwischen zu haben. Aber viele haben nicht die Kapazität ihre Produkte selbst alle zu vermarkten. Und für sie bietet *Schnittstelle* ihre »Dienstleistung« an. Gleichzeitig machen wir es den KonsumentInnen einfacher: Sie müssen nicht mehr den fair gehandelten Kaffee, den Apfelsaft von alten Streuobstwiesen vom Saftmobil-Kollektiv und den Honig vom lokalen Kleinstproduzenten an drei verschiedenen Stellen kaufen.

Jürgen: Das macht einen kleinen Vertrieb wie die Schnittstelle interessant: Hier können KonsumentInnen bei ihrem Einkauf gleich mehrere (ProduzentInnen-) Projekte auf einmal unterstützen.

Herbie: Die Idee, ökologische und solidarökonomisch produzierte Lebensmitteln »gebündelt anzubieten«, einen Vertrieb dafür aufzubauen, ist nicht zufällig entstanden. Wir waren schon länger politisch aktiv zu Landwirtschafts- und Nahrungsmittel-Fragen und hatten einige Kontakte zu Projekten und KleinstproduzentInnen von Lebensmitteln. Gleichzeitig bin ich seit langem in einer Food-Coop und wir alle haben in größeren Gruppen und WGs gelebt oder tun das immer noch. Unser politisches Umfeld, d. h. unser FreundInnenkreis, waren gewissermaßen die IdeengeberInnen für die *Schnittstelle*. Sie finden es gut, dass Kommunen und Gärtnereien gemeinschaftlich wirtschaften, dabei »gesunde« Lebensmittel herstellen und auch versuchen in ihrem Alltag anders zu leben und zu wirtschaften; »Halbinseln gegen den Strom« zu bilden, wie die Ökonomin Friederike Habermann solidarökonomische Projekte bezeichnet hat. So sehen wir uns als *Schnittstelle* eben auch. Wir waren vorher schon persönlich bei verschiedenen Halbinseln eingebunden, wir haben viel Unterstützung bekommen, so dass der Schritt zur konkreten Umsetzung der Idee *Schnittstelle* nicht so groß war.

Anne: Zum Aufbau von solidar-ökonomischen Strukturen gehört, dass wir selbst gemeinschaftlich arbeiten und kollektive Strukturen haben; und dass auch wir selbst für diese Arbeit (irgendwann) einen fairen Lohn bekommen.

Jürgen: Der Trend zur Kollektivität hat, meiner Meinung nach, auch mit den sich ändernden sozialen Verhältnissen zu tun. Viele haben es in der Vergangenheit ja hinbekommen, sich ihr ökonomisches Auskommen mehr oder weniger gut zu organisieren und nebenbei noch etwas Politik zu machen. Das klappt inzwischen deutlich weniger gut, die Anforderungen an die Einzelnen, flexibel zu sein und der Zwang, einen marktförmigen Lebenslauf zu präsentieren, sind gestiegen. Was allerdings nichts daran ändert, dass sich die Einzelnen meist individuell versuchen durchzuwurschteln, die Bereiche Arbeit, Freizeit und Politik bleiben in der Regel dabei getrennt. Vielleicht kann da mit den Überlegungen zu Solidarökonomie und dem Aufbau von kollektiven Projekten etwas in Bewegung geraten.

Anne: Wir bekommen viel positives Feedback speziell zu unserem Projekt, aber auch in Bezug auf kollektive Arbeitsstrukturen scheint das Interesse gewachsen zu sein. Trotzdem ist es weiterhin schwer Leute zu finden, die sich bewusst gegen den normalen »Lohnarbeits-Weg« entscheiden und stattdessen sich längerfristig, verbindlich auf den Aufbau von alternativen Strukturen einlassen – was es braucht, damit es auch materiell eine tatsächliche Alternative werden kann. Mittlerweile haben wir für das Projekt eine ganz gute Basis geschaffen. Aber um einen »Lohn« auszahlen zu können, müssen wir den Umsatz steigern. Unser nächstes Ziel ist, dass zwei Leute von der *Schnittstellen*-arbeit – zumindest teilweise – leben können.

Jürgen: Im Moment arbeiten wir hier alle ehrenamtlich. Von dem, was erwirtschaftet wird, können wir die Kosten decken, also Miete für Depot und Büro bei dem befreundeten Getränkekollektiv, Transportkosten bezahlen, Telefongebühren, und solche Sachen. Das Lastenfahrrad, mit dem wir auch ausliefern, war eine größere Anschaffung, die wir gemeinsam mit der Vokü-Gruppe »Food for Action« organisiert haben. Dafür haben wir zusammen mit anderen UnterstützerInnen eine Soli-Vokü auf einem große Hoffest gekocht.

Saft- und Verkaufsstand auf einem Nachbarschaftsfest in Berlin — Foto: Schnittstelle

Anne: Wir sind das Projekt bewusst langsam angegangen, z.T. weil wir auch noch an anderen Stellen aktiv waren, aber auch, um nicht zu schnell zu wachsen. Wir wollten keinen ökonomischen Druck haben, der uns in Zugzwang bringt und wir darüber unsere eigentlichen Ideen vergessen. Für mich war aber auch einfach das »Üben« wichtig. Ich hatte vorher nie was mit Handel, Preiskalkulationen und Mehrwertsteuer zu tun.

Was nehmen wir für ein bestimmtes Produkt? Was können wir nehmen, was müssen wir nehmen – wenn wir an die ProduzentInnen denken – wenn wir auch an unsere eigene Arbeit damit denken? Und können sich das die KonsumentInnen leisten?

Für Juppies und LOHAS (Lifestyles of Health and Sustainability) wollen wir *Schnittstelle* ja nicht machen, aber viele unserer Freunde haben kaum Geld. Einerseits billig sein zu wollen, damit alle es sich leisten können, andererseits dafür arbeiten, dass Lebensmittel wieder mehr »wertgeschätzt« werden und die Arbeit damit auch einen fairen Preis haben muss.

Das ist ein komplexes Themenfeld und es gibt nicht eine Formel, die es für Alle gerecht macht. Ich glaube, es braucht einen gewissen flexiblen Umgang damit und gute Kommunikation in beide Richtungen.

Herbie: Wir weisen aber auch darauf hin, dass Lebensmittel im Supermarkt deshalb so billig sind, weil die Konzerne enormen Druck auf Mensch und Umwelt ausüben. Hier versuchen wir mit *Schnittstelle* einen anderen Weg zu gehen: ökologische Produktion und gerechter Tausch mit den ProduzentInnen. Wir wollen aber auch nicht, dass von Arbeitskollektiven per se erwartet wird, dass sie billig arbeiten. Auch wenn wir selbst gerade nix mit dieser Arbeit verdienen, finden wir, dass kollektiv organisierte Arbeit besonders honoriert und dementsprechend bezahlt werden sollte – na ja, zumindest von denen, die es sich leisten können. Trotz aller Diskussionen: Wir versuchen da die Preise maßvoll zu gestalten.

Jürgen: Erhöhte Preise für gesunde Lebensmittel in Verbindung zu bringen mit der Umwälzung der Verhältnisse, ist ja gerade auch besonders chic, aber wachstums- und konsumorientierte Handlungsmuster sowie globale Handelsstrukturen werden dadurch unserer Auffassung nach nicht verändert.

Anne: Aber um nicht in der Preisdiskussion stecken zu bleiben: Wir verstehen uns ja auch nicht nur als alternativ wirtschaftender Betrieb, sondern eben auch als politisches Projekt. Ich bin z.B. auch in der Saatgutkampagne gegen die neue EU-Saatgutgesetzgebung aktiv. Im letzten halben Jahr gab es einige Feste und Veranstaltungen, an denen wir als *Schnittstelle* beteiligt waren. Ich habe dort Informationsmaterial zur Saatgutkampagne ausgelegt und gleichzeitig als *Schnittstelle* »freies« und »fruchtbares« Saatgut von *Keimzelle,* einer kleinen Initiative in der Nähe von Berlin, verkauft. Arbeit und politisches Engagement kann ich so gut miteinander verbinden.

Herbie: Ich habe früher schon mehrere Veranstaltungsreihen rund um das Thema Ernährung und Agrarhandel mitorganisiert, z.B. die Veranstaltungsreihe »Die globalisierte Kartoffel« im Kollektiv Cafe Morgenrot im Vorfeld des G8 in Heiligendamm 2007. Jetzt veranstalten wir regelmäßig Verkostungsabende von *Schnittstelle,* wo wir unsere Produkte zum Probieren anbieten. Weil wir so leckere Nudeln von der Kooperative Iris haben, gab es z.B. schon mehrere Pastaabende. Und passend dazu den Rotwein von der Kommune Urupia in Italien. Meistens zeigen wir dazu einen kritischen Film über die industrielle Landwirtschaft und Konzerninteressen. Aber wir haben uns auch schon ein Kartoffel-Quiz oder ein Kreuzworträtsel zum Thema Solidar-Ökonomie ausgedacht, um so über unsere Themen zu informieren, bzw. ins Gespräch zu kommen.

Jürgen: Wir kündigen auch politische Veranstaltungen, Aktionen und Filme über Lebensmittel und Landwirtschaft mit Rundmails (ca. alle 6 Wochen) und auf dem Schnittstellen-Blog an. Und es gibt viele Links zu Kurzfilmen im Internet. Das ist ein »Hobby« von Herbie. Es gibt lustige, skurrile Sachen, wie »Starwars im Supermarkt«, aber auch informative Filme.

Anne: Der letzte Beitrag ist z.B. ein kurzer NDR-Film über Äpfel, Norm-Äpfel: Makellos, aber auch schmackhaft? Da geht es darum, wie oft ein industriell produzierter Apfel gespritzt wird, damit er auch lange schön bleibt, darum, dass alle Leute nach den makellosen, »schönen« Äpfeln greifen, aber die anderen doch eindeutig besser schmecken. Wir haben zwar keine frischen Sachen wie Äpfel im Angebot, aber verschiedene Apfel-Säfte.

Saft aus der Kommune Karmitz — Foto: Schnittstelle

Herbie: Unsere neueste Idee ist eine Biodiversitäts-Abokiste. Einmal im Monat bekommen AbonnentInnen eine »Überraschungskiste« mit diversen Produkten. Für z.B. 20 Euro packen wir dann jedes mal andere, besondere, biodiverse Sachen rein. Das soll den Leuten Lust machen mal neue Sachen zu probieren. Sachen, die sie sonst wohl nicht gekauft hätten, weil sie sie z.T. gar nicht kennen. Wir haben z.B. Emmer- und Kamutnudeln oder Kornblumen- und Rubiniensirup. Und gleichzeitig informieren wir darüber, wie das globalisierte Nahrungsmittelproduktionssystem funktioniert und die Geschmacksnerven gleichgeschaltet werden.

Die Bio-Div-Abo-Kiste soll Ende des Jahres anlaufen. Da sind wir gerade noch am planen, organisieren und suchen noch Interessierte an dem Abo in Berlin...●

Mehr unter: schnittstelle.blogsport.de
Kontakt: schnittstelle@jpberlin.de

ÜBERBLICK

LEBENSMITTEL

Alles Milch – oder was?

Mir fällt dieser abgewandelte Werbeslogan ein, wenn ich überbordende Regale vor mir sehe. Fruchtyoghurts, Desserts und Mischgetränke sind »konstruierte« Produkte mit reichlich Zucker, Aromen, Verdickungsmitteln, Farbstoffen. Das Thema Gesundheit ist ein irreführendes Werbevehikel. Von Genuss kann kaum die Rede sein.

Von Werner Ruhoff ● Und die Vielfalt ist nur eine scheinbare, die durch bunte Verpackungen vorgetäuscht wird. Im Supermarkt finde ich »Alpenmilch« mit lockendem Etikettenschwindel, Billigmilch aus Hessen und knalligbunt verpackte für 85 Cent pro Liter, die gleiche Milch in der Flasche mit etwas mehr Fett für 1,25 EUR. Aus welcher Fabrik die Milch stammt, ist irgendwo klein gedruckt auf der Packung oder nur im ovalen Veterinärkennzeichen mit der Verschlüsselung zu entdecken. Die Biomilch im Supermarkt entpuppt sich bei der Internetrecherche als ein Produkt einer österreichischen Molkerei oder der mecklenburgischen Filiale des dänischen Konzerns Arla Foods. Im hiesigen Bioladen gibt's Milch von der Privatmolkerei Söbbeke aus Westfalen oder aus dem Sauerland von der Upländer Bauernmolkerei.

Biomilch unterscheidet sich nicht nur durch die Tierfütterung und -haltung von der »konventionellen« Milch, was ihre Fettzusammensetzung verträglicher macht. Teilweise wird die Milch auch in der Molkerei schonender behandelt. Der Demeterverband erlaubt weder das Homogenisieren (die Zerstäubung des Fettes in der Milch, die das Aufrahmen verhindert), noch die Hocherhitzung der Milch (H-Milch). Das Gros der Milch im Bioladen ist im Gegensatz zu den Supermärkten ohne die Aufschrift »länger frisch« zu haben. Hinter dieser Irreführung steckt Milch, deren Haltbarkeit zwei Wochen verlängert ist. Das ist für die Kalkulation des Handels günstiger und hat den Vorteil, dass weniger Milch im Müll landet. Die Herstellung ist sehr energieaufwendig. Mit einer Hocherhitzung unterhalb der H-Milchgrenze oder Filtrationsverfahren werden Milchsäurebakterien und Vitamine vernichtet, ohne den Milchgeschmack allzu sehr zu verfremden. Biomilch ist in den Supermärkten auch in dieser Sorte zu haben.

Die Molkereimanager drängen auf Zentralisation, um der Marktmacht von Aldi und Konsorten Paroli zu bieten. Alleine die beiden Aldi-Ketten erreichen so viel Umsatz wie die gesamte Milchindustrie. Gleichzeitig gibt es eine chronisch überschüssige Milchmenge in der EU, die auf die Preise drückt. Milchindustrie und Politik reagieren mit verstärkter Anstrengung, den globalen Freihandel mit Milchprodukten auszudehnen. In NRW konzentrierte sich in den letzten dreißig Jahren die Zusammenlegung der Milchversorgungsbetriebe auf Köln und Münster. Das Kölner Werk mit den Marken Landliebe und Tuffi gehört jetzt zur weltgrößten Molkereigenossenschaft FrieslandCampina in den Niederlanden. Die größten Molkereifabriken in Deutschland haben eine Verarbeitungskapazität von über 4 Millionen Litern Milch pro Tag. Die Maschinenhersteller konkurrieren mit immer größeren Verarbeitungslinien. Der Weltrekord einer Butterungsmaschine liegt bei 14 Tonnen Ausstoß pro Stunde, eine Menge, für die 300.000 Ltr. Milch benötigt werden. In den sechziger Jahren lag der Ausstoß unter einer Tonne.

Nahaufnahme eines Kuheuters

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Da zapft die Maschine jeden Tag 20 Ltr. Milch ab.

Die »Milchleistung« einer »durchschnittlichen« Kuh hat sich seit fünfzig Jahren mehr als verdoppelt. Roboter saugen die Milch automatisch aus den dicken Eutern. Auftretende Tierseuchen wie BSE sind Begleiterscheinungen einer artfremden Fütterung. Die ArbeiterInnen der Milchindustrie haben knappe Löhne und bewältigen oft Überstunden, die über der zulässigen Grenze liegen. Über 10.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland von 1995 bis 2005 in der Milchindustrie wegrationalisiert worden. Das Berufsbild hat sich vom Handwerk zur Technik verschoben. Die Technisierung hat dazu geführt, dass der Lohnkostenanteil am Produktpreis unter 10 Prozent liegt. Heute gibt es in Deutschland kaum noch 100 Molkereifirmen. Tendenz fallend. In den fünfziger Jahren gab es in der BRD ca. 3.000 Molkereien.

Die bäuerlichen Familienbetriebe ächzen unter dem Druck der sinkenden Preise, die sie auch dem Bauernverband anlasten. Der Kapitaleinsatz ist im Schnitt pro Arbeitsplatz doppelt so hoch wie in der Industrie. Viele Bauern drückt die Schuldenlast. Innerhalb einer Dekade musste fast die Hälfte der ViehhalterInnen aufgeben, pro Tag etwa 15 Höfe. Damit verödet auch das Leben in den Dörfern. Als die Milchgeldauszahlung durch den Preisverfall auf ein Rekordtief von knapp über 20 Cent sank, begannen die Bauern über Ländergrenzen hinweg den Milchboykott. Sie gründeten einen neuen Interessenverband, der sich auf europäischer Ebene unter einem Dach zusammengeschlossen hat. Die wichtigste Forderung zielt darauf ab, den Erzeugerpreis durch eine strikte Mengenbegrenzungspolitik bei ca. 40 und Biomilch bei 50 Cent zu stabilisieren. In der EU steht das Signal mit der angekündigten Aufhebung der 1984 eingeführten Milchquote jedoch weiter auf Wachsen und Weichen – der Kampf wird wohl weitergehen.●

GLOSSAR: MILCHWIRTSCHAFT IN DER BRD

Milchindustrie
Milchmenge: ca. 29 Mio. Tonnen, davon 1,8% Biomilch / Export: über die Hälfte des inländischen Konsumanteils – mit Subventionsvorteilen zu Lasten vor allen Dingen der ärmeren Länder; www.oxfam.de/informieren/milch.
Größter deutscher Konzern ist »Deutsches Milchkontor GmbH« mit 11.000 MilchlieferantInnen und ca. 7 Mrd. EUR Umsatz;

Milchindustrielobby:
- Milchindustrieverband
- Verband der dt. Milchwirtschaft
- Deutscher Bauernverband
- Deutscher Raiffeisenverband

Zahlreiche weitere Interessens- und Fachverbände

Interessenverbände der etwa 90.000 (Milch-)Bauern
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft/ABL
- Bund deutscher Milchviehhalter/BDM

2/3 der Molkereien sind Genossenschaften
Dazu ein Zitat von Dr. Onno Poppinga, Professor der Agrarpolitik an der Uni Kassel: *»Als Mitglied einer Genossenschaft oder bäuerlichen Aktiengesellschaft gerät der Bauer in die paradoxe Position, dass die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die für ihn als Bauern Einnahmen sind, für ihn als Genossenschaftsmitglied oder Aktionär Kosten sind; fordert er als Bauer einen `gerechten Preis´, so muss er als Genossenschaftler für eine Kostenminimierung sein, und das heißt für niedrige landwirtschaftliche Erzeugerpreise und für niedrige Löhne eintreten.«*
»Der Milchlieferstreik 2008 und seine Folgen«, Seite 8 – eine Dokumentation der ABL.

Gentechnik
Gentechnisch veränderte Tiernahrung muss in Milchprodukten nicht ausgewiesen werden. Molkereien, die darauf achten, dass kein genmanipuliertes Futter in die Nahrungskette gelangt, kennzeichnen ihre Produkte mit dem Vermerk »keine Gentechnik«. Bioverbände, BiobäuerInnen und Biomolkereien schließen Gentechnik aus.

Alpenmilch, Ja-Milch, Tuffimilch, Eifelperle, Landliebe, Biomilch

Aromastoffe
- »naturidentisch«: chemisch hergestellte Substanzen, die mit natürlichen Aromen »baugleich« sind. Solche Aromen werden Bioprodukten nicht beigemischt;
- »natürliches Aroma«: aus tierischen und pflanzlichen Stoffen mittels physikalischer und biotechnischer Methoden gewonnene, isolierte Geschmacksubstanzen;
- Aromaextrakte: Konzentrate aus Pflanzen – wird bei Bioprodukten verwendet.

Omega3 Fettsäure
Ungesättigte Fettsäure, die in allen Körperzellen enthalten ist, die der menschliche Körper aber nicht selbst herstellt. Vorhanden u.a. in Hering und Lachs oder Wallnussöl, aber auch in der Milch, wo sie einen höheren Anteil enthält, wenn die Kühe auf der Weide stehen, als wenn sie mit Mais und Kraftfutter gefüttert werden. Omega 3 Fettsäuren sollen u.a. Herzkreislauferkrankungen vorbeugen. Biomolkereien weisen u.a. auf den höheren Anteil in ihrer Milch hin.

Milchquote
Die europäische Milchquote legt der Ministerrat der EU fest. In der BRD wird die Quote auf die bäuerlichen Betriebe angewandt. Wird die Quote überschritten, kassiert der Staat eine Strafabgabe, die an die EU weitergeleitet wird.

Handwerkliche Milchverarbeitung
Einige MilchviehhalterInnen sind aus Verdienstgründen wieder dazu übergegangen, ihre gemolkene Milch selbst zu verarbeiten, vorrangig zu Käse. Hier werden auch Schaf- und Ziegenmilch verarbeitet. Nicht alle davon sind Biobetriebe.

Veterinärkontrollzeichen
Verschlüsselter Herkunftsnachweis für Nahrungsmittel tierischer Herkunft. Auf den Verpackungen findet sich ein Oval, in dem das Länderkennzeichen und die Nummer des Herkunftsbetriebes ausgewiesen sind. In Deutschland ist die Verschlüsselung für Molkereien wie folgt gegliedert: (D – SN 016 EG) – der Betrieb liegt in Sachsen und die Nummer gehört zur Müllerfabrik in Leppersdorf. Eine Liste aller Betriebe ist zu finden unter: http://pruefziffernberechnung.de unter »Betriebsnummernlisten«.

Vorgetäuschte Vielfalt
z.B. Butter – bunte Verpackungen verdecken, dass es hierzulande fast nur noch »mildgesäuerte« Butter gibt. Im Biohandel sind die traditionellen Sorten Süß- und Sauerrahm üblich. Butter, die andere Bestandteile enthält, muss gekennzeichnet sein – Beta Carotinfarbstoff, Yoghurt oder Salz beispielsweise. Molkereien, die Butter auf althergebrachte Weise in einem rotierenden Butterfass herstellen, machen etwa ein halbes Dutzend in der BRD aus. Wegen des feinen Geschmacks der französischen Küche erfreut sich im Butterfass verarbeiteter, gereifter Sauerrahm im Nachbarland einer großen Nachfrage.

Zu den größten europäischen Lebensmittelkonzernen,
die in Deutschland Milchprodukte herstellen, zählen: Nestlé, FrieslandCampina, Arla Foods, Deutsches Milchkontor, die Müller-Gruppe mit Weihenstephan, Hochwald und Milch Union Hocheifel (MuH);

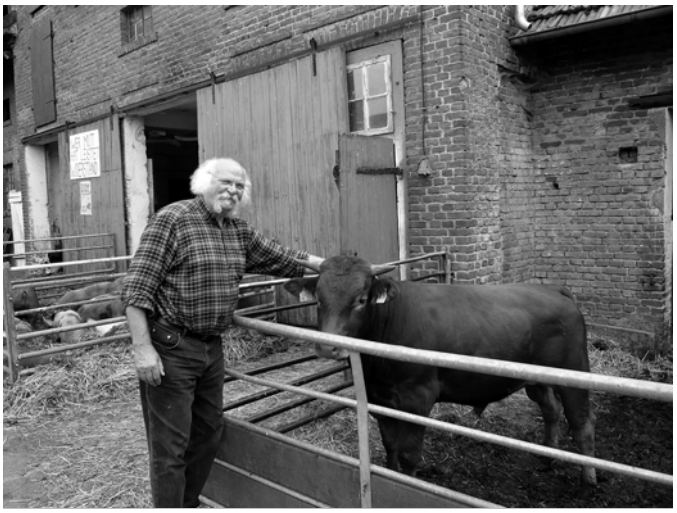
Bioverbände
Vorreiter im Bioagrarsektor waren Bauern, die sich Bioverbänden anschlossen, die Regeln und Verfahren für eine naturbelassene Wirtschaftsweise beaufsichtigen. Ihre Vorschriften sind umfassender als die mit dem sechseckigen EU-Biozeichen oder der Biomarken der Supermärkte. Die bekanntesten Bioverbände sind: Bioland, Demeter, Naturland – bei Wein Eco-Vin;

INTERVIEW

LEBENSMITTEL

»Wir setzen auf Regionalität«

Interview über die Gründung der Upländer Bauernmolkerei mit dem Biobauern Josef Jacobi



Josef Jacobis Leitsatz »Wer Mut hat, leistet Widerstand«.

Was hat Ihrer Einschätzung nach der Bauernstreik bzw. Milchlieferungsstreik 2008 gebracht?

Solch eine Aufmerksamkeit haben Bauern in der Nachkriegszeit noch nie erhalten, wie während des Bauernstreiks. Überhaupt ist es wichtig zu erfahren, dass Bauern ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und gemeinschaftlich etwas erreichen. Und es ging um die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Für 49 Cent der Liter Milch im Laden – wie geht das, wo Mineralwasser das Doppelte kostet?

Sie haben die Upländer Bauernmolkerei mitgegründet. Das ist ein Wagnis und kostet auch eine Menge Geld.

Erst haben nur drei Bauern angefangen, dann waren es sechzehn. Wir haben mit 500.000 Ltr. (Jahresmenge, pro Tag ca. 1.400 Ltr. Milch) Biomilchvermarktung angefangen. Später haben wir alles Geld und allen Mut zusammengenommen und die von »Tuffi« geschlossene Molkerei gekauft. Das war vor fünfzehn Jahren. Wir haben das letztendlich mit einer Bürgschaft der Bauern erreicht. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hat uns mit 600.000 DM unterstützt. Sonst hätten wir den Liquiditätsengpass nicht geschafft.

Viele Molkereien sind bäuerliche Genossenschaften, aber die Bauernmolkerei Upland ist eine GmbH. Warum?

Man denkt, die Genossenschaft gehört zu den Bauern. Aber sie ist schwerfällig, und die Bauern haben in den Genossenschaften nichts mehr zu sagen. Außerdem gibt es den Genossenschaftsprüfungsverband, der auf der Seite des Bauernverbandes und der CDU steht – nicht unbedingt unsere Freunde. Vor 25 Jahren haben wir die Milcherzeugergemeinschaft als wirtschaftlichen Verein gegründet. Die Bauern sind Mitglied des Vereins, der Hauptgesellschafter der GmbH ist. Hinzu kommen der BUND als Gesellschafter und Menschen aus der Umgebung, die wollten, dass die Molkerei wiedereröffnet wird.

Inzwischen reicht das Absatzgebiet bis Köln.

Wenn man auf der Karte einen Strich zeichnen würde, wären es von Köln bis zur Molkerei 150 Kilometer.

Die Upländer Bauernmolkerei wirbt: »In jedem Liter Milch steckt ein schönes Stück Region.« Aber der Einzugsbereich der Biomolkerei ist sehr groß – vom Kölner Rand bis Kassel und von Paderborn bis Gießen. Ist das ein Konflikt mit dem regionalen Anspruch, weil die Strukturen so sind, oder ist das eine beabsichtigte Wachstumsstrategie?

Unser Ziel entspricht dem Slogan. Das heißt, regionale Ausrichtung. Unser Ziel ist auch, dass viele verschiedene Molkereien in den Regionen entstehen. Wir haben Veranstaltungen gemacht, z. B. für die Region Bergisches Land. Auch aus der Eifel oder in Süddeutschland gab es Interessenten. Überall fragen sie nach einem Vortrag, wie man eine Molkerei gründet. Das Problem ist, es gibt nicht so viele Biobauern. In unserem Gebiet haben wir alle Biomilcherzeuger erfasst, und das reicht von Gießen bis Hennef an der Sieg.

Verstehen Sie unter Region denn das Gebiet, das Ihre Molkerei inzwischen abdeckt?

Das ist nicht so ganz einfach. Es ist schon so, dass es einen Umkreis von 25 Kilometern um die Molkerei bedeutet. Nur bei Biomilch ist eben das Problem, dass die Verteilung der Biobauern so weit ist, dass man die Milch aus einem größeren Einzugsgebiet heranschaffen muss.

Woran scheitert es, dass neue Biomolkereien gegründet werden?

Es gibt kaum noch gebrauchte Molkereien wie bei uns. Und die in Kalkar, die jetzt ausscheidet, ist zu groß. Man konkurriert dann mit den Großen, Deutsches Milchkontor oder Campina.

Wer entscheidet, wer in die Milcherzeugergemeinschaft aufgenommen oder wer abgelehnt wird?

Die Mitglieder entscheiden das per Abstimmung. Eine Vorentscheidung trifft der Vorstand, weil nicht so oft Mitgliederversammlungen stattfinden. Wir sagen den Antragstellern, wir entscheiden jetzt vorbehaltlich der Abstimmung der Mitgliederversammlung.

Die sind wie oft?

Dreimal im Jahr. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Entscheiden die Mitglieder der Erzeugergemeinschaft auch über die Produktion der Upländer Bauernmolkerei?

Ja, ob wir Yoghurt oder Käse machen. Auch über größere Investitionen entscheidet die Versammlung. Wir haben aber festgestellt, dass es schwierig ist, die Gesellschafter an einen Ort zu kriegen.

Wie viele Bauern sind das zur Zeit?

Hundertfünfzig. Und erstaunlicherweise kommen immer so fünfundsiebzig Bauern zu unseren Mitgliederversammlungen.

Schätzen die Bauern das, dass sie solche Entscheidungsmöglichkeiten haben, oder ist ihnen das eher lästig?

Die schätzen das und sind immer sehr angeregt. Zu Anfang war's schwierig. Das hat aber Spaß gemacht, als es gerade nicht so einfach war. Alle haben jede Entscheidung mitgetragen.

Vor kurzem wurde die Käserei in Neukirchen von der Bauernmolkerei neu eröffnet. Das ist ein großer Brocken, ich glaube die doppelte Milchmenge wie im Mutterbetrieb.

Da kann bis 65 Millionen Liter Jahresmenge (pro Tag etwa 180.000 Ltr. Milch) verarbeitet werden und zur Zeit sind wir bei 15 Millionen (ca. 40.000 Ltr. pro Tag).

Die Käserei wurde von den Hochwald Nahrungsmittelwerken übernommen. Was bedeutet das?

Nur den Betrieb haben wir übernommen. Hochwald liefert so viel regionale Milch, wie wir brauchen. Wenn wir weniger brauchen, kann das angepasst werden. Die Bauern hat Hochwald behalten. Die von Hochwald gelieferte Milch ist ausschließlich konventionelle Milch.

Welches Ziel verfolgt die Milcherzeugergemeinschaft mit der Käserei?

Jetzt müssen wir erst unsere Identität und Qualitäten aufbauen. Wir wollen herausstellen, dass bei uns weniger Mais gefüttert wird und damit der Omega3 Fettsäurenanteil viel höher liegt. Ziel ist eine reine Biomolkerei, wie wir sie jetzt in Usseln auch haben.

Für eine solche Lösung müssen auch die MitarbeiterInnen gefunden werden.

Die Mitarbeiter waren teilweise arbeitslos, weil die Molkerei ein Jahr still gestanden hat. Sie sind froh, dass sie an ihrem alten Ort wieder anfangen konnten. Wir sind froh, dass wir Fachkräfte haben. Sie haben sich am Aufbau der Molkerei beteiligt und haben einen Aufsichtsratssitz in der GmbH. Wir haben nicht alle von Hochwald übernehmen können, da die geringere Menge nicht so viele Mitarbeiter erfordert. Zur Zeit ist es für mich der größte Druck, dass die Mitarbeiter auf der Straße stehen, wenn wir den Standort nicht halten. Diesen Betrieb in Neukirchen haben wir noch nicht gekauft, sondern zunächst gepachtet. Innerhalb von drei Jahren können wir die Kaufoption wahrnehmen.

Inwieweit kollidieren die Prinzipien von Konkurrenz und Wachstumsdruck mit den Zielen der eigenen Unternehmensphilosophie?

Das ist eine schwierige Frage. Wir haben nie versucht, durch Preisunterbietung Märkte zu erobern, sondern geschaut, dass wir etwas anderes machen. Wir setzen auf Regionalität und andere Kunden. Mit der Käserei kommen wir aber in einen für uns neuen Markt, Mitbewerber sind die anderen Biomolkereien. Wie das in Zukunft wird, weiß ich noch nicht.

Der Milchmarkt der EU wird über Milchquoten geregelt, die ja bald wegfallen sollen. Wird es dann noch mehr Milch geben?

Das weiß man noch nicht. Graefe zu Baringdorf (ABL-Vorsitzender und EU-Abgeordneter der Grünen) hat kürzlich gesagt, die Milch wird noch knapp, wenn die Quote wegfällt. Ich sehe eher, dass die Milchmenge erhöht wird und die Bauern die Kapazitäten ausweiten. Dafür gibt es auch Anregungen.

Von wem?

Von der Politik und der Beratung. Wird am Liter Milch nicht mehr 10 Cent, sondern nur noch 5 Cent verdient, muss man die doppelte Menge verkaufen. Die Beratung sagt: die Produktionsmenge vergrößern. Und alle sechs Jahre verdoppelt sich das. Ich habe immer die andere Richtung vertreten: statt mehr, vom Verbraucher gewünschte, gute Produkte herstellen. Das hat seinen Preis. Darüber gibt es Dispute. Aber trotzdem bin ich hier im Dorf von den Bauern als Landwirt gewählt. Die haben im Laufe der Jahre schon gemerkt, dass ich doch ein ganz ordentlicher Kerl bin (lacht).

Sie sind Aufsichtsratsvorsitzender der Molkerei, Vorstand der Milcherzeugergemeinschaft, Vorsitzender der Bauern Ihres Heimatdorfes, Vorsitzender der Landschaftsstation Landwirtschaft und Naturschutz und aktiv in einer Bürgerinitiative. Sagen Sie bitte noch etwas zu der Bürgerinitiative.

Die Bürgerinitiative »Lebenswertes Bördeland und Diemeltal« hat sich 1992 gegründet. Matthiesen war damals Landwirtschaftsminister und wollte hier eine Giftmülldeponie errichten. Die Bürgerinitiative hat ein Gutachten erstellen lassen, in dem festgestellt wurde, dass 80% des Giftmülls vermeidbar sind, 15% wären noch verwertbar. Der Rest kann noch vermindert werden, und 2%, die dann noch übrig bleiben, die kann man in einer Untertagedeponie lagern. Auf meinem Acker wollten sie untersuchen, ob der Boden geeignet war. Morgens um fünf schaute der erste Bauer schon, ob die Bagger da waren. Es war vereinbart, die Kirchenglocken zu läuten, damit alle zum Acker kommen und verhindern, dass gebaggert wird. Wir haben uns mit anderen möglichen Standorten zusammengetan. In Detmold haben 7.500 Menschen mit zweihundert Schleppern in einer Demonstration erreicht, dass die Deponie nirgendwo gebaut worden ist. Wir haben hier jedes Jahr 25.000 Bäume und Sträucher gepflanzt. Die meisten sind von der Bürgerinitiative gepflanzt worden. Außerdem überlegten wir, wie wir die Gegend belebt kriegen und haben eine Landschaftsstation gegründet. Heute arbeiten dort acht Akademiker.

Interessant finde ich, dass Bauern die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ins Leben gerufen haben, der Sie 10 Jahre als Bundesvorsitzender vorgestanden haben.

Die ersten Leute gab es zweiundsiebzig, und entstanden ist es letztendlich aus der Anti-AKW-Bewegung. Ich bin damals nach Brokdorf gefahren. Der Bauernverband hatte mit seinen Blättern die Meinungshoheit, und da kamen keine alternativen Artikel. Zuerst haben wir eine eigene Zeitung gemacht, das Bauernblatt. Das wurde gleich verteufelt. Dann gab es ein paar Aktionen, dass Bauern sich zusammentun. Schon 1986 hat sich die ABL mit dem BUND und der BUKO (heute Bundeskoordination Internationalismus) zusammengetan. Das Spektrum der Umweltschützer, Verbraucher, DritteWelt-Initiativen und Tierschützer wurde als Bündnispartner angesehen. Wir haben Kriterien entwickelt, wie man bäuerliche Landwirtschaft betreibt: dazu gehört Stroheinstreu und eine Bestandsobergrenze, kein Futtermittel aus der Dritten Welt, tierartgerechte Haltung, ein entsprechendes Platzangebot. Das wurde in ein Regelwerk gefasst – darauf hat der Tierschutzbund sein Siegel gemacht. Wir wollten weg vom Wachsen oder Weichen. Das ist der entscheidende Unterschied zum Bauernverband, der es immer verstanden hat, unsere Richtung mies zu machen. Das heißt aber nicht, dass diese Richtung falsch ist, wie der UN-Welternährungsbericht bestätigt.●

Interview: Werner Ruhoff

www.biohof-jacobi.de
www.bauernmolkerei.de

Biohof Jacobi und Upländer Bauernmolkerei

Josef Jacobi übernahm 1972 den elterlichen Bauernhof in Borgentreich-Körbecke am östlichen Rand der Warburger Börde. Mit seiner Familie und drei Angestellten bewirtschaftet er den Hof mit 99 ha Land nach Bioland-Richtlinien. Angebaut werden in Fruchtfolge Klee/Gras, Winterweizen, Winterroggen, Ackerbohnen-Erbsen, Sommergerste, Hafer, Dinkel und Zuckerrübenmais. 50 Kühe mit Nachzucht, Mastrinder, ein Zuchtbulle, 20 Schweine und ein Dutzend Legehennen gehören zum Hofvieh.

Die Kühe, die mit Futter aus eigenem Anbau gefüttert werden, liefern die Biomilch für die Upländer Bauernmolkerei und die eigene Hofkäserei, in der Ehefrau Heike Schäfer-Jacobi mehr als 10 verschiedene Sorten Schnittkäse herstellt. Im Hofladen sind die vielfältigen Lebensmittel der Region zu erhalten. In Höxter, Brakel und Warburg werden die Wochenmärkte beliefert.

Jacobi ist Aufsichtsrat der Bauernmolkerei, Initiator des Labels »ohne Gentechnik« und der erfolgreichen »Erzeuger Fairmilch«, mit der die Kunden einen Preisaufschlag von 5 Cent pro Liter zahlen, der von der Bauernmolkerei an ihre MilchlieferantInnen abgeführt wird.

Außerdem setzt er sich für die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft ein. Mehr dazu im Interview und unter www.biohof-jacobi.de

Upländer Bauernmolkerei in Willingen-Usseln im Sauerland:

- 1996 in Betrieb genommen
- Tägliche Verarbeitung ca. 100.000 Ltr. Biomilch
- LieferantInnen 150 Biobauern
- Beschäftigte 35 Personen
- Dazugehöriges Milchmuseum mit Gastronomie und Laden, 10 Personen
- Erzeugnisse: pasteurisierte Trinkmilch, Süßrahmbutter, Buttermilchsorten, Sahne, Sauerrahm, Schmand, Crème fraîche, Sauermilchmagerkäse;
- Neu aus der Neukirchener Käserei: diverse Schnittkäsesorten

www.bauernmolkerei.de
www.muhseum.de

Anzeige

KÖLN-KALK

LEBENSMITTEL

Gemüseanbau zwischen Fabrikgebäuden

Interview mit Julian vom Projekt »Pflanzstelle«

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, mitten in einem Industriegebiet in Köln auf einem Brachgelände zwischen alten Fabrikhallen Gemüse anzupflanzen?

Mich hat eine Freundin auf den Prinzessinnengarten in Berlin aufmerksam gemacht. Ich war begeistert davon, weil ich Lebensmittelproduktion interessant finde. Die hatten das Konzept und können sich damit über Wasser halten. Es gab auch die Motivation, dies nicht nur als Hobby zu machen, sondern als Perspektive, um mich selbstständig zu machen.

Zu wie viel Personen habt Ihr angefangen?

Ich habe in meinem Freundeskreis gefragt. Zwei hatten Lust dazu, und dann ist noch jemand hinzugekommen. Die Idee hat sich im September letzten Jahres entwickelt. Im Winter haben wir halt angefangen, uns in diese Richtung kennen zu lernen, wie wir zusammen arbeiten wollen, wie man sich organisiert, welche Möglichkeiten es formal gibt, GbR, GmbH oder so was. Wir haben Förderanträge geschrieben und einen Verein gegründet.

Ist der Verein als gemeinnützig anerkannt und wie viele Mitglieder hat der Verein?

Ja, der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und hat sieben Mitglieder.

Was ist das Ziel des Vereins?

Das Ziel des Vereins ist es, Gärten aufzubauen und zu betreiben und dabei Menschen zusammenzubringen, unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Hautfarbe, Alter. Unser Garten ist eine Begegnungsstätte für alle, die mitmachen wollen. Es hat auch einen Bildungscharakter. Hier sieht man von Anfang an, wie man die Erde vorbereitet, wie die Pflanzen gepflegt werden bis zur Ernte. Das können wir alles miterleben und selber machen.

Eure »Pflanzstelle«, so nennt ihr euch, ist mitten auf einer bewachsenen Freifläche, zwischen alten Fabrikgebäuden, in denen früher Traktoren hergestellt wurden. Das hat auch eine Symbolik.

Ja, wir stehen vor mehreren Herausforderungen: einmal der Klimawandel, dann die ökologische Frage generell und Peak Oil. Meiner Meinung nach sind die Antworten, die bisher gegeben werden, gescheitert oder zum Scheitern verurteilt. Es muss andere Arten geben, Lebensmittel zu produzieren. Die Städte sind viel größer geworden und in ihnen werden keine Lebensmittel mehr angepflanzt. Havanna bietet ein anderes Beispiel. Weil sie auf Grund des Embargos der USA und des Zusammenbruchs der UdSSR keine Öllieferungen mehr bekommen haben, werden dort mittlerweile wohl neunzig Prozent des Gemüses in der Stadt angebaut. Das ist jetzt nicht so vergleichbar, aber ich denke, dass dies auf jeden Fall eine Strategie sein muss, die Lebensmittel lokal anzubauen, und das heißt letztendlich auch innerhalb der Stadt.

Wie seid ihr auf dieses Gelände aufmerksam geworden?

Ich wohne in Kalk und wollte das gerne in meiner Nachbarschaft machen. Ich habe mir das Gelände angeschaut, hab mit dem Liegenschaftsamt sondiert, und die haben gesagt, das wäre dem Schauspiel (*in der angrenzenden Fabrikhalle, die vom Schauspielhaus Köln angemietet ist*) zugesprochen. Für das Schauspiel war das ok, und dann sind wir hier draufgegangen. Denen gehörte das Grundstück aber nicht und jetzt gibt es einen interessierten Investor. Das Liegenschaftsamt hat erst einmal befürwortet, dass wir hier bis zum Ende der Saison bleiben können.

Um mich herum stehen Kunststoffkästen, die mit Erde und natürlichen Düngemitteln gefüllt sind und darin wachsen Pflanzen. Wie seid ihr darauf gekommen?

Im Prinzessinnengarten machen sie's genauso. Das hat mehrere Gründe. Der Boden ist innerhalb der Städte nicht zum Gemüseanbau geeignet. Der zweite Punkt ist, dass es unwahrscheinlich ist, für lange Zeit eine Fläche zugesprochen zu bekommen, wo man den Boden so verändern kann, dass er sich zum Gemüseanbau eignet. Bei diesem Boden würden wir über mindestens 10 Jahre reden. So sind wir eben in der Lage, auch kurzeitig woanders hinzugehen.

Das heißt, wenn die Frist beendet ist, wärt ihr bereit woanders zu gucken, eventuell z.B. in Köln-Mülheim?

Eventuell in Mülheim. Momentan würden wir gerne in Kalk bleiben. Wir werden zunächst mal Gespräche mit der Stadt machen, und wenn wir nicht hier bleiben können, dann müssen wir woanders gucken.

Was ich hier um mich herum sehe, das sind alles Nutzpflanzen.

Wir haben verschiedene Kohlsorten, Pastinaken, unterschiedliche Sorten Tomaten, Kartoffeln, Gurken, Kürbisse. Und wir wollen noch vielfältiger werden.

Wer macht hier mit?

Das sind momentan vorwiegend Leute, die selber ziemlich gerne anbauen würden oder selber anbauen, denen aber der Balkon zu klein ist. Und Freunde.

Wie wird das Gemüse verteilt?

Wir sind noch zu klein, die Verteilung organisiert zu machen. Unsere Perspektive ist schon, den Verkauf dieses Gemüses anzustreben, um neue Investitionen tätigen zu können.

Das wäre was, die Investitionen?

Erde, Kisten, Miete, Müllgebühren, oder was sonst noch so notwendig ist, Material oder wenn man ein Klo baut.

Wem gehören die angeschafften Gegenstände?

Dem Verein.

Wird das auch über Spenden finanziert?

»Julian bei der Pflanzenpflege«

Also das soll auch über Spenden finanziert werden. Momentan ist es so, dass diese Dinge durch den Förderantrag von der EU finanziert werden.

Wer bekommt denn jetzt das Gemüse, wenn es geerntet wird?

Das wird gemeinschaftlich geerntet, verarbeitet und hier verspeist.

Dann macht ihr ein gemeinsames Ernte- und Essfest?

Ja, das ist in der Planung.

Könntet ihr euch vorstellen, dass es zu einer Kooperation mit Umsonstprojekten kommt, wo man über kooperative Absprachen und gegenseitige Hilfe zusammenwirkt?

Das machen wir im kleinen Rahmen schon. Wir haben Anfang des Jahres eine Saatguttauschbörse gemacht. Das wollen wir beibehalten. Wie sich das entwickelt, das hängt auf jeden Fall vom Kooperationspartner oder von unserem Wunsch ab, wie sich das gestalten kann. Wir wollen nicht die Illusion aufbauen, dass alles umsonst geht. Dann beuten wir uns aus. Das soll für uns mindestens ein finanzielles Nullprojekt geben.

Wie ist der Saatguttausch konkret abgelaufen?

Das muss man sich so vorstellen: die Leute treffen sich an einem Ort, und die haben alle Saatgut dabei. Man entdeckt irgendwas, was man gerne haben möchte. Dann werden die Sachen getauscht. Da gibt's halt so zwei, drei Regeln dafür. Es muss samenfestes Saatgut sein, woraus man eigenes Saatgut gewinnen kann, was es so im konventionellen Handel eher nicht gibt, und es sollte möglichst nicht chemisch gebeizt sein. Das ist giftig!

Wie hoch ist denn das Verhältnis von gekauftem und getauschtem Saatgut?

Dadurch, dass dies unseres Wissens nach auch in Köln die erste Tauschbörse war – sonst kenne ich nur Pflanzentauschbörsen – ist das getauschte Saatgut eher gering. Das meiste hier ist gekauftes Saatgut.

Was ihr hier macht, ist alles Bio?

Wir haben alles Bio. Aber das ist nicht zertifiziert, was wir in unserer momentanen Lage auch ablehnen. Bioerde müssten wir eben kaufen, und das ist für uns nicht mehr bezahlbar. Das Saatgut ist aber zu 99% bio. Wir nehmen keine synthetischen Düngemittel, keine Mineraldünger und keine chemischen Spritzmittel.

Über den Beitrag in der Zeitung CONTRASTE ergeben sich vielleicht auch neue Kontakte mit Interessierten, die die Zeitung lesen. Ich wünsche euch viel Erfolg. Ich werde mich bestimmt wieder bei euch sehen lassen.●

Interview: Werner Ruhoff

Die Pflanzstelle an der Neuerburgstraße in Köln-Kalk ist dienstags, donnerstags und samstags von 14 bis 21

REZEPT

Ich möchte Frischkäse machen
Von Werner Ruhoff

1) Für ein Pfund Käse werden 5 Ltr. Milch benötigt. Sie kann pasteurisierte sein – am besten Biovollmilch von Demeter, die nicht homogenisiert ist – oder Vorzugsmilch, die weder pasteurisiert, noch homogenisiert ist – im Bioladen bestellen;

2) Die Milch in einen großen, blank gesäuberten Topf geben und die Milch für die Fettverteilung mehrmals schonend umrühren;

3) Bei 22-24 ° etwa 10 Löffel Buttermilch vorsichtig einrühren und etwa 30 Minuten säuern lassen; die Raumtemperatur soll bei ca. 20° liegen.

4) Danach die Milch auf 28 ° erwärmen und 15 Tropfen Lab in einem Schälchen mit lauwarmen Wasser vermischen und langsam einrühren;

5) Danach etwa 4-5 Stunden Ruhezeit zur Bildung der Gallerte;

6) Mit einem Tranchiermesser prüfen, ob die Gallerte beim Anschneiden und Anheben der Oberfläche Molke absondert und der Schnitt sich beim Rausnehmen nicht wieder vollständig schließt. Dann das Messer vorsichtig senkrecht bis zum Boden des Topfes eintauchen. Die Gallerte mit gefühlvoller Führung des Messers bis zum Topfboden in 2-3 cm große Würfelsäulen zerschneiden. Danach eine zehnminütige Ruhepause;

7) Die Säulen werden mit einem Rührbesen durch langsames, gleichmäßiges Rühren etwa auf die Größe dicker Bohnen zerkleinert. Dabei tritt weiter Molke aus. (Je kleiner die Brückstücke gerührt werden, desto fester wird der Käse. Bei Frischkäse sollten die Bruchstücke nicht zu klein werden). Mit einem Schaumlöffel den Bruch umlegen, damit die oberen Teile auch in die wärmere untere Region kommen. Danach eine weitere viertelstündige Ruhepause;

8) Den Bruch in leere, gereinigte Joghurtbecher füllen, die gleichmäßig gelocht sind, dass weitere Molke austreten kann. Die Becher auf ein Gitter über ein Auffangbecken oder einen Behälter stellen;

9) Ist die Molke aus den Bechern abgelaufen und der Bruch fester zusammenhängend, werden die Becher auf einer geschlossenen Fläche umgestülpt.

10) Bleibt der Bruch ohne Form stabil, wird er mit etwas Salz bestreut. Danach am besten unter einem locker darüber gelegten Küchentuch ruhen lassen.

11) Nach einem Tag wenden und nochmals salzen. Nach einem weiteren Tag mit Zutaten versehen (Olivenöl, Kräuter nach Geschmack).

12) Der Käse kann bald darauf verzehrt werden – oder noch etwas reifen – in einem mit Salzwasser getränkten Mulltuch ausgelegten Tontopf; darauf etwas Salz träufeln, Weinblätter dazwischen legen und mit einem Tuch abdecken.

Guten Appetit!

Benötigtes Gerät:
- Ein großer Kochtopf – je nach Milchmenge – für 5 oder 10 Liter;
- Ein Lebensmittelthermometer;
- Ein langes Messer, das bis auf den Boden des Topfes reicht;
- Ein Rührbesen, ein Schaumlöffel und ein Schöpfsieb;
- Konische, gleichmäßig gelochte Formen, die mensch sich aus Yoghurtbechern basteln kann – die Löcher in größeren Abständen gleichmäßig anbringen, 5 Löcher senkrecht und in der Waagrechten im Abstand von ca. 2 bis 3 cm. Die Innenfläche muss glatt und sauber sein.
- Ein Abtropfgitter zum Ablaufen der Molke aus den Formen, ein Auffangbehälter (z.B. Schüssel) und ein Holzbrett zum Umstülpen;
- Gereinigte Marmeladengläschen zur Aufbewahrung im Kühlschrank oder Steintopf mit Mulltuch;
- ★ Alles Gerät muss vor der Anwendung gründlich gesäubert sein!

Zutaten:
- Kuhvollmilch – möglichst unbehandelte Vorzugsmilch aus dem Bioladen (evtl. bestellen – geht auch mit Schaf- und Ziegenmilch – dabei aber eventuell etwas andere Rezeptur);
- Buttermilch – zur Geschmacksbildung und Vorreifung;
- Lab – (aus Kälbermägen, aber es gibt auch pflanzliche Gerinnungsmittel zum Dicklegen und Entmolken der Milch;
- Salz – zur Geschmacksbildung, Konsistenz und Haltbarkeit;
- Kann: einige Tropfen kaltgepresstes Olivenöl, je nach Geschmack Kräuter wie Dill oder Kräuter der Provence u.a.;

(Frisch-)Käse enthält vor allem das Eiweiß Kasein, Milchfett, Wasser; Molke enthält das Eiweiß Albumin, Milchzucker, Milchfett, Salze, Spurenelemente u.a; Molke ist ein gutes Getränk, pur oder mit Säften vermischt. Sie eignet sich auch zum Brotbacken;

Wo kann mensch was besorgen?
Es gibt nur wenige Firmen im deutschsprachigen Raum, die Ausrüstungen und Zutaten für die Milchverarbeitung in Hauswirtschaften anbieten. In der Internetsuchmaschine findet mensch unter dem Stichwort »Käsereibedarf« Angebote.

Literatur:
- Ein empfehlenswertes Buch heißt »Käsen leicht gemacht – 120 Rezepte für die Milchverarbeitung«, das im österreichischen Leopold Stocker Verlag erschienen ist. Der Verlag scheint mir allerdings stockkonservativ zu sein! Ich habe mir das Buch vor Jahren in einer Spezialbuchhandlung gekauft. Es enthält umfangreiche und bebilderte Darstellungen der häuslichen Milchverwertung mit vielen wertvollen Erläuterungen zum Thema Milch, Butter und zu den verschiedenen Käsearten. Außerdem enthält es am Schluss Hinweise von Firmen für handwerklichen Käsereibedarf im deutschsprachigen Raum.
- Ein weiterer Titel – »Joghurt, Quark, Käse und Butter – Schmackhaftes aus Milch gemacht«. Dieses Büchlein stellt in kürzerer Form, aber für AnfängerInnen meines Erachtens durchaus ausreichend und ebenfalls reichlich bebildert, die häusliche Verarbeitung der Milch dar.●

ZUKUNFT SÄEN

LEBENSMITTEL

Freiheit für unser Saatgut

Vor zwei Jahren hat Longo Maï mit dem Europäischen Bürgerforum, der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, der Österreichischen Bergbauernvereinigung ÖBV und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL die »Saatgutkampagne« gegen die von der Europäischen Kommission geplanten Saatgutgesetze begonnen.

»Saatgut ist keine Ware – Antilobbydemo in Brüssel, 2011«

von Jürgen Holzapfel, Longo Maï ● Innerhalb weniger Jahre haben einige transnationale Chemiekonzerne viele regionale und nationale Saatgutunternehmen aufgekauft, um mit ihren Chemie-abhängigen Sorten den Saatgutmarkt zu beherrschen und die Ausrichtung der Landwirtschaft zu bestimmen. Die von ihnen geforderten geistigen Eigentumsrechte auf Saatgut und die Behinderung wenn nicht gar das Verbot bäuerlicher Sorten werden in dem Plan der Europäischen Kommission für ein europaweit einheitliches Saatgutgesetz unterstützt. Mit der Petition »Zukunft säen – Vielfalt ernten« verlangen wir die Förderung regionaler und weniger chemieabhängiger Sorten sowie das bäuerliche Recht, Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen und weiterzugeben.

Nach und nach erreicht die Information über die Pläne der EU-Kommission immer mehr Organisationen und die Petition wird in Polnisch, Griechisch, Niederländisch, Türkisch, Portugiesisch und Spanisch übersetzt und verbreitet. Unser Schwerpunkt ist nicht, in kurzer Zeit möglichst viele Unterschriften zu sammeln, sondern die Gefahren dieser Entwicklung bewusst zu machen und Partner zu finden, die sich langfristig für einen anderen Umgang mit Saatgut einsetzen.

Mehr als 60 belgische Organisationen haben gemeinsam mit der »Saatgutkampagne« zu den Aktionstagen aufgerufen. Die Teilnehmer kamen aus ganz Europa und viele hatten Samen mitgebracht, um sie auf der internationalen Saatguttauschbörse im Kulturzentrum Molenbeek vorzustellen, zu tauschen oder zu verschenken: »Red de Semillas« aus Spanien, Kokopelli aus Frankreich, Pelliti aus Griechenland, die »Seed Heritage Library« aus England, die »Irisch Seed-savers«, usw. Wie viele Menschen die Tauschbörse besucht haben, ist schwer zu sagen, dreihundert Mahlzeiten wurden am Abend von der Volksküche verteilt, 1.000 Samentütchen wurden allein an dem Stand von Longo Maï vergeben, es war ein buntes Treiben, neugieriges Fragen, Filmen und Basteln, in dem selbst die Clowns sich nur mühsam Gehör verschaffen konnten. In Brüssel ist das Interesse an diesen Fragen groß, erzählt José vom »Jardin des Pomonnes«. Rund 30% der Haushalte haben einen Garten und die Tageskurse, die er jede Woche in seinem Garten anbietet, sind regelmäßig mit 150 Teilnehmern überbelegt.

Saatgut vermehren, erhalten, weitergeben

Samentauschbörsen sind besonders in England innerhalb von zehn Jahren zu der populären Bewegung »seedy-sunday« gegen die Kommerzialisierung und Monopolisierung von Saatgut geworden. Am Nachmittag stellte Neil Cantwellin aus Brighton sie in dem Forum »Freier Zugang zu Saatgut ist ein Menschenrecht« vor. Der nicht-kommerzielle Umgang mit Saatgut an einer Tauschbörse entspricht den bäuerlichen »Saatgutverkehrsgesetzen«, die in vielen Ländern noch bestehen, verstößt aber gegen die Gesetze der EU.

Rechtsanwältin Shalini Buthani und Frau Vanaja Ramprasad aus Indien schilderten in dem Forum, wie indische Bauern Saatgut vermehren, erhalten und weitergeben. Gegen die aktuellen Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien, durch das auch die geistigen Eigentumsrechte von Saatgutkonzernen in Indien durchgesetzt werden sollen, haben die Teilnehmer der Aktionstage einer gemeinsamen Erklärung zugestimmt.
(siehe: www.saatgutkampagne.org).

Abdullah Aysu, der Präsident der (nicht legalen) türkischen Bauerngewerkschaft Çiftçi-Sen, hat die breite biologische Vielfalt in der türkischen Landwirtschaft geschildert, die von den rund 17 Millionen türkischen Bauern erhalten wird. Sie ist die Voraussetzung für das Fortbestehen der Landwirtschaft in den zahlreichen Bergregionen der Türkei. 2008 hat die türkische Regierung neue Saatgutgesetze eingeführt, die vom Bund Deutscher Pflanzenzüchter im Auftrag der EU ausgearbeitet worden waren. Diese können zur Zeit nicht angewendet werden, weil der Widerstand der Bauern zu groß ist, sind aber eine ständige Bedrohung.

Die Rolle der EU für die Saatgutgesetze weltweit beschrieb der UNO-Sonderbeauftragte für Ernährungsfragen, Olivier de Shutter, in einer Video-Botschaft, in der er aufzeigt, wie wichtig der bäuerliche Umgang mit Saatgut für das Recht auf Ernährung ist.

»Internationale Saatguttauschbörse in Brüssel April 2011«

Hier in Europa ist die zentrale Bedeutung des Saatgutes für die Existenz von Kleinbauern nur wenigen bewusst, weil die Subventionen den Einsatz von Energie, Kunstdüngern und Spritzmitteln in der Landwirtschaft finanzieren. Die Beispiele der Türkei und Indiens machen aber deutlich, dass der Widerstand gegen die in der EU geplanten Gesetze für die Bauern in diesen Ländern sehr wichtig ist, weil die EU mit kolonialistischer Arroganz anderen Ländern ihre Saatgutgesetze aufzwingt.

Zukunft säen – Vielfalt ernten

Deshalb haben wir den internationalen Tag des bäuerlichen Widerstandes gewählt, um gegen die europäische Saatgutpolitik zu protestieren. Besonders in Polen, wo die Existenz von einer Million Kleinbauern seit dem Beitritt zur EU gefährdet ist, gab es hundert verschiedene Aktionen. In Portugal, Deutschland, Frankreich und Österreich fanden Proteste in verschiedenen Städten und Dörfern statt.

In der Schweiz wurde bereits am 15. April eine Kopie der 25.000 Unterschriften von Schweizern der Petition »Zukunft Säen – Vielfalt Ernten« dem Bundesrat in Bern übergeben. Dabei wurde ein öffentliches Gelände vor dem Bundeshaus mit 60 verschiedenen biologischen und bäuerlichen Getreidesorten eingesät.

Die Übergabe aller 58.000 Unterschriften in Brüssel haben wir mit einer Anti-Lobby-Demonstration am 18. April verbunden. Entgegen zahlreichen Medienberichten war es keine Bauerndemonstration, obwohl sie von einem Traktor, vielen Fahnen von »La Via Campesina« und dem Präsidenten der belgischen Kleinbauern-Organisation FUGEA begleitet war.

Die meisten Teilnehmer waren jung und leben in der Stadt. Mehr als 600 Demonstranten sind mit Transparenten und begleitet von Clowns und einer Sambaband durch das Europa-Quartier von Brüssel zum Europaparlament gezogen und haben an verschiedenen Büros und Buildings der Saatgutindustrie Halt gemacht. Drei Abgeordnete, der Belgier Marc Tarabella, die Vizepräsidentin des EU-Parlamentes Isabelle Durant und der Grieche Kriton Arsenis sind vor dem Hochhaus des Bayer-Konzerns dazugestoßen, um die Kartons mit Petitionen in Empfang zu nehmen und in Schubkarren zum Parlament zu bringen.

Wir erwarten von ihnen, dass sie eine kritische Diskussion im Parlament über die Gesetzesvorhaben der Kommission beginnen, bevor die Saatgutgesetze zur Abstimmung kommen. Stimmt das EU-Parlament den Gesetzen zu, so werden diese für alle EU-Länder bindend, ohne dass die nationalen Parlamente darüber abstimmen können. Wir verlangen eine Untersuchung darüber, ob die europäischen Saatgutgesetze dem Grundrecht auf Ernährung entsprechen.

Kontra Konzentration

Eigentlich richten wir uns gegen Gesetze, die es längst gibt. Die bisherigen Gesetze in Europa haben die schnelle Konzentration der Saatgutproduktion in den Händen weniger Chemiekonzerne ermöglicht, die Kriterien für die Marktzulassung von Saatgut schließen bäuerliche Sorten aus, lassen aber instabile und nicht reproduzierbare Sorten, wie z.B. die Hybridsorten zu. Geistige Eigentumsrechte auf Sorten sind längst Gesetz und haben eine Laufzeit von 25 Jahren – die einer ganzen Bauerngeneration. Diese Regelungen sind bereits in internationalen Abkommen festgelegt und werden Ländern aufgezwungen, in denen die Bauern noch heute die wichtigsten Produzenten von Saatgut sind.

Ihre verheerenden Auswirkungen auf die Biodiversität, die Böden und Lebensmittel aber auch auf die Existenz von Kleinbauern werden heute immer mehr Menschen bewusst und wurden in den letzten Jahren wissenschaftlich mehrfach belegt. Allerdings sind diese Argumente in der EU-Kommission bisher nicht angekommen, weil die Lobby der Chemiekonzerne bei der Ausarbeitung der Gesetze der wichtigste Gesprächspartner der Kommission ist. Allein die Tatsache, dass die derzeitige Vereinheitlichung und Verschärfung der Saatgutgesetze von der Generaldirektion für Gesundheit und Konsumentenschutz vorbereitet wird, anstatt von der Landwirtschaftskommission, ist ein Skandal. Natürlich hat die Chemieindustrie in der Kommission am meisten Einfluss, in der ihre chemischen Spritzmittel zugelassen werden.

Angefangen hat die Auseinandersetzung 2008 mit drei EU-Direktiven für »Erhaltungssorten«, eine für Getreide und Kartoffeln, eine für Gemüse und die dritte für Obst. Sie haben heftige Auseinandersetzungen unter den Betroffenen ausgelöst. Auch wenn sich alle darin einig sind, dass die Richtlinie nicht zur Rückgewinnung der Biodiversität in der Landwirtschaft beiträgt, so enthält sie doch kleine Verbesserungen wie auch Verschlechterungen. Diese werden allerdings nur verständlich, wenn man sich intensiv mit den Texten beschäftigt und selbst dann bleiben noch genügend Interpretationsmöglichkeiten. Im Grund genommen ist die Direktive ganz einfach bürokratischer Unsinn und nicht umsetzbar, dennoch scheinen die Betroffenen sich in endlosen Diskussionen über das Für und Wider zu verlieren. Genau die gleiche Situation schildert die Rechtsanwältin Shalini aus Indien, wo die Einführung von Saatgutgesetzen zu heftigen Auseinandersetzungen unter den Bauern geführt hat.

Der Widerstand in Europa wird von Städtern mitgetragen, die zwar keine »Fachleute« sind, sich aber der Folgen der Privatisierung unserer Lebensgrundlagen bewusst geworden sind.

Die englische Bewegung »Seedy Sunday« ist ein Vorbild dafür, wie viele Städter sich daran beteiligen können, den freien Zugang zu Saatgut wieder herzustellen. In Brüssel haben wir die Tauschbörse den Gesetzen der EU entgegengestellt.●

Aus »Archipel«, Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums, Juni 2011

www.forumcivique.com
www.saatgutkampagne.org

NYELENI EUROPE 2011:

Ernährungssouveränität jetzt!

Das gegenwärtig dominante Agrar- und Lebensmittelsystem ist für viele globale Probleme und Krisen (mit)verantwortlich und verschärft diese. Dies verdeutlicht, wie dringend es Alternativen braucht. Soziale Bewegungen kämpfen weltweit für Ernährungssouveränität. Das erste europäische Forum für Ernährungssouveränität, das »Nyeleni-Forum 2011«, das im August in Krems (Niederösterreich) stattfand, war ein Meilenstein für diese Bewegungen.

von Franziskus Forster ● Ein Zitat von Raj Patel drückt den Geist von Nyeleni sehr prägnant aus: »Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von Allen ist.«

Gerade was die Rolle der europäischen Agrar-, Handels-, Rohstoff- und zunehmend auch der Energie- und Umweltpolitik und – darin verstrickt – von Konzernen betrifft, ist ein tiefgreifender Wandel von unten dringend notwendig. Und auch innerhalb Europas zeigt sich deutlich, dass ein »weiter wie bisher« nicht zukunftsfähig ist und zu rasant wachsenden Ungleichheiten führt. Dies in Richtung Ernährungssouveränität zu verändern, ist der Anspruch der vielfältigen Bewegungen, Organisationen und Individuen, die sich in Krems vom 16. bis zum 21. August getroffen haben.

Foto: Nyeleni Europe

Ernährungssouveränität ist eine zukunftsweisende Antwort auf die kommenden Herausforderungen. Es geht dabei grundlegend um das Recht von Menschen, ihre Agrar- und Lebensmittelpolitiken, sowie die Art und Weise der Produktion, Konsumtion und Verteilung von Lebensmitteln selbst zu bestimmen – ohne damit die Lebensgrundlagen von Regionen und Menschen anderswo zu untergraben. Damit baut das Konzept fundamental auf Prinzipien der Solidarität, der politischen und wirtschaftlichen Demokratie sowie der Gleichheit und globalen Gerechtigkeit auf.

Der Anstoß für das europäische Forum kam aus dem ersten globalen Nyeleni-Forum 2007 in Mali, die daraus entstandene Deklaration von Nyeleni 2007 war auch die Basis für das Forum in Krems. Das Nyeleni-Forum war Anlass für 400 AktivistInnen aus 34 europäischen Ländern, sowie für Delegierte aus allen Kontinenten, sich gemeinsam über Perspektiven, Erfahrungen, Ideen und politische Forderungen auszutauschen und diese zu diskutieren, sowie voneinander zu lernen und auch nach gemeinsamen Standpunkten zu suchen. Die Nyeleni-Europe-Deklaration (s. Link unten) verleiht diesem Konsens ihren Ausdruck.

Das Nyeleni-Forum 2011 bot auch Raum für die Vernetzung einer Vielfalt von Initiativen: Community-Supported Agriculture-Initiativen, bäuerliche Initiativen und Organisationen, junge Landlose, kritische KonsumentInnen, Food-Coop-AktivistInnen, GewerkschafterInnen, die sich für die Rechte von ArbeitsmigrantInnen einsetzen, NGO-AktivistInnen, die für eine andere gemeinsame Agrarpolitik der EU, gegen Soja-Importe oder Gentechnik kämpfen, Frauengruppen, entwicklungs- oder umweltpolitisch Engagierte, AktivistInnen, die sich für urbane Landwirtschaft einsetzen und viele mehr. Ein besonderer Erfolg war dabei auch, dass es gelang, Allianzen mit Initiativen aus (süd-)osteuropäischen Ländern auszubauen.

Foto: Nyeleni Europe

Beim Forum wurde speziell darauf geachtet, dass die Art und Weise, wie das Forum gestaltet ist, mit den Inhalten, die auf diesem behandelt und diskutiert werden, übereinstimmen. So gab es einen sehr reflektierten Umgang mit realen Ungleichheiten und Hierarchien, indem aktiv an deren Abbau gearbeitet wurde: im Hinblick auf die vielen Sprachen, auf Geschlechterverhältnisse, auf oftmals erschwerte Bedingungen für TeilnehmerInnen aus osteuropäischen Ländern, um nur einige Beispiele zu nennen. Es waren auch keine »ExpertInnen« geladen, sondern der Ausgangspunkt begann mit der Feststellung, dass alle TeilnehmerInnen ExpertInnen der Ernährungssouveränität sind und es wesentlich darum geht, voneinander zu lernen. Damit verbunden war eine hochgradig partizipative und inklusive, kreative und vielfältige Form, die bereits intensiv im Zuge der Vorbereitungen praktiziert wurde, ohne jedoch in Beliebigkeit zu enden.

Besonders hervorzuheben sind auch die unzähligen und sehr engagierten HelferInnen und ÜbersetzerInnen, die das Forum überhaupt erst ermöglicht haben. Dass derartig viele Menschen dabei mitgeholfen haben, ist wohl eines der größten Hoffnungszeichen für eine starke Bewegung für Ernährungssouveränität. Es gibt auch weiterhin viel zu tun, dafür ist die Bewegung für Ernährungssouveränität aus diesem Forum definitiv gestärkt hervorgegangen. Und das ist eine gute Nachricht.●

Nähere Infos unter: www.nyelenieurope.net
Broschüre: »Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!« – zu bestellen (gegen freie Spende) unter agrarattac@attac.at oder downloadbar unter: www.viacampesina.at

AUTOR

Franziskus Forster ist Aktivist bei AgrarAttac und war an der Organisation des Forums beteiligt.

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Freispruch im Containerprozess
Der Prozess um den Diebstahl von Müll am 21.9.2011 vor dem Amtsgericht Döbeln endete nach 2 Stunden Verhandlung mit einem Freispruch für den Angeklagten aus tatsächlichen Gründen: Ihm war nicht nachzuweisen, dass er die Lebensmittel tatsächlich aus dem im Strafbefehl aufgeführten Container entnommen hatte. So forderte am Ende sogar der Staatsanwalt einen Freispruch für den Angeklagten. Vorangegangen waren Versuche, das Verfahren gegen Auflagen einzustellen – der jetzt freigesprochene Angeklagte stimmte dem aber nicht zu. In der Innenstadt und vor dem Gericht wurde mit Straßentheater, Kreidemalerei und Transparenten auf den Prozess aufmerksam gemacht. Mehr unter
http://de.indymedia.org/2011/09/316506.shtml
und http://nirgendwo.info/containerprozess

Federballskandal in letzter Runde
Schon mehrfach wurde über den Fall des 14.5.2006 berichtet, wo Hessische Sicherheitsbehörden unerwünschte AktivistInnen wegen Straftaten einsperrten, obwohl sie diese an ganz anderen Orten observiert hatten. Die Observation verschwiegen sie – flogen aber damit auf die Nase der Betroffenen, die nach intensiver Recherche die Lügen aufdecken konnten. Seitdem bemühen sich Justiz und Politik um Vertuschung. Jetzt liegt die letzte Entscheidung an: Das Oberlandesgericht prüft, ob die Einstellungen der regierungsloyalen Staatsanwaltschaften rechtens waren oder ob Anklage gegen die TäterInnen wegen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, Verfolgung Unschuldiger usw. erhoben werden muss.
Mehr: www.projektwerkstatt.de/14_5_06.

Sicherungsverwahrung I:
Neue Regelungen vereinbart
Zwischen Bundes- und Landesregierungen ist eine Einigung über die zukünftige »Gestaltung« der Sicherungsverwahrung erzielt worden. »Die Zeit« schrieb: »Das Konzept sieht unter anderem vor, dass die Sicherungsverwahrung grundsätzlich bereits im Urteil angeordnet werden muss. Die Maßnahme soll zudem nur nach sehr schweren Sexual- und Gewaltdelikten möglich sein. Die geplante Abschaffung der nachträglichen Sicherungsverwahrung ist aber weiterhin strittig: Eine Arbeitsgruppe der Länder soll bis zur nächsten Justizministerkonferenz im November prüfen, ob sie nicht doch für solche Täter möglich ist, bei denen sich die Gefährlichkeit erst in der Haft herausstellt. Kritiker führen aber rechtliche Bedenken an.« (www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/sicherungsverwahrung-einigung-laender).

Sicherungsverwahrung II:
Verlegung in andere Anstalt rechtswidrig
Die Verlegung eines Sicherungsverwahrten von Schwalmstadt nach Diez wurde vom Landgericht Marburg für unzulässig erklärt und rückgängig gemacht. Zentraler Satz, der auch für andere Fälle wichtig ist: »Da es sich um eine Behandlungsmaßnahme handelt, ist eine Verlegung im Interesse des Gefangenen gegen dessen erklärten Willen unzulässig«. Weitere Auszüge: »Da die Verlegung als dauerhafte Unterbringung in einer anderen Anstalt für den Gefangenen von erheblicher Bedeutung ist, ist in Anlehnung an die Regelung an § 8 StVollzG. das freie Ermessen der Vollzugsbehörde beschränkt und lässt Verlegungen, außer in den Fällen der Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt, der Entlassungsvorbereitung, der Erkrankung sowie der Verlegung aus einer Einweisungsanstalt oder -abteilung nur unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen zu. Die Regelung in § 11 Abs. 1 Nr. 1 HStVollzG. stellt dabei eine Konkretisierung des Resozialisierungsprinzips und des Eingliederungsgrundsatzes dar, wobei es sich bei den darin genannten Voraussetzungen um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt, die der vollen gerichtlichen Überprüfung unterliegen.« (Az. beim Landgericht Marburg: 7a StVK 89/11).

Sicherheitsverwahrung III:
Das passende Buch
Der Band von Johannes Goldenstein (Loccumer Protokolle 63/2009, Evang. Akademie in Loccum, 264 S.) dokumentiert die Beiträge zu einer Tagung im Oktober 2009, als das Thema brisant zu werden begann – was es bis heute ist. Noch konnten die Rängespiele zwischen deutschen und europäischen Gerichten im Ringen um die juristische Definitionsmacht nicht berücksichtigt werden. Aber die Vielzahl der Texte und Positionen zeigt das Spektrum der Debatte auf. Die Beiträge erfolgen aus psychologischer Sicht, werfen Blicke in die Praxis der Inhaftierung und benennen mögliche Verbesserungen. Kritisch werden Versuche beäugt, das lebenslange Einsperren von Menschen zu relativieren. Unkritisch hingegen nehmen die KapitelschreiberInnen den Sinn von Strafe als gegeben an, ohne dafür an irgendeiner Stelle des Buches eine plausible Begründung abzugeben. Die Würde des Menschen ist halt antastbar.

Neue Berichte über Polizeigewalt
Aus Bayern wird berichtet (http://de.indymedia.org/2011/09/316719.shtml): »Am 3.09.2011 um 22 Uhr wurde ein 15-Jähriger auf einer Rosenheimer Polizeiwache von verschiedenen Beamten beleidigt, in Handschellen gefesselt und mehrfach getreten. Anschließend nahmen mehrere Beamte und der Rosenheimer Polizeichef den Kopf des Jungen und schlugen ihn mehrfach gegen eine Wand. Dabei wurde der 15-Jährige stark verletzt (mit Platzwunden und Zahnschäden). Er musste nach der Folter im Polizeirevier in ein Krankenhaus eingewiesen werden.

Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft Traunstein, welche bereits eine Woche zuvor ein Ermittlungsverfahren gegen Rosenheimer Polizeibeamte einstellte, welche widerrechtlich in eine Pfaffenhofener Wohnung einbrachen und eine ganze Familie misshandelten und verletzten. Der leitende Staatsanwalt gab nun bekannt, dass in dem Ermittlungsverfahren gegen den Dienststellenleiter zwei weitere Akten herangezogen würden: Der Rosenheimer Polizeichef griff 2002 auf der Münchener Sicherheitskonferenz Demonstranten aus dem Auto heraus mit Pfefferspray an und schlug im März 2011 einen Rosenheimer Radfahrer zu Boden.«

Gentrifizierung mit Zaun
Die Ausgrenzung von unerwünschten Menschen aus den Zonen von Konsum, Reichtum und Bürgerlichkeit nimmt immer bizarrere Formen an – Kreativität und Geld, die im Sozialen angeblich immer fehlen, scheint bei asozialen Politikformen im Überfluss vorhanden zu sein. Neuestes Beispiel: Ein Zaun, um Menschen auszusperren. Wie auch in verschiedenen Hamburger Medien thematisiert wurde, ließ der Bezirk Mitte Ende September einen Zaun aus Stahl unter der Kersten-Miles-Brücke (Helgoländer Allee auf St. Pauli, direkt an den Landungsbrücken) aufstellen, damit Obdachlose dort nicht mehr schlafen können. Die Bauarbeiten sollen 18.000 Euro gekostet haben, nachdem vor einigen Monaten schon für 100.000 irgendwelche Steinbrocken aufgestellt wurden. Mehr:
http://de.indymedia.org/2011/09/316524.shtml.●

Jörg Bergstedt

Anzeige

TIERRA Y LIBERTAD
Nummer 70 - Sommer 2011
Die Zeitschrift zur Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand: Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

Preise (inkl. Porto):
1 Ex.: 2,00 €
10 Ex.: 6,00 €
20 Ex.: 10,00 €
Bestellungen an:
abolandundfreiheit@riseup.net
Herausgegeben vom Ya-Basta-Netz:
www.ya-basta-netz.de.vu

SOZIALE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Eine weltweite Bewegung

Die berühmte These: »Es gibt kein richtiges Leben im Falschen!« ist im linken Spektrum gemeinhin so interpretiert worden, dass es unter der Hegemonie neoliberaler Strategien im globalisierten Kapitalismus kein wirklich alternatives Arbeiten und/oder Wirtschaften geben könne. Andererseits berichten mehrere Autoren z.B. von der venezolanischen Kooperative CECOSESOLA, welche offenbar seit 1967 eine funktionierende, hierarchiefreie, solidarische regionale Ökonomie betreibt. Wie passt das zusammen?

von Karl Birkhölzer, Berlin ● Seit Gründung der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie im Jahre 1985 entdecken wir Jahr für Jahr mehr und immer wieder neue Initiativen Sozialer und Solidarischer Ökonomie auf lokaler und regionaler Ebene, nicht nur in Lateinamerika, sondern auch – und zumeist unabhängig voneinander entstanden – in Afrika, Asien, Australien, Nordamerika und nicht zuletzt auch in West- und Osteuropa: Die Erfolgsstory der Baskischen Mondragon Gruppe ist wohl am bekanntesten, gleichwohl besteht das nach unserer Kenntnis zahlen- und flächenmäßig größte System von Kooperativen, die so genannten Seikatsu-Clubs *(VerbraucherInnen-Kooperativen, d. Red.)*, nicht in Europa, sondern in Japan.

Vielfalt weltweit

Insgesamt hat sich die Genossenschaftsbewegung in vielen Ländern und Kontinenten – anders als in Mitteleuropa – ihren ursprünglichen sozialen und/oder gemeinwesenorientierten Charakter erhalten oder besinnt sich darauf zurück. Mehr als 3.000 soziale Kooperativen in Italien wurden zum Vorbild für die Neugründung von Sozial- und Stadtteilgenossenschaften nicht nur in Südeuropa, sondern auch in Deutschland und jüngst in Polen. In den Angelsächsischen Ländern entstand – ausgehend von den peripheren Regionen in Westirland und Nordschottland – eine breite Bewegung für »Community Economic Development«, mit unzähligen Neugründungen von »community cooperatives«, »community businesses«, »community development trusts« und ähnlichem mehr. Sie erwiesen sich nicht nur als eine praktikable Form ökonomischer Selbsthilfe für periphere ländliche Regionen, sondern ebenso für altindustrielle und innerstädtische Krisengebiete, wie z.B. in Glasgow, Birmingham, Liverpool, London. Diese Bewegung hat inzwischen in Großbritannien an Stärke derart zugenommen, dass die Regierung sich genötigt sah, unter dem Titel »Social Enterprise Programme« ein Förderprogramm für diesen neuen Wirtschaftssektor aufzulegen. Auch in anderen europäischen Ländern (Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal, Schweden und Spanien) finden »Soziale Unternehmen« bzw. die »Soziale Solidarische Ökonomie« eine offizielle, wenn auch immer noch sehr bescheidene Anerkennung.

Die Fraktion der Ignoranten wird nach wie vor angeführt von der Bundesrepublik Deutschland, woran sich auch während des rot-grünen Intermezzos nichts geändert hatte. Trotzdem gab und gibt es eine »real existierende« soziale Unternehmenskultur in Deutschland, die nach unseren eigenen Erhebungen circa 2 Millionen Vollzeitarbeitsplätze umfasst, also keineswegs als »Nischenökonomie« abgetan werden kann. Allerdings ist dieser »Sektor« in eine Vielzahl von Szenen und Milieus aufgespalten, die sich weder als zusammengehörig noch als gemeinsamen Werten und Zielsetzungen verpflichtet betrachten. Andere Länder sind uns darin weit voraus, verfügen über Dachorganisationen und Verbände auf nationaler und regionaler Ebene, intermediäre Unterstützungseinrichtungen bis hin zu sektoreigenen Banken und anderen solidarischen Finanzierungsinstrumenten, wie »credit unions«, »time banks«, »local exchange and trading systems« u.a.m.

Die mangelnde Kommunikation und Verständigung untereinander ist allerdings nicht nur ein deutsches Problem, sie wird auch auf internationaler Ebene erschwert durch die Vielfalt der Eigennamen und Begriffe. Dies hat seine Ursache darin, dass all diese Initiativen und Bewegungen nicht das Ergebnis akademischer Bemühungen, sondern aus Selbsthilfeinitiativen von auf unterschiedlichste Art und Weise Betroffenen hervorgegangen sind. Andererseits liegt gerade in dieser Vielfalt ihr Reichtum und ihre Stärke: Auf dem Höhepunkt der Argentinischen Wirtschaftskrise entstand eines der bedeutendsten Tauschsysteme, – welches entgegen anders lautender Meldungen – nach unserer Kenntnis keineswegs völlig zusammengebrochen ist, sondern auf lokaler und regionaler Ebene auf vielfältige Weise fortbesteht.

Andererseits sind auch die Niederlagen ein Teil der Geschichte. Die Entwicklung verläuft logischer Weise auch hier nicht geradlinig, sondern in stetigem Auf und Ab, wobei sich ein konkreter Fortschritt erst über längere Zeit beobachten lässt. Das gilt für Tauschsysteme, Land- und Fabrikbesetzungen, Belegschaftsübernahmen in Gemeineigentum in Lateinamerika ebenso wie für »community development corporations« in US-Amerikanischen Großstädten wie New York, Chicago, Los Angeles, für Projekte ethnischer Ökonomie in Kanada, Australien oder Indien, für Fair Trade Organisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika, für Gemeinwesen- und Nachbarschaftsprojekte in der Ukraine und in Russland (darunter allein in Moskau mehr als 200 »self managed associations« für Instandhaltung von Wohnungen und wohnortnahe Dienste), lokalökonomische Entwicklungsprojekte für Frieden und Versöhnung in Südafrika, Nordirland und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Weltweiter Transformationsprozess?

Die empirischen Befunde sind nahezu überwältigend. Aber: Täuscht uns unsere Wahrnehmung oder sind wir tatsächlich Zeuge der Entwicklung eines gemeinnützigen Wirtschaftssektors, der sich von traditionell marktwirtschaftlicher ebenso wie von zentralstaatlicher Wirtschaftsweise wesentlich unterscheidet? Betrifft der viel beschworene Transformationsprozess nicht nur die Ökonomien des vormaligen Ostblocks, sondern auch die der übrigen Welt?

Dabei geht es zweifellos nicht um einen »Dritten Weg« oder den von New Labour ausgerufenen »third way«, schon deshalb nicht, weil der so genannte »Zweite Weg« *(der »real existierende Sozialismus«, d. Red.)* sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden ist. Dennoch bezeichnet dieses Ereignis weder das »Ende der Geschichte« noch den damit wohl gemeinten epochalen Sieg des »Ersten Weges« *(des Kapitalismus, d. Red.)*. Bei genauerer Betrachtung kann davon aber nicht die Rede sein. Vielmehr zerfällt die Weltökonomie zusehends in zwei ungleiche große Teile: Macht und Reichtum konzentrieren sich in unvorstellbarer Weise in immer weniger Händen, während die Zahl der Armen und Ausgeschlossenen ständig zunimmt. Dabei konzentriert sich die Welt der »global players« gleichzeitig in immer enger werdenden Räumen, während die Territorien und Wohngebiete der »Verlierer« zahlen- und flächenmäßig zunehmen.

Die dadurch ausgelösten Migrationswellen beunruhigen nicht nur einige Wirrköpfe, sondern bilden ein zunehmendes Sicherheitsrisiko für die noch prosperierenden Wirtschaftsräume, die immer häufiger mit Mauern und Zäunen geschützt werden müssen. Gleiches gilt für den Zugang zu den materiellen Ressourcen, der aus Sicht dieser »global player« – zumindest seit dem ersten Irakkrieg – offenkundig nur noch durch militärische Interventionen gesichert werden kann. Auch wenn jeder Vergleich dieser Art zwangsläufig hinkt, das Ganze ähnelt fatal der Situation mittelalterlicher Feudalherren, die sich in ihren Burgen nicht nur vor ihren Konkurrenten, sondern auch vor ihren eigenen Untertanen verbarrikadieren mussten. Heute geht es nicht mehr in erster Linie um Land- und Grundbesitz, die internationalen Finanzkonglomerate operieren im Gegenteil weitgehend exterritorial, d.h. außerhalb der Kontrolle von Nationalstaaten und deren Regierungen, weshalb wir selbst von demokratisch gewählten Regierungen immer häufiger zu hören bekommen, dass sie sich den so genannten »Sachzwängen« der Weltökonomie zu unterwerfen hätten. Andererseits ist diese Weltökonomie immer weniger in der Lage, das Wohlergehen oder auch nur das schiere Überleben ihrer Mitglieder zu gewährleisten, von der Abwehr ökologischer Katastrophen und dem Schutz der Biosphäre ganz zu schweigen. Jenseits aller moralischen Erwägungen zerstört diese Wirtschaftsweise dabei ihre eigenen Existenzgrundlagen.

Wer soll das alles ändern? Wo sind die machtvollen sozialen Bewegungen, die in dieser Situation in der Lage sind, die so genannte »Machtfrage« zu stellen? Angesichts der Fülle und Konzentration militärischer und anderer Machtmittel verbietet sich nach meiner Ansicht jeder Gedanke an militante Optionen. Und da wir schon bei historischen Vergleichen sind: Das Römische Reich wurde nach heutiger historischer Erkenntnis nicht von außen militärisch besiegt, sondern zerfiel von innen durch Delegitimierung, Mangel an Kohäsionskraft und – modern formuliert – »opting out«, d.h. der inneren und äußeren Abwendung seiner Bewohner von der vorherrschenden Lebens- und Wirtschaftsweise. Diese Metapher erscheint mir am ehesten angemessen, den gemeinsamen Kern jener eingangs beschriebenen Vielfalt und Verschiedenartigkeit von Initiativen ökonomischer Selbsthilfe rund um den Globus zu beschreiben. Ihnen liegt kein gemeinsames politisches oder ideologisches Programm zugrunde, obgleich eine ganze Reihe unterschiedlicher politischer und ideologischer Einstellungen bei ihrer Entstehung mitwirken.

So sind z.B. die italienischen Sozialen Kooperativen ein Produkt, welches sowohl von Linkskatholiken als auch von Linkskommunisten hervorgebracht wurde. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt war die Kritik an den Zuständen in den psychiatrischen Anstalten und daran anschließend das Konzept der Gemeindepsychiatrie, d.h. der Integration psychisch Kranker in die Gemeinde anstelle ihrer Ausgrenzung. Die Realisierung dieser Aufgabe erforderte nicht zuletzt ökonomische Lösungen: Durch den Aufbau neuer Unternehmensformen, in denen psychisch Kranke (später auch andere Gruppen von Behinderten und Benachteiligten) gleichwertige Mitglieder neben Nicht-Behinderten werden konnten.

Dieser Weg ist typisch für alle Initiativen ökonomischer Selbsthilfe, die wir im weitesten Sinne als »Soziale Unternehmen« ansprechen: Sie entstehen aus zivilgesellschaftlichem Engagement oder Initiativen von Bürgern, die sich um ungelöste Konflikte, unversorgte Bedürfnisse oder andere Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen herum bilden. In der Regel folgt eine kürzere oder längere Phase des Protests, der Kampagnen und der Forderungen an tatsächlich oder vermeintlich Verantwortliche in Wirtschaft und Gesellschaft, die Mängel zu beseitigen oder die Probleme zu lösen. Häufig genug sind diese Bemühungen mit der Erfahrung verbunden, dass die Verantwortlichen entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, den Forderungen zu entsprechen. Erst auf dem Hintergrund solcher Erfahrungen und in der Regel angeregt durch erfolgreiche praktische Beispiele reift die Überlegung, die Angelegenheit in die eigenen Hände zu nehmen und in Eigenverantwortung durch unternehmerisches Handeln umzusetzen. Dies geschieht oft über längere Zeit auf informelle Weise, bis die alltäglichen Probleme (Verwaltung von Mitteln und Ressourcen, Einsatz von Personal, Leitungs- und Entscheidungsprobleme) nahe legen, eine formelle Organisationsstruktur zu etablieren. Dies geschieht nicht zuletzt zu dem Zweck, die angestrebte Zielsetzung bzw. Arbeitsweise vertraglich zu sichern.

Soziale Unternehmen

Was also ist ein Soziales Unternehmen? Es ist zunächst einmal der Versuch ein Phänomen zu beschreiben, welches sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren als neuer Typ unternehmerischen Handelns etabliert hat. Es handelt sich dabei nicht um eine neue Branche oder einen Sektor sozialer Dienstleistungen, sondern um eine Unternehmensform, die sich in ihrer Wirtschaftsweise von anderen Unternehmensformen der privaten und öffentlichen Wirtschaft unterscheidet. Worin genau diese Unterschiede bestehen, ist inzwischen auch Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung, z.B. im Rahmen der Forschungsnetzwerke EMES (»The Emergence of Social Enterprise«) oder CIRIEC (»Centre International de Recherches et d'Information sur l'Économie, Publique, Sociale et Coopérative«).

Es gibt darüber hinaus in einigen Ländern (Großbritannien, Finnland, Frankreich, Italien, Polen) juristische Definitionen von »Sozialen Unternehmungen«, die aber höchst unterschiedlich ausfallen und oft nur auf soziale Dienstleistungen und/oder Dienstleistungen für Behinderte, Benachteiligte beschränkt sind. Einigkeit besteht aber weitgehend darin, dass das Kriterium der gemeinwirtschaftlichen Gewinnverwendung bzw. der Einschränkung privater Gewinnaneignung absoluten Vorrang hat. Andererseits ist die Gewinnfrage ein Quell ständiger Missverständnisse, ausgelöst durch das in Deutschland vorherrschende Verständnis von »Gemeinnützigkeit«, wonach gemeinnützige Organisationen keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen. Sie handeln nach diesem Verständnis im Grunde gar nicht wirtschaftlich, weil wirtschaftliches Handeln und Gewinn stets mit privater Gewinnaneignung in Eins gesetzt wird. Dieses Verständnis ist jedoch weitgehend anachronistisch, da die überwiegende Mehrzahl der gemeinnützigen Organisationen in der Praxis durchaus wirtschaftlich handelt und Gewinne, im Sinne von Überschüssen erwirtschaftet. Entscheidend ist also nicht, ob Gewinne erwirtschaftet werden, was im Sinne der Zwecksetzung Sozialer Unternehmungen auch unbedingt erforderlich ist, sondern wofür sie verwendet werden, ob sie den sozialen und/oder gemeinwesenbezogenen Zwecken des Unternehmens zugeführt werden oder nicht.●

Werbung für die japanische Seikatsu Clubs Consumers Co-operative Union

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Anzeige

NEUE WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTEN

Viel Potenzial mit bisher geringer Umsetzung

Gemeinschaftliche Wohnprojekte in Ostdeutschland

Betrachtet man die Wohnprojekte in Ostdeutschland, so bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass grundsätzlich die gleichen Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für ihre Entwicklung gelten wie in den westdeutschen Bundesländern. Es überwiegen die Gemeinsamkeiten, nicht die Unterschiede.
Ein quantitativer Vergleich mit den meisten westdeutschen Ländern zeigt jedoch, dass die Anzahl der erfolgreichen Wohnprojekte in den neuen Bundesländern zunächst gering geblieben ist. Wohnprojekte sind vor allem Projekte der Mittelschichten und Projekte in großen Städten.

Von Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Wenn man die Entwicklung von Wohnprojekten in Deutschland Revue passieren lässt, sind die zentralen Motive und Ziele für gemeinschaftliches Wohnen in West und Ost eher gleich bzw. ähnlich, auch wenn graduell und regional in Bezug auf einzelne Bausteine durchaus Unterschiede existieren: die relativ langen Entwicklungsprozesse, die Höhen und Tiefen sozialer Gruppenprozesse, Motive und Verhalten von Verwaltungen, Wohnungswirtschaft und Finanzinstituten. Unterschiede gibt es zuvorderst bei der Wahrnehmung und Unterstützung von Gemeinschafts-Initiativen. So gibt es bezüglich Anlaufstellen, Information und Unterstützung nach wie vor in allen ostdeutschen Ländern (Berlin ausgenommen) keine öffentliche Förderung und wenig Sensibilität von Banken und öffentlichen Verwaltungen gegenüber den Besonderheiten von Gemeinschaftsprojekten.

BewohnerInnen des Familienhofes Connewitz bei der Vorbereitung des Indianerfestes

Keine Mehrgenerationenprojekte

Beim gemeinschaftlichen Wohnen im Alter existieren im Grunde keine rein selbstorganisierten Projekte, auch nicht als Mehrgenerationenprojekte (Berlin ist und bleibt dabei eine Ausnahme). Die Senioren der DDR sind immer noch stark staatsgeprägt und erwarten mehrheitlich ein Angebot zur Miete auch für das gemeinschaftliche Wohnen, bei dem sie nicht das wirtschaftliche Risiko der Finanzierung und des Betriebs tragen müssen. Zumeist fehlt zudem die Möglichkeit, die Eigenanteile für eine Immobilienfinanzierung aufzubringen, nicht nur für die Eigentumslösung, sondern auch für das Genossenschaftsmodell. Die als Untergrenze nötigen 15% Eigenmittel sind dann z.B. 10.000 Euro oder gegebenenfalls mehr, die für Senioren im Osten oftmals unerschwinglich sind.

Die Erfahrung, dass es über gemeinschaftliche und selbstorganisierte Projekte andere Qualitäten im Wohnen und in der Wohnqualität geben kann und gibt, ist in den Ost-Ländern in vielen Köpfen noch nicht angekommen. Bei Senioren trifft sie oft auf die Erwartungshaltung, dass der Staat, die öffentliche Hand oder der eigene Vermieter für die Lösung zuständig sei.

Selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnprojekte ordnen sich in die gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse ein; so entstehen Mitte der 1990iger Jahre in einigen Großstädten mit erheblichem Engagement und Geduld der Akteure sichtbar Inseln selbstorganisierter gemeinschaftlicher Wohnprojekte: Hauptmotiv ist das »Wohnen-Bleiben«. Vor allem aus der Antiabrissbewegung in der Äußeren Neustadt (Dresden) und dem Prenzlauer Berg (Berlin) entstehen Eigentums- und genossenschaftliche Gemeinschaftsprojekte. 1995 entstand in Leipzig-Connewitz eine Genossenschaft mit eigenständigen Hausgruppen. Heute besitzt sie 13 Häuser und verwaltet einige Gebäude von der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft in Eigenregie (www.awc-org.de).

Nicht in erster Linie Gemeinschaftswohnprojekte, aber doch auf gemeinschaftlichen Aktivitäten basierende stabile Nachbarschaften bilden diejenigen Mieter, die sich mit dem Ziel des »Wohnen-Bleibens« zusammengeschlossen haben, um den Verkauf ihrer Bestände an Fremdinvestoren im Zuge der Umsetzung des Altschuldenhilfegesetzes in den 1990er Jahren zu verhindern. Sie konnten mit geeigneter Unterstützung die Neugründung von Genossenschaften als mieternahe Privatisierungsform durchsetzen. Das betrifft vor allem größere Städte.

Auswahlchance für »Wunschwohnung«

Erfahrungen mit Selbstorganisation von Gruppen und gelebter Gemeinschaft beim Bauen und Wohnen über die Familie hinaus haben die Bürger in der DDR-Zeit kaum machen können. Ein immer wieder unterschätzter Aspekt ist und bleibt zudem der Zeitfaktor: Wohngruppen brauchen mehr Zeit für die Gruppenfindungs- und Planungsphase, um kompromiss- und durchhaltefähig zu sein und die fachlichen Anforderungen meistern zu können. Wohnungsleerstand und der Mietermarkt in den neuen Bundesländern ermöglichen den meisten Mietern aber die rasche Auswahl einer »Wunschwohnung« auf dem normalen Mietwohnungsmarkt, d.h., der Mehraufwand der Selbstorganisation für Wohnprojekte und Nachbarschaften wird nicht weiter betrieben, der soziale Gegenwert und Nutzen lohnt nicht für den/die Einzelne/n oder ist viel zu wenig bekannt.

Kommunen im Osten nutzen das Modell der Wohnprojekte sowie der Bauherrengemeinschaft bzw. der Eigentumsbildung in den innerstädtischen Wohnungsbeständen. Sie wollen damit zur Stärkung der Innenstädte im Rahmen des Stadtumbaus bzw. der Stadtentwicklung neue Zielgruppen erreichen und so den Wohnungsbestand diversifizieren. Beispiele dafür sind Leipzig, Dresden und Berlin. Dabei handelt es sich um einige wenige Großstädte. Die Erfahrungen aus Dessau, Merseburg und Altenburg, wo das Selbstnutzer-Modell aus Leipzig (www.selbstnutzer.de) Fuß fassen sollte, zeigen, dass das Modell nicht in schrumpfenden Klein- und Mittelstädten bzw. außerhalb begleitender kommunaler Strategien zur Aufwertung der Innenstädte über wohnungswirtschaftliche Strategien funktioniert.

Erhaltung denkmalgeschützter Häuser

Vor dem Hintergrund der besonderen Situation eines großräumigen Leerstandes im Osten ist mit dem »Wächterhausmodell« ein Lösungsansatz entstanden, der vielleicht auf vergleichbare Situationen in anderen Regionen ausstrahlen kann. Er ist insbesondere für Gruppen, die im Altbau und in der Innenstadt bleiben möchten, interessant. Mit kommunaler Unterstützung wurde in Leipzig 2004 der Verein Haushalten e.V. gegründet, um neue Perspektiven für bedrohte, denkmalgeschützte Häuser in schwierigen Lagen zu eröffnen. Ziel ist, insbesondere durch nichtkommerzielle Zwischennutzungen die Häuser zu erhalten (www.haushalten.org). Zunächst erhielten vorrangig

Leerstand und niedrige Wohnkosten in Chemnitz

Vereine und Initiativen eine temporäre Nutzungserlaubnis. Inzwischen werden zunehmend auch gemeinschaftliche Wohnfunktionen umgesetzt. Ähnlich gelagerte Aktivitäten gibt es inzwischen auch in Chemnitz (www.stadthalten-chemnitz.de), Görlitz, Erfurt und Berlin.

Wachsendes Interesse an Wohnprojekten

Trotz weniger Beispiele lässt sich in den letzten zehn Jahren ein insgesamt gestiegenes Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen mit der ganzen Bandbreite an Bindungsgraden auch in den ostdeutschen Ländern feststellen.

Wesentliche Merkmale der Wohnprojekte-Szene sind dabei:

- Mehr Gemeinschaften und Initiativgruppen in verschiedenen Altersgruppen (vor allem auch jüngere Erwachsene) artikulieren den Wunsch nach gemeinschaftlichem Wohnen und formulieren dafür gemeinsame Ziele. Die erfolgreiche Umsetzung bleibt die Ausnahme.
- Eigentümer-Nutzer-Kooperationen, verbunden mit verschiedenen Miet- bzw. Mitgliedermodellen, werden besonders oft gewünscht.
- Gelingende Projekte zum »Zusteigen« werden gesucht.
- Komplexe Projekte

Wohnen, Arbeiten, Kultur, Bildung, Gesundheit, z.T. auf dem Land oder am Stadtrand unter gemeinsamem Leitbild, nehmen zu. Beispiele dafür sind auch eine Reihe von zumeist kleinen Genossenschaften wie die Lebensgemeinschaft Tonndorf (www.schloss-tonndorf.de) in Thüringen, die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen (www.ltgj.de) in Sachsen, Lebensgarten Templin (www.lebensgarten-templin.de) und WohnGut Potsdam (www.wohngut.net) in Brandenburg, Ökodorf Siebenlinden (www.siebenlinden.de) und Vitopia eG (www.vitopia.de) Magdeburg in Sachsen-Anhalt.

Wohnprojekt Zolle 11 in Leipzig

Verschiedene intentionale Gemeinschaften sehr junger Leute (die aus dem Elternhaus ausgezogen sind oder ausziehen wollen) artikulieren häufiger ihre Ansprüche an städtisches Wohnen als noch in den neunziger Jahren (»Wem gehört die Stadt?«, Forderung nach Umsetzung der sich entwickelnden eigenen Vorstellungen vom Wohnen im Kontext des »Lebens in der Stadt« insgesamt). Diejenige Generation, die ab Mitte der 80iger Jahre geboren ist, weist wohl kaum noch auszumachende Unterschiede zu Wohnprojekten junger Leute in den alten Bundesländern auf.

Noch immer gibt es fast keine (ernsthaften) Angebote für selbstorganisierte Gemeinschaften. Ostdeutsche Kommunen und Länder nähern sich allerdings punktuell dem Thema in Broschüren bzw. im Internet, eingeordnet in die Thematik des Wohnens im Alter. Traditionelle Genossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen, z.B. im Land Thüringen, beginnen erste gemeinschaftliche Wohnprojekte zu organisieren oder bestehende Projektgruppen bei der Realisierung zu unterstützen. Dabei unterlaufen noch zu viel »klassische« Fehler durch mangelnde Erfahrungen. Oft besteht bei den Unternehmen dazu noch eine Beratungsresistenz gegenüber gruppenerfahrenen Wohnprojektentwicklern und Planern.

Insgesamt fehlen im Osten noch durchgängig geeignete Anlaufstellen (mit finanzieller Unterstützung von Kommunen und Ländern) für Informationen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Beratung- und Vernetzung für die Interessenten gemeinschaftlicher Wohnformen (1).

Möglichkeiten für Gemeinschaftsprojekte

Die ostdeutschen Länder bieten allerdings viel Potenzial für neue Gemeinschaften. Denn sie bieten genügend Raum, in dem sich engagierte, experimentierfreudige Gruppen und Fachleute den Zukunftsfragen in der Praxis stellen können, nach eigenen Kräften und gesellschaftlich gewollt. Sie können den Prinzipien von Solidarität und Unterstützung auf Gegenseitigkeit Raum geben, wo nicht hektisch Anleger auf der Suche nach kurzfristiger Kapitalrendite mal eben durchziehen, sondern Kerngruppen mit gemeinsamem Leitbild alternative Lebensentwürfe in die Praxis umsetzen.

Die – inzwischen nicht mehr ganz so neuen – ostdeutschen Länder könnten hier Neuland bieten und sein, in dem Gemeinschaftsprojekte eingeladen sind, auf dem Weg in Richtung sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit schrittweise ihre Visionen in die Tat umzusetzen. Sie können dabei ihre eigenen und für die gesamte Gesellschaft auswertbaren Erfahrungen sammeln. Wo Lebensraum über die Nutzung und nicht allein über Eigentum oder Eigenkapitalrendite definiert wird und in dem der Einzelne in der Gruppe Entscheidungsspielraum erhält, sich im Team weiterentwickelt und mit ihm wächst.●

1) Das zeigten auch die Ergebnisse einer Befragung von Wohngruppenprojekten des Arbeitskreises Integriertes Wohnen e.V. in den ostdeutschen Ländern im Jahr 2010.

RAF als postfaschistisches Phänomen ?

Nein, wirklich neue Erkenntnisse enthält dieses schmale Büchlein nicht. Die im Titel angekündigte Problematisierung der Roten Armee Fraktion (RAF) als ein Phänomen des sog. Postfaschismus erfolgt unvermittelt und nur an einigen wenigen Stellen. Stattdessen wird im weitesten Sinne chronologisch, und sauber mit Quellen versehen, die Geschichte der RAF nacherzählt: Ihre Entstehung aus einer bestimmten Lesart des Endes oder der Niederlage der Sozialrevolte von 1967/68, ihr manichäischer Antiimperialismus, das Avantgardedenken, das verkürzte Verständnis von Theorie und Praxis, all das erzählt Kowalski nach und diskutiert es auch. Nebenbei skizziert er die Kette von Ereignissen grob. Sein Tenor: Die »unterkomplexe« Faschismusdiagnose der RAF legitimiert ihren eigenen minoritären Kampf. Der freilich auch gegen Akteure des Apparates geführt wird, die im Nationalsozialismus ausgebildet worden waren. Politische Motive spricht Kowalski der RAF ab, ihr Handeln sei vielmehr von einer zutiefst christlich geprägten Sehnsucht nach Erlösung, Schuld- und Ambivalenzfreiheit bestimmt, ihr als Antizionismus ein verbrämter Antisemitismus gewesen. Diese Thesen werden nicht ausreichend begründet.

Zeitlicher Schwerpunkt des Textes ist vor allem die erste Generation, bzw. der Zeitraum bis Herbst 1977. Wer sich schon mit der Geschichte der RAF beschäftigt hat, wird in dem Buch nichts neues erfahren. Dagegen ist es für diejenigen, die sich noch nicht so sehr damit beschäftigt haben, eine annehmbare Einführung in diesen Abschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte – und der der Linken. Über die diskussionbedürftigen Thesen des Autors, etwa zum Antisemitismus der RAF, muss dann aber schon ein bisschen hinweggesehen werden.●

Bernd Hüttner

Martin Kowalski: Die RAF als postfaschistisches Phänomen, Vergangenheitsverlag, Berlin 2011, 124 S., 16,90 EUR

10 Jahre ver.di: Ende oder Wende?

Der 1943 geborene Martin Kempe war Mitgründer und lange Jahre Redakteur bei der Tageszeitung taz und danach von 2001 bis 2007 Redakteur von PUBLIK, der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft ver.di. Im Oktober 2010 veröffentlichte er das Buch »Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb« (Münster 2010). In seinem neuen Buch reflektiert er anlässlich des 10-jährigen Jubiläums die Realität rund um die 2001 gegründete Gewerkschaft.

Die Zahlen sprechen für eine mindestens ausgewogene, wenn nicht ernüchternde Bilanz der seinerzeit mit viel Vorschusslorbeeren versehenen Fusion: 2001 hat ver.di 2,7 Millionen Mitglieder, heute noch knapp 2,1 Millionen. Hatte ver.di anfangs über 5.000 Beschäftigte, sind es jetzt, bei einem Etats von 400 Millionen im Jahr 2007, noch 3.500. Ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Trends darf vermutet werden. Ver.di hat heute 13 Fachbereiche, von Medien über Sozialversicherungen bis zu Gesundheit und Wissenschaft. Ver.di beansprucht die Organisationshoheit über Zweidrittel aller lohnabhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik, hat aber, so Kempe, in den Bereichen mit den höchsten Beschäftigtenzahlen, wie Handel oder Medien den niedrigsten Organisationsgrad. Dies gilt auch umgekehrt: Der Organisationsgrad ist in den Bereichen mit vergleichsweise wenigen Beschäftigten, wie z.B. Verkehr und Entsorgung am höchsten. Der durchschnittliche gewerkschaftliche Organisationsgrad im Zusändigkeitsbereich von ver.di beträgt knapp zehn Prozent. Die Hälfte der Mitglieder von ver.di sind Frauen.

Die organisationspolitische Klemme in der ver.di steckt, rührt unter anderem daher, dass ver.di vor allem Beschäftigte organisieren will, die nicht in den Sektoren arbeiten, die vom Exportboom der deutschen Volkswirtschaft profitieren, im Gegenteil ist ver.di und seine (potentiellen) Mitglieder überproportional von der allumfassenden Prekarisierung und sozialen Desintegration betroffen. Die sinkenden Einnahmen verstärken, so Kempe, den Druck auf die Gewerkschaft, ihre Strategie zu verändern: Die Zeit der Stellvertreterpolitik sei vorbei, die Mitglieder müssten nun selbst ihre Interessen vertreten und sich aktivieren (lernen). Kempe referiert auch politische Kampagnen von ver.di, so zum Mindestlohn, gegen Leiharbeit, oder zu Lidl und Schlecker. Immer wieder kommt er auf Aspekte der Organisationslogik zurück. So ist der wichtigste Indikator für Erfolg bei ver.di die Anzahl der neu eingetretenen Mitglieder. Dies ist vor dem Hintergrund der oben von Kempe beschriebenen finanziellen Schere verständlich. Gleichzeitig werde aber innerhalb der Organisation nicht genügend und gezielt in die Ansprache neuer Mitglieder investiert, würden strukturkonservativ viele weiße Flecken in ihrem Zustand belassen.

Kempes vom Gedanken des *Social Movement Unionism* inspirierter Essay ist ein Plädoyer für engagierte Gewerkschaften, die eine soziale Bewegung und nicht mehr nur in erster Linie ein Dienstleister für ihre Mitglieder sind. Denn dieses Selbstverständnis sei in einer Zeit, in der die Gegenseite die Sozialpartnerschaft eh aufgekündigt hat und sich soziokulturell vieles in der Gesellschaft verändert habe, überholt. Die einzige Multibranchengewerkschaft steht vor großen Herausforderungen und, so könnte nach der Lektüre spekuliert werden, muss sich vielleicht bald neu erfinden.●

Bernd Hüttner

Martin Kempe: 10 Jahre ver.di – Die Chancengewerkschaft. Ein Essay; 113 Seiten, 9,90 EUR, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011

Transformation der Religion

Religion spaltet und erregt die Geister. Das hat man mal wieder beim Besuch des Papstes in Deutschland gemerkt. Gibt es eine Wiederkehr des Religiösen, eine neue Sehnsucht nach Transzendenz? Oder verlieren Kirchen und Religion immer stärker an Bedeutung, sind die modernen Gesellschaften säkularisiert?

Der Bochumer Religionssoziologe Volkhard Krech wagt sich mit Theoriebildungen, statistischem Material und einigen Fallstudien an die Ambivalenz des Religiösen in der deutschen Gesellschaft. An Niklas Luhmann anschließend definiert Krech Religion als kommunikativen Sachverhalt. Wie sich religiöse Erfahrung durch sprachliche Muster konfiguriert, zeigt der Autor anschaulich anhand von Bekehrungsberichten. Religiöse Vorstellungen und Praktiken sind nach Meinung Krechs auf die Zone zwischen Immanenz und Transzendenz bezogen, z. B. in der Reflexion über die Endlichkeit und den Tod. Dieser Religionsbegriff ist komplex, bewahrt aber davor, das Religiöse zu stark zu überdehnen und alle möglichen Phänomene – z. B. Fußball- und Starkult oder die Begeisterung für Apple-Computer – als religiös zu bezeichnen.

Nach diesem theoretischen Vorlauf widmet sich Krech einer sozialstrukturellen Analyse zu Kirchen als religiöse Organisationen und beschreibt dabei die Probleme kirchlicher Wohlfahrtsunternehmen: Soziale Dienste wie die kirchliche Diakonie müssen sich immer mehr »am Hilfemarkt« behaupten und haben dabei Schwierigkeiten, ihre religiösen Grundlagen mitzutransportieren.

Den größten Abschnitt der Arbeit nehmen die gesellschaftsstrukturellen Aspekte von Religion ein, ihre Transformations- und Diffundierungsprozesse. Krech zeigt anhand von statistischem Material, dass die Säkularisierungsthese – im Sinne eines ansteigenden Bedeutungsverlustes von religiösen Einstellungen seit ca. 1900 – nicht haltbar ist. Eher ist es so, dass Religion sich – auch innerhalb der Kirchen – pluralisiert. Zudem tritt ein Phänomen auf, dass Krech Sakralisierung nennt, eine Aufladung von Nicht-Religiösem mit religiöser Aura, die der Autor u. a. mit einer Fallstudie zur »Sakralisierung des Selbst« bei einem Leistungssportler untersucht. Besonders interessant ist im Kapitel über die »Politische Religion« die Analyse religiöser Symbolen der neuen sozialen Bewegungen (S. 188-204). Krech führt als religiöse Elemente das holistische und apokalyptische Denken, den oft sektenartig daherkommenden moralischen Rigorismus und das Gefühl des Auserwähltseins der Akteure an. Indem sie Frieden und Natur als höchstrelevante Werte definiert hätten, hätten sie unhinterfragbare Begriffe eingeführt, die als religiöse Symbole aufgefasst werden können.

Krechs Buch hat eine klare soziologische Diktion und enthält sich wohltuend jeder Polemik. Es ist weder für Papstfresser noch für FreundInnen einer »Wiederverzauberung der Welt« geeignet. Wohl aber für LeserInnen, die die Distinktionsfähigkeit des Religionsbegriffes schärfen möchten. Zum Nachdenken über die Frage, wie viel Religiöses die moderne Gesellschaft hat und vielleicht sogar braucht, regt das gehaltvolle Buch ebenfalls an.●

Frauke Klinge

Volkhard Krech: Wo bleibt die Religion? Zu Ambivalenz des Religiösen in der modernen Gesellschaft, transcript Verlag, Bielefeld 2011, 293 S., 28,80 EUR

Wir haben keine Angst

Katja Kullmann stieß im Sommer mit ihrem Buch »Echtleben« auf viel und positive Resonanz. Sie beschreibt darin eindringlich die soziale und mentale Situation der heute 30 bis über 40jährigen aus den eher kreativen Berufen der neuen Selbständigkeit.

Die 28 jährige Nina Pauer beschreibt nun genauso offen und stellenweise ironisch das Innenleben eines bestimmten Teils der jüngeren Generation, der der unter 30 jährigen. Diese in den 1980er geborenen Enkel der Wirtschaftswunderzeit hatten alles: Gute Bildung, nette, hilfsbereite und pop-sozialisierte Eltern und jede Menge Katastrophen, an die sich sich aber schnell gewöhnten. Kein Grund also Angst zu haben, denn die Katastrophen sind und waren immer woanders. Trotzdem haben die jungen Leute, so Pauer, eine Scheiß-Angst. Angst zu versagen, Angst keine oder die falschen Freunde zu haben, Angst von wasauchmmer abgehängt zu werden. Darüber reden sie aber nicht. Die Angst wird unterdrückt. Pauer verarbeitet offensichtlich eigene Erlebnisse und hat in ihr Buch solche ihres Freundeskreises eingespeist.

Dies ist keines dieser Generationenbücher, die mittlerweile zuhauf erschienen sind. Es ist eher ein fragiler Versuch, am Beispiel von zwei ziemlich polarisiert und zugespitzt gezeichneten Charakteren, Bastian und Anna, die Tücken des (neoliberalen?) Selbstverwirklichungsregimes zu zeigen. Der Satz »alles ist möglich« ist da Versprechen und Fluch zugleich.

Anna steht kurz vor dem Burnout, sie will alles richtig machen, arbeitet zuviel, sieht, obwohl es ihr körperlich miserabel geht, gut aus und wirkt nach aussen immer zufrieden. Sie gibt alles und verliebt sich selten, sie ist aber auch getrieben und fürchtet abgehängt zu werden, wenn sie etwas ändert. Bastian dagegen ist erst gar nicht Teil der Maschine, er kommt erst gar nicht dahin, von wo Anna schon wieder weg will. Er ist der sympathische und lethargische Loser, er gibt nichts, hat den Kopf voller Ideen, ist dauernd verliebt, fängt vieles an und bringt kaum etwas fertig. Bastian, das verkannte Genie, und Anna, die unter dem ihr zugeschrieben Genie-Status leidet, haben Angst vor den Sonntagen. Denn dann kommt sie, meist unangemeldet, und ohne etwas Nettes mitzubringen, zu Besuch: Die Sinnfrage.

Anna und Bastian sind Angehörige einer leicht verwöhnten Teilgeneration, die genug gesucht hat, die jetzt auch mal etwas finden will. Im Grunde sind das dann aber doch irgendwie *family values* also Sicherheit, Geborgenheit und rotbackige Kinder. All dies wird aber von der Unmenge an Selbstansprüchen erschwert, wenn nicht verunmöglicht: Beziehung leben, ohne langweilig zu werden, ohne sich selbst oder den anderen einzuschränken. Sich doch fest an jemand binden, und sich gleichzeitig weiter voll selbstverwirklichen. Bloß kein Durchschnitt oder gar langweilig sein. Daran kann man *in the long run* nur scheitern, und langsam merken sie es. Facebook ist auch keine Heimat, das haben diese Leute schon erkannt. Es erhöht den Kommunikationsstress und den Zwang zur Selbstdarstellung und -vermarktung. Diese Generation ist anscheinend die erste, für die die eigenen Eltern wirklich Vorbilder sind.

Und was ist mit der Politik? Zu der wahrt man und frau Distanz, diese Generation ist eher still. Sie ist im postmodernen *anything goes* etwas durcheinander geraten und hat dabei eine Sichtweise kultiviert, die jedes ernsthafte politische Statement unter Pathos-Verdacht stellt. Was man tun könnte, weiss sie auch nicht.

Blind ist das Buch da, wo Pauer davon ausgeht, dass das »wir«, das sie benutzt, für alle ihrer Alterskohorte gleich zutreffend ist. Nein, es haben nicht alle ein iPhone und Akademikereltern, nein, es haben nicht alle Eltern unbegrenzt Geld und es ist auch nicht jede_r bei Facebook. Für die Gleichaltrigen ist das angenehm unzynische Buch vermutlich deshalb interessant, weil es, wie das von Kullmann, vieles anspricht, und damit öffentlich macht, was sonst nie oder höchstens mit der besten Freundin angesprochen wird.

Für die älteren, also diejenigen, die ihre erste Zigarette rauchten oder ihren ersten Stein warfen, als Nina Pauer geboren wurde, ist es ebenfalls zu empfehlen. Es zeigt viel des Denken und Fühlens dieser Teilgeneration. Pauer zeigt keine Lösung auf, wie Anna oder Bastian sich und ihre Situation ändern könnten. Aber dass sie sich ändern muss, ist klar und das ist dann irgendwie wieder Politik, möchte man hinzufügen....●

Bernd Hüttner

Nina Pauer: Wir haben keine Angst. Gruppentherapie einer Generation, Fischer Verlag, Frankfurt/Main, 2011, 200 S., 13,95 EUR

Echtleben

Nein, der Bezug von Hartz IV war nicht vorgesehen, im Lebensplan von Katja Kullmann. 2002 schrieb sie mit Anfang 30 den Bestseller »Generation Ally. Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein« und war danach eine erfolgreiche Journalistin. Sie war eine Angehörige derjenigen zwischen 1965 und 1980 Geborenen, die sich für ihr Leben Weitsicht und Würde, Coolness und Dissidenz, Innovation, Emanzipation und Freiheit vorgestellt und auch eine ganze Weile gelebt hatten. Selbstverwirklichung war ihr zentrales Credo.

Aber irgendetwas ging schief. Die Mieten wurden immer teurer, die Honorare sanken, Konkurrenz und Mißtrauen schlichen sich in die Freundschaften ein. Einige konnten ihre Armut nicht mehr so gut verstecken, andere lebten mit Mitte 30 vermutlich immer noch von ihren Eltern, worüber sie selbstverständlich schwiegen. Die Mitte, von der man fälschlicherweise annahm, zu ihr zu gehören, war keine bunte Hüpfburg mehr, sondern ein umkämpftes Floß. 2008 ist es soweit. Kullmann ist pleite und bezieht für ein Jahr Hartz IV.

Der Wunsch nach Selbsverwirklichung wurde nicht nur für sie zum Fluch, kreativ war nun jeder, und es wurden immer mehr. Die coole Selbstgestaltung wurde zur Selbstoptimierung, ausgerichtet an von anderen gesetzten Maßstäben und darüber zunehmend zur Sisyphosarbeit. Die durch den Einsatz von Bildung versprochene Sicherheit, von Aufstieg wollen wir gar nicht reden, erwies sich als Illusion. Im Prekariat der Text- und Wissensarbeiter der kreativen Branchen ging und geht die Statusangst um. 4,2 Millionen Solo-Selbständige gibt es, Tendenz steigend. Der Durchschnittsverdienst der Angehörigen der Künstlersozialkasse beträgt 12 bis 15.000 Euro, pro Jahr. Solche Zahlen, wie etwa zur Reichtumsverteilung, streut Kullmann immer wieder in ihre autobiographische Erzählung ein, und holt sie damit auf eine zweite Weise zurück in das Deutschland der Nullerjahre. Kullmann und die Leute über die sie schreibt, sind keine Neoliberalen, aber auch keine Linken. Sie nahmen die Herausforderungen des Neoliberalismus ernst. Nun stellen sie fest, dass sie am Rande stehen und womöglich gar von Armut bedroht sind. Gleichzeitig haben die unheimlich alt aussehenden Jungen, wie etwa Guttenberg oder Katharina Schröder nie privat irgendetwas riskiert oder gar Unternehmergeist gezeigt, sie haben sich schlicht und ganz wie in den 1950ern hochgedient.

Hartz IV macht klein, schreibt Kullmann. Kurz nachdem die Aufforderung eintrifft, sie müsse ihre zu große Wohnung aufgeben, gewinnt sie im übertragenen Sinne im Lotto und bekommt einen Leitungsjob in einem, wie sie es nennt »Shopping-Luder-Magazin«. Pragmatisch sagt sie sich: ich bin nicht mehr jung und brauche das Geld – und zieht von Berlin nach Hamburg. Dort macht sie erstaunlich gute Erfahrungen, trifft nette und solidarische Kolleginnen (»keine wäre je auf die Idee gekommen, sich das Magazin, das wir produzierten, freiwillig am Kiosk zu kaufen«). Als dann eine Kündigungswelle über den Verlag rollt, die sie selbst zwar verschont, kündigt sie aber trotzdem – um das zu tun, was sie gut kann, Haltung bewahren.

Kullmanns Buch wird überall empfohlen und bejubelt. Zurecht, denn es ist eine spannend zu lesende Sozialdiagnose über ein bildungsstarkes Milieu, das nun auf dem Boden der Tatsachen angekommen ist. Sie schreibt sehr ehrlich, auch wenn sie als Autorin eines solchen Buches, das selbstredend Teil dessen ist, was sie kritisiert, zu den Gewinnerinnen gehört, zumindest im Moment. Es gibt ausgesprochen lustige Passagen und viele, die traurig stimmen. Man erfährt, dass nicht Unentschiedenheit das Problem dieser Leute ist, wie ihnen oft vorgeworfen wird, sondern die Ballung von Entscheidungen. Man liest einiges darüber, wie die sich sehr reflektiert fühlenden Freunde nicht in der Lage sind, über ihre Situation zu reden, ja, wie stark die Ökonomie oder auch die eigene Klassenherkunft deren Verhalten prägt. Man kann sogar das Bedürfnis nach Normalität verstehen, das die Autorin empfindet. Kullmanns Buch macht deutlich: Es gibt Eigensinn in und Solidarität zwischen den Menschen. Diese aber sind klein und permanent gefährdet, sie müssen gepflegt werden, und oft sind sie versteckt. Sie können durch Offenheit und Zusammenhalt wachsen. Das müssen viele aus dieser Generation erst lernen, und das wäre dann auch ein spannendes Thema für Gewerkschaften und linke Parteien.●

Bernd Hüttner

Der Blog zu Katja Kullmanns Buch Echtleben
www.katjakullmann.de/bucher/

Katja Kullmann: Echtleben, Eichborn Verlag, Frankfurt 2011, 256 Seiten, 17,95 EUR

Anzeige

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

www.graswurzel.net

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 362, Okt.: Libertäre Antworten auf die Krise; Shanghai – Das Ende der Zukunft; junge Welt, alte Mauern; Lebenslaute; Containern; Anti-Atom; Liebe nicht nur zwischen zwei Menschen; Libertäre Buchseiten u.v.m.

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

WG der Hofgemeinschaft Dörverden-Stedorf, 10 km südlich von Verden, 7 Erwachsene (2m/5w), 3 Kinder zw. 1 & 15 sucht bevorzugt männlichen Mitbewohner. Bunte Mischung an Leuten, u.a. Landwirtin, Lehrerin, und in politischen Projekten Arbeitende. Schöner, sanierter Resthof mit 10 weiteren BewohnerInnen, vielen Obstbäumen und Hühnern ist Teil des Alternativzusammenhangs rund um das Verdener Ökozentrum. Ortskern, Bahnhof und Bus fußläufig, 30/45 min nach Bremen bzw. Hannover.
Kontakt: Christoph Bautz, bautz@campact.de
☎ (0 42 31) 95 74 45

Lebens- & Arbeitsprojekt in Planungsphase sucht noch »MitkombattantInnen«. Geplant ist eine 10-15 Personen umfassende Kommune auf dem Land: unideologisch, tolerant, genossenschaftlich und mit möglichst hohem Ethos aller Beteiligten.
SigridlorieKunkel@web.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

ESPERO
Forum für eine libertäre
Gesellschaft
Lysander Spooner
Kein Lanedesverrat...
62 Seiten, 5,- €uro
Voltairine de Cleyre
Anarchismus
36 Seiten, 3,-€uro
Uwe Timm: Gesammelte
Schriften
288 Seiten, 18,50 €uro
www.espero-versand.net
Oder im Buchhandel

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎ (07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: Veranstaltungshinweis in CONTRASTE Nr. 325

Liebe Redaktion,
in Eurer Ausgabe vom Oktober 2011 findet sich auf S. 4 ein Beitrag der »Roten Reporter Hamburg«, in denen »Jungle World« und »Konkret« vorgeworfen wird, sich in die »Propagandafront gegen den Islam eingereiht« zu haben und sich in dieser Hinsicht nicht von »traditionell fremdenfeindlichen rechten und (neo) konservativen Medien« zu unterscheiden. Als Leser beider »Organe« empfinde ich diese Darstellung als diffamierend und frage mich, warum ich so etwas in der »CONTRASTE« lesen muss.

»Jungle World« und »Konkret« berichten in der Tat kritisch über den Islam und andere Formen institutionalisierter Religion wie die katholische Kirche, den tibetanischen Buddhismus, etc. Nichts anderes sollte man von Publikationen erwarten, die sich gegen Herrschaft und Bevormundung richten. Im Gegensatz zu bürgerlich-populistischen Darstellungen wird mit Bezug auf den Islam aber immer wieder darauf hingewiesen, dass »Fundamentalismus« unter Migranten mit muslimischem Hintergrund nicht zuletzt das Resultat sozialer und ökonomischer Ausgrenzung ist.

Wer Kritik am Islam grundsätzlich als Fremdenfeindlichkeit begreift, hat noch nicht gelernt, zwischen Individuen und ihrer Religionszugehörigkeit zu unterscheiden. Die einzelnen Menschen haben Anspruch auf unsere Solidarität, nicht jedoch kollektive Identitäten, zumal wenn sie auf autoritär-dogmatischen Standpunkten und Praktiken beruhen.

Jan Engbers, Darmstadt

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 9.-11.12.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: solidarische-oekonomie.at

BRD

Forum Solidarische Ökonomie
Kultur der Kooperation

Auf dem Forum können Akteure der Solidarischen Ökonomie, Sozialen Ökonomie, Alternativen Ökonomie, Gemeinwesenökonomie / Community Economy, Peoples Economy etc. zusammenkommen, um Erfahrungsaustausch zu organisieren und einen möglichen dauerhaften Vernetzungszusammenschluss über das Forum hinaus zu etablieren. So könnten z.B. Organisationen und Aktivitäten im Bereich der Solidarischen Ökonomie bekannter werden, durch Kooperation Ressourcen geteilt werden und bessere politische Rahmenbedingungen für die gemeinsamen Aktivitäten erstritten werden.
Das Forum dient als öffentlicher Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie. In vielen Ländern existieren bereits solche Netzwerke. Auch hierzulande benötigen wir einen breiten Zusammenschluss von solidarischen Betrieben und Projekten, KonsumentInnen und bereits bestehende Vernetzungs- und Unterstützungsorganisationen. Dann können wir die vorhandenen Strukturen besser nutzen und ergänzen, uns mehr Gehör verschaffen und die Rahmenbedingungen für eine Solidarische Ökonomie verbessern. Es gilt eine Ökonomie bekannt zu machen und vorzutreiben, die sich an Partizipation und Transparenz, Kooperation statt Konkurrenz sowie Bedürfnissen statt Gewinnen orientiert.
Termin: 2.-4.3.2012, Kassel
solidarische-oekonomie.de

KONFERENZ

Kooperation statt Konkurrenz

Politik im Interesse großer Konzerne – die Handschrift von Unternehmensverbänden prägt die Agenda der europäischen Handels- und Investitionspolitik. Neue Freihandelsabkommen sollen europäischen Unternehmen weltweit neue Absatzmärkte sichern, lokale ProduzentInnen in Entwicklungsländern werden verdrängt.

Doch immer mehr Menschen widersetzen sich dieser Politik. Sie fordern eine Kehrtwende in der Handels- und Investitionspolitik und die Regulierung der Wirtschaft im Interesse von Entwicklung, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Alternativen sind mehr als bloße Utopie, sondern tatsächlich realisierbar:

Durch Bündnisse zwischen HerstellerInnen und KonsumentInnen werden ökologische, umweltfreundliche und sozial verantwortlich hergestellte Produkte gerecht gehandelt; öffentliche Verwaltungen beziehen fair produzierte und nachhaltige Waren und Dienstleistungen; verantwortlich handelnde Unternehmen setzen nicht auf ein immer schnelleres Wachstum und Expansion in neue Märkte, sondern richten ihre Produktion am Gemeinwohl aus.

Auf der Konferenz »Kooperation statt Konkurrenz« wollen wir gemeinsam andere Wege in der Handelspolitik suchen: Wie können Paradigmenwechsel aussehen, welche konkreten Projekte und Kampagnen gibt es, um Gegenentwürfe zu stärken und durchzusetzen? Darüber hinaus ist die Konferenz ein Meilenstein auf dem Weg »Hin zu einem alternativen Handelsmandat für die EU«, das die Handels- und Investitionspolitik auf ein demokratisches Fundament setzen soll.
Termin: 25.-27.11. 2011
Ort: Jugend- und Kulturzentrum Forum 3, Stuttgart (S-Bahn Stadtmitte)
Veranstalter: Attac Deutschland * Brot für die Welt * Colibri * EED * Oxfam Deutschland * WEED
Anmeldung (bis 11.11.): Colibri e.V., Johannes Lauterbach
☎(0 70 71) 25 56 08
kooperation-statt-konkurrenz.de

MEDIEN

Community Media Werkstatt

Selbstorganisierte und nichtkommerzielle Alternativ- und Bürgermedien in Norddeutschland stehen im Fokus der »Community Media Werkstatt« vom **11. bis 13. November 2011** in Hamburg. MacherInnen aus Freien Radios, Offenen Kanälen, von Zeitungsprojekten, Blogs etc. sind eingeladen, zusammen zu diskutieren und voneinander zu lernen.
In Norddeutschland gibt es wenig Freiräume für Medien von unten. Warum das so ist und was sich dagegen unternehmen lässt, wird Fokus der Werkstatt sein. Initiativen und interessierte Einzelpersonen sind dazu eingeladen, sich vorzustellen, über die aktuelle Situation und Visionen ins Gespräch zu kommen und in Arbeitsgruppen und Workshops praktische und nachhaltige Ansätze zu erarbeiten. Eingeladen werden auch ReferentInnen aus anderen Bundesländern, die über ihre Erfahrungen berichten.

Zum Auftakt am **Freitag, 11. November** wird es am Abend eine öffentliche Podiumsrunde geben. Am nächsten Tag ist nach Vorträgen und Präsentationen in Arbeitsgruppen Zeit, einzelne Themen intensiver zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Am Sonntagvormittag finden Workshops statt.

Programm und alles Weitere auf:
alternativmedien.de
Veranstalter: FSK Hamburg, Radio CORAX/CMFE, Rosa Luxemburg Stiftung Schleswig-Holstein und andere.

JUNGE LINKE

Nation und Nationalismus

Nationalismus – wie man drauf kommt, nationale Zwangskollektive abzufeiern und warum das keine gute Idee ist. Nationalismus ist in der Linken verpönt: Jene, die stolz sind auf das eigene Land, die auf Integration von Fremden pochen und das Fähnchen schwenken, erfreuen sich bei ihnen keiner großen Beliebtheit. Warum sich aber auch diese Kritiker letztlich oft genug mit ihrer Nation in eins setzen, wie das diese Gesellschaft nahe legt und warum eine antideutsche Antwort darauf keine ist, die das Prinzip Nation kritisiert.
Termin: 11.-13.11.2011, Hannover

Der ewige Verfall der hohen Bildung
Kritik von Bildung und Bildungsreformen

Viele KritikerInnen der vergangenen Reformen an den Unis argumentieren erstaunlicherweise mit denselben bildungspolitischen Phrasen wie die ReformerInnen. Sie beginnen mit dem »Recht auf Bildung« und den »Gleichen Chancen für Alle«, über den ausgerufenen Bildungsnotstand verweisen sie dann auf bildungspolitische Handlungsnotwendigkeiten. Sie sehen die Zukunft des Standorts Deutschland oder gleich der ganzen Nation (also auch der KonkurrenzverliererInnen) in Gefahr.
Beiden Seiten ist dabei anscheinend von vornherein klar, dass zwar jedeR zu den GewinnerInnen gehören können soll, aber die meisten eben doch VerliererInnen sind. Bildung wäe dann nur ein Vorteil in der Konkurrenz der StaatsbügerInnen untereinander und nicht mehr. Doch ist neben dieser Funktion was dran am Begriff der Bildung? Kann Bildung auch emanzipatorisch sein? Ist die Bildungsreform eine Ökonomisierung des Studiums?
Workshop im Rahmen der linken ErSie-Wochen an der Uni-Hannover.
Termin: 21.-23.11.2011
junge-linke.org

SOZIALES

Allzuständig? Lückenbüßer? Scharnier?
Schnittstellen der Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und Armut zu angrenzenden Hilfesystemen

Menschen in Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit waren schon immer mit vielen sozialen Problemen gleichzeitig konfrontiert: Wohnungslosigkeit, drohende Wohnungslosigkeit, Sucht, Arbeitslosigkeit, Krankheit, wirtschaftliche Probleme, soziale Isolation und Diskriminierung – kurzum Armut und soziale Ausgrenzung.
Die Wohnungslosenhilfe konnte die Vielfalt der sozialen Integrationsaufgaben noch nie auf sich allein gestellt lösen, obschon sie nicht selten allein blieb. Sie war und ist auf starke Partner angewiesen: auf Kommunalverwaltungen, Arbeitsagenturen und andere Sozialleistungsträger, auf Suchtkrankenhilfe, Migrationsdienste, Psychiatrie, Krankenhäuser, Jugendhilfe und Straffälligenhilfe, auf Wohnungswirtschaft und Arbeitgeber – um nur die wichtigsten zu nennen. An den zahlreichen Schnittstellen zu diesen anderen Hilfefeldern und Institutionen muss bestimmt werden, wie Kooperation und Vernetzung geregelt werden sollen; die Hilfen für Menschen in Wohnungsnot und Armut müssen ihren Standort zwischen »Lückenbüßerfunktion« und »Allzuständigkeit« immer wieder neu bestimmen:

- Wie weit reicht die Verantwortung und Zuständigkeit der Wohnungslosenhilfe in ihren Arbeitsfeldern?
- Welche Verantwortung und Zuständigkeit haben angrenzende Hilfesysteme und Institutionen im Bereich sozialer Ausgrenzung?
- Wie werden verbindliche und tragfähige Kooperationen entwickelt und durchgehalten?

Das sind die Leitfragen der Bundestagung 2011, die für die Wohnungslosenhilfe als Gesamthilfesystem, aber auch für die Felder Arbeiten, Wohnen, Gesundheit usw. gestellt werden sollen.
Termin: 9.-11.11.2011, Leipzig
Das vollständige Tagungsprogramm mit ausführlichen Darstellungen der Einzelveranstaltungen und dem Anmeldeformular unter: bagw.de

FLÜCHTLINGE

»Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement fördern«

Ziel der Fachtagung ist es, den TeilnehmerInnen Anregungen für Handlungsansätze zu vermitteln, die erfolgreich freiwilliges Engagement für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen fördern. Wesentliche Stützen des freiwilligen Engagements für junge Flüchtlinge, insbesondere für diejenigen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, sind unterschiedliche Akteure der Zivilgesellschaft, die den Kindern und Jugendlichen in ihrer ausgegrenzten Situation beistehen und sie dabei unterstützen, sich selbst zu engagieren. In Referaten, Gesprächsrunden sowie praxisbezogenen Foren können sich die rd. 80 TeilnehmerInnen über Praxisansätze, Rahmenbedingungen und Anforderungen für ein verstärktes Engagement informieren und austauschen.
Der Teilnahmebeitrag beträgt 80 EUR. Migranten- und Flüchtlingsorganisationen können vom Teilnahmebeitrag befreit werden.
Termin: 25./26.11.2011, Köln
Veranstalter: Stiftung MITARBEIT u.a.
Mehr:
mitarbeit.de/tagungen.html
Kontakt: fwe-fluechtlinge@mitarbeit.de

KONGRESS

Es gibt Grenzen!

Es wird Zeit die sogenannte Integrationspolitik samt ihres staatsrechtlichen Gehaltes genauer in den Blick zu nehmen und zu prüfen, ob sie nicht eher auf »Assimilation« abzielt und Partizipation im Gegenzug dazu nicht vorangetrieben wird. Eben um diese Kernfragen der Migration und Inneren Sicherheit geht es auf dem diesjährigen Kongress der kritischen JuristInnen und des Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen vom **11. bis 13. November 2011** in Berlin.
Neben den verfassungs-, europa- und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen werden vor allem praktische Fragen des deutschen Rechts beleuchtet und unter der Leitlinie des Gebots der »Nicht-Diskriminierung« untersucht. Um dabei nicht in rechtlicher Theorie zu verharren, werden insbesondere in den Workshops praktische Fragen erörtert: Welche Diskrepanzen bestehen zwischen Recht und Praxis und wie könnten diese abgebaut werden? Wie gestaltet sich die Praxis für politische Menschen und angehende JuristInnen – verbirgt sich dahinter ein Widerspruch und wie kann den juristischen Widrigkeiten begegnet werden? Abschließend soll die Frage erörtert werden, welches Potential die Integrationspolitik hat, den Charakter des deutschen und europäischen Migrationsrechts in Zukunft zu verändern, denn Veränderungen sind dahingehend dringend notwendig.
Mehr Informationen:
rechtskritik.de

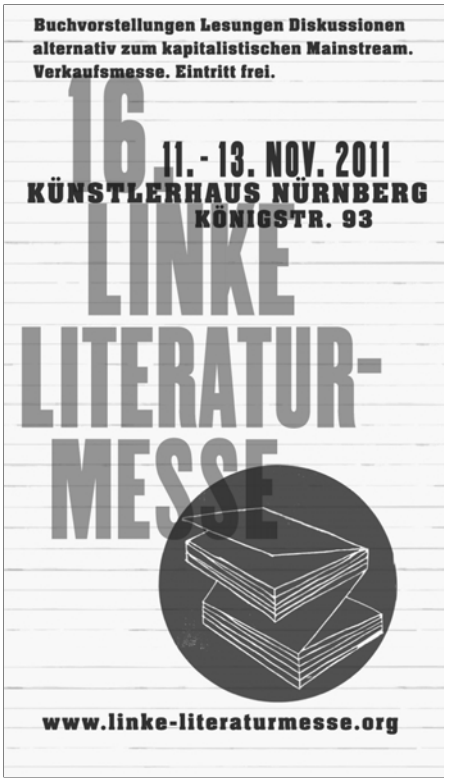
PÄDAGOGIK

Bildung und Revolution
Paulo Freires Pädagogik der Befreiung

Paulo Freire (1921-1997) hat die Pädagogik der Befreiung als Theorie und Praxis der Erwachsenen-Alphabetisierung begründet. Diese Pädagogik stützt sich auf die Traditionen der sokratischen Aufklärung und der Theorie von Marx; sie wurde analog zur lateinamerikanischen Theologie der Befreiung entwickelt. Freire hat diese Pädagogik zuerst um 1960 in den ländlichen und städtischen Armutszonen Brasiliens, dann in zahlreichen Ländern Lateinamerikas und schließlich auch in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Afrikas praktiziert. Wegen der Übereinstimmungen der Befreiungspädagogik mit der kritischen Theorie der Gesellschaft wurden Freires Werke auch in Europa um 1965/75 rezipiert und gewürdigt.
Die Pädagogik der Befreiung zielt auf eine Aufklärung (»Bewusstmachung«) über undurchschaute Herrschaftsverhältnisse und deren revolutionäre Abschaffung. Ein Mensch, hat Freire überlegt, kann nur dann lesen und schreiben, wenn er gegenständliche Zeichen nicht bloß in Laute zu übersetzen vermag, sondern wenn er das Gelesene und Geschriebene auch begreift. Er muss also, in der Alphabetisierung, sich seiner gesellschaftlichen Welt, die er bislang bewusstlos vorausgesetzt, deren Logik er verinnerlicht hat, durch Aufklärung und eine kritische, weltverändernde Praxis bewusst werden. So ist das Ziel der Alphabetisierung die Bildung von Menschen zu Subjekten, die sich ihrer selbst und ihrer gesellschaftlichen Welt bewusst sind.
Diskussion / Vortrag
Termin: 24.11.2011, 19.30 bis 21.30 Uhr
Neue Universität, Heidelberg.
Kontakt: ☎(07 11) 99 79 70 90
E-Mail: schlager@rosalux.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm



CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg